

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monatspreis 1.10 M., vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.60 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kurland, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berennungungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Gedruckte Wort 20 Pfg. (zweifach zweifachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Rüstet zur Maifeier!

Demonstriert für Völkerfrieden und Völkerfreiheit!

Eine unwürdige Hetzjagd.

Vertagung des Reichstags.

Kurz vor 9 Uhr abends hat der Präsident des Deutschen Reichstags die Verhandlungen geschlossen und die Abgeordneten mit guten Wünschen zum Pfingstfest entlassen. Die Plenarsitzung hatte um 3 Uhr begonnen. Seit 10 Uhr früh hatte aber schon die Budgetkommission gesessen, so daß deren zahlreiche Mitglieder und mit ihnen viele andere Abgeordnete eine nahezu 11 stündige Arbeitszeit hinter sich hatten.

Leider wurden sie für diese ansehnliche Arbeitsleistung nicht einmal durch ein dankbares Haus entschädigt. Es war im Gegenteil eine Qual, den Schlussverhandlungen des Reichstags als gewissenhafter Abgeordneter beizuwohnen. Das Haus war zwar dauernd voll besetzt, weil eine namentliche Abstimmung die andere schob. Aber das Haus war zugleich unglücklich unruhig und unaufmerksam und ungebärdig.

Das kam daher, daß die meisten Abgeordneten den Reisefloßer in der Hand trugen, wenn sie ihn auch in Wirklichkeit in der Garderobe abgegeben oder schon zur Bahn expediert hatten. Jedenfalls waren ihre Gedanken und Wünsche vielmehr „bei Mutter“ als im „hohen Hause“ und bei seinen wichtigen Aufgaben, und daher hörten sie fast gar nicht zu, wenn nicht gerade irgend ein kleines Sensationsstück ihre Neugier fesselte. Sie führten mit einer selbst in Reichstage ungewöhnlichen Zwanglosigkeit Privatgespräche, die sie von Zeit zu Zeit durch ein gemeinsames Hallo unterbrachen, wenn zu ihrem Redner noch ein Abgeordneter — es war fast immer ein sozialdemokratischer — die Tribüne bestieg und das Wort ergriff.

Die sozialdemokratische Fraktion muß in Zukunft noch besser als bisher dafür Sorge tragen, daß durch solche unwürdige Treiberei der Parlamentarismus des Deutschen Reiches nicht noch mehr als bisher herabgedrückt und in seiner Bedeutung entwertet wird. Wenn durch den Seniorenkonzent langweilige Zeit zuvor, wenn sich ein bestimmter Geschäftsgang noch gar nicht voraussagen läßt, Fristen vorgezogen werden, so dürfen solche Vorherbestimmungen nicht als tabu betrachtet werden, und die Abgeordneten können nicht verlangen, daß einer unerfindlichen Vereinbarung zuliebe die Verhandlungen des Reichstags in ein Prokrustesbett gezwängt und gewaltsam verkürzt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich am Montag nicht daran hindern lassen, zu sagen, was zu sagen notwendig war, wie sie es auch als ihr besonderes Verdienst betrachten kann, daß die sechsstündigen Montagsverhandlungen nicht auch noch durch erhebliche „Einsparungen“ am Sonnabend so nebenbei im Handumdrehen mit erledigt worden sind.

Von allgemeinerer Bedeutung war am Montag eine Erörterung, die Genosse Lensch herbeiführte, indem er den Staatssekretär des Reichsjustizamtes wegen der Behauptung des Reichskanzlers interpellierte, er, Bethmann Hollweg, habe sich an den Staatssekretär des Reichsjustizamtes mit der Bitte gewandt, gegen einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ wegen Gotteslästerung einzuschreiten. Der Reichskanzler hatte damals in seiner Rede eine Reichsverbandsphrase über die angebliche Religionslosigkeit der Sozialdemokratie zu der feingriechen gemacht und sich auf einen Zwischenruf hin mit der edlen Bureaufratensgewissenhaftigkeit, die den obersten Beamten des Deutschen Reiches ziert, herabgelassen, daß er Beweise für seine Behauptungen zu Dutzenden aus der sozialdemokratischen Presse liefern könne; Herr Bethmann Hollweg hat seitdem ausreichend Zeit gehabt, die Beweise beizubringen. Er hat aber augenscheinlich keine gefunden. Als Genosse Lensch, dessen „Leipziger Volkszeitung“ von ihm besonders genannt worden war, sofort nach seiner Behauptung bei ihm Nachfrage halten ließ, redete sich der Reichskanzler durch seinen Ziviladjutanten Wahnkaffe heraus. Der Herr versuchte auch am Montag, den Reichskanzler wieder rein zu waschen. Es gelang ihm aber nicht, ebensowenig vermochte er seinen gottgeordneten Vorgesetzten von dem harten Vorwurfe zu erlösen, daß er die in größter Öffentlichkeit aufgestellte objektiv unwahre Behauptung bisher noch nicht zurückgenommen habe.

Eine freiwillige Rettungsolonne unter Führung des Grafen v. Westarp suchte die für Herrn Bethmann Hollweg reichlich peimliche Sache auf das tote Gleise einer kleinen Sozialitendebatte über Religion zu schieben. Es bekam den Herrschaften ihre unglückliche Verurteilung aber so schlecht, wie es sich gehörte. Besonders Genosse Saale fand vortreffliche und präzise Worte, um gegen das alte Manöver der Gegner, die Religion mit der Kirche gleichzustellen und den Kampf der Sozialdemokratie gegen die politische Institution der Kirche in einen Kampf gegen die Kirche umzufächeln.

Eine erregte Debatte entfesselte ferner das Bemühen der Nationalliberalen, die in der zweiten Lesung von Zentrum und Sozialdemokraten getridene Stelle eines sechsten Reichsanwalts zu retten. Die Genossen Heine und Saale legten die sachlichen Gründe dar, die die Sozialdemokraten zur Ablehnung der Staatsanwaltschaft im allgemeinen und der geforderten Stelle im besonderen zwingen. Interessant war der Verhalten des Zentrums. Durch seine noch so harte Bemerkung und durch kein freundliches Buzreden ließen sich die Herren verlocken, auch nur ein Wort zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung zu sagen. Sie haben eben keine sachlichen Gründe. Sie genossen schweigend und kalt ihre Rede an den Staatssekretär des Reichsjustizamtes, der ihnen in der Jesuitenfrage ein wenig zu nahe an ihre empfindlichen Hüternngen geraten war. Natürlich konnte diese Berärgerungspolitik des Zentrums für die Sozialdemokratie kein Grund sein, an ihrer grundsätzlich ablehnenden Stellung dem Reichsjustizamt und dem Reichsgericht zuliebe abzuweichen. Dafür sind zu allem Ueberflus die Beziehungen der Sozialdemokratie zur Klassenstaatlichen Justiz — sagen wir: zu intim! Wenn man die Gefängnisstrafen, die die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion in ihrem Parteileben abgelesen haben, zusammenzählen würde, dürfte wohl ein halbes Jahrhundert herauskommen.

Beim Reichseisenbahnamt brachten die Genossen Baudert und Ulrich die berechtigten Beschwerden der Kleinstaaten gegen die preußische Hegemonie im Eisenbahnwesen vor. Zum Köstetat nahm sich Genosse Zubeil noch einiger Wünsche der Postunterbeamten an.

Vier namentlich Abstimmungen zwangen die Abgeordneten zur Anwesenheit bis zum Schluss. In dreimaliger Abstimmung wurde die in verschiedenen Positionen des Etats auftretende Ostmarkenzulage abgelehnt; durch die vierte namentliche Abstimmung fiel der sechste Reichsanwalt.

Der Reichstag hat jetzt einige Wochen Ferien. Zunächst tagt aber noch die Budgetkommission, die auch wieder einige Tage vor Beginn der Plenarberatungen Ende Mai zusammenzutreten wird. Sie berät die Wehrvorlagen, und daher wünschte der Präsident ihren Beratungen noch ausdrücklich den besten Verlauf.

Das deutsche Volk unterstützt diesen Wunsch nicht. Es wünscht nicht, daß immer neue Millionen und Milliarden für den Militarismus verschleudert werden, während die wichtigsten Kulturaufgaben Not leiden müssen. Der soeben in dritter Lesung und damit endgültig beraten und gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommene Etat des Deutschen Reiches beweist erneut, daß leider noch immer nicht der Wille des Volkes das oberste Gesetz in Deutschland ist.

Es wird weiter verhandelt.

Die heutige Sitzung der Votschastertkonferenz sollte, wenn es nach dem Geschrei der Ballplatzoffiziosen gegangen wäre, bereits eine Entscheidung in der Skutarfrage bringen. Entweder, so erklärten die Aufgeregten in Wien, müßten von den Votschastern gewaltsame Maßnahmen beschlossen werden oder Oesterreich werde allein einmarschieren. Die Votschaster aber haben ihre Sitzung auf morgen vertagt und in London berichtet man, daß kein Grund zum Pessimismus vorhanden sei. In der Tat sollte man in Oesterreich einsehen, daß außer den Wiener und Berliner offiziellen Schreibern niemand in der ganzen Welt eine gewaltsame Sonderaktion Oesterreichs billigen könnte. Wie immer die Skutarfrage aus der Welt geschafft werden wird, sie darf nur auf friedliche Wege erledigt werden. Für die Ehre der klerikalen Hofkammer Oesterreichs soll kein Menschenleben geopfert werden.

Das Drängen Oesterreichs.

Wien, 28. April. Der „Wolnischen Zeitung“ wird aus Wien gemeldet: Der Londoner Votschastertvereinigung liegt ein Verlangen Oesterreichs vor, in Cetinje durch die dortigen Gesandten die sofortige Räumung Skutaris ungezäumt und scharf zu verlangen und im Weigerungsfalle ein militärisches Vorgehen der Mächte zu beschließen. Sollte sich die Votschastertvereinigung gegen eine gemeinsame Aktion aussprechen, so würde Oesterreich-Ungarn allein oder zusammen mit den dazu bereiten Mächten dem Willen Europas Geltung verschaffen.

Die Votschastertkonferenz.

London, 28. April. Wie das Reutersche Bureau erfährt, verließen die Votschaster Oesterreich-Ungarns und Italiens die heutige Sitzung zusammen und hatten eine längere Besprechung, ehe sie sich trennten. Die Sitzung der Votschastert-

vereinigung wurde auf morgen 3 1/2 Uhr nachmittags vertagt. Das Auswärtige Amt bewahrt große Zurückhaltung, erklärt aber, daß selbst jetzt kein Grund zum Pessimismus vorhanden sei.

Die Vorstellungen in Cetinje.

Wien, 28. April. Nach hier vorliegenden Meldungen ist gestern, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, in Cetinje der Kollektivschrift erfolgt, durch den Montenegro aufgefordert wurde, Skutariden Mächten zu übergeben. Die Antwort lautete, daß es der montenegrinischen Regierung mit Rücksicht auf die Osterfeiertage im Augenblick nicht möglich sei, eine Entschlicung zu fassen.

Der Wortlaut der Mitteilung.

London, 28. April. (Reuter.) Nach einer Mitteilung des montenegrinischen Delegierten Popowitsch lautet die Note der Mächte folgendermaßen:

Wir haben die Ehre, gemeinsam der Königlich montenegrinischen Regierung zu erklären, daß die Einnahme Skutaris in keiner Weise die Entschlicung der Mächte in bezug auf die Nord- und Nordostgrenze Albaniens ändert, und daß daher die Stadt Skutari in möglichst kurzer Zeit geräumt werden und den Mächten übergeben werden muß, welche durch die Kommandanten der internationalen Gesehrkräfte vertreten sind. Die Königlich montenegrinische Regierung wird aufgefordert, eine schnelle Antwort auf diese Mitteilung zu machen.

Popowitsch fügte hinzu, er habe Befehl von seiner Regierung bekommen, formell gegen diese ungerechte und grausame Forderung zu protestieren und von neuem die Mächte zu ersuchen, die Angelegenheit zu prüfen. Es sei eine Lebensfrage für Montenegro, daß Montenegro in gleicher Weise behandelt werde, wie die anderen Verbündeten.

Die montenegrinische Hauptmacht verläßt Skutari.

Wien, 28. April. Die Montenegriner haben nach Erlaß einer Proklamation, über deren Inhalt noch keine Meldungen vorliegen, mit ihren Hauptkräften unter dem Erbprinzen Danilo Skutari verlassen und sind nach Norden abmarschiert. Fünf Bataillone sind in der Stadt zurückgeblieben. Die bloße Verschärfung der Blockade hält man hier um so mehr für kein wirksames Mittel, da Montenegro von Serbien mit Lebensmitteln für zwei bis drei Monate versorgt ist.

Effad Pascha.

Wien, 28. April. Bereits so gut wie sicher ist, daß Skutari nur infolge von Verhandlungen kapituliert, und es mehrten sich die Anzeichen dafür, daß Effad Pascha einen Pakt abgeschlossen hat, demzufolge er den Drin als Grenze zwischen Montenegro und Albanien anerkennt, so daß also Skutari an Montenegro fallen würde, wofür ihm Montenegro beifällig wäre, sich zum Oberhaupt, Fürsten oder König von Albanien zu proklamieren.

Oesterreichische Kriegsbegeisterung.

Ein kaiserlicher Vorfall wird aus Ugram gemeldet: Die kroatische Landesregierung kündigt gegen die Redaktion ihres Amtsblattes „Narodni Rovine“ ein Verfahren an, weil das Amtsblatt gestern im nichtamtlichen Teil einen Artikel veröffentlichte, welcher die Besetzung Skutaris durch die Montenegriner in Worten höchsten Jubels feiert. Die Landesregierung erklärt, daß sie diese Schreibweise streng verurteilt. Gleichzeitig verfügte die Landesregierung eine Präventivzensur für in- und ausländische Druckschriften, Broschüren, bildliche Darstellungen, Ansichtskarten und geographische Karten über aktuelle Balkanfragen, in denen die Politik der Monarchie einer abfälligen Kritik unterzogen wird.

Effad Paschas Aussichten in Albanien.

Paris, 28. April. Der Minister des Aeußeren Pichon empfing heute nachmittags Ismail Kemal Pasa, den Leiter der provisorischen Regierung von Albanien. Ismail Kemal erklärte einem Berichtshalter: das Vorgehen Effad Paschas läßt sich nur mit den Worten „Verrat und Bahuwil“ kennzeichnen. Verrat, weil er Albanien durch die Preisgabe Skutaris enthaupiet hat, Bahuwil, weil er uns im Hinblick auf die Verhandlungen über die Grenzen Albaniens in die schwierigste Lage verlegt hat, weil er die Unabhängigkeit unseres Landes in schänder Weise gefährdet und dem Willen Europas entgegengehandelt hat. Ich bin überzeugt, daß die albanische Bevölkerung Effad Pascha keine Gefolgschaft leistet und daß auch ein großer Teil seiner Truppen von ihm abfallen wird. Unsere Unabhängigkeit erheischt die Integrität des Landes, die auch von Oesterreich gefordert wird. Wir wollen mit aller Weisheit gut stehen, mit Oesterreich ebenso wie mit unseren slavischen Nachbarn. — Ismail Kemal bei reist heute nach London, um der Votschastertkonferenz die Gesichtspunkte der provisorischen Regierung Albaniens darzulegen.

Die Heeresvorlage in der Budget-Kommission.

Am Montag vormittag trat die Budgetkommission des Reichstages zur Beratung der Heeresvorlage zusammen. Zur geschäftlichen Behandlung erklärte der Vorsitzende, Abg. Spahn, daß sowohl die Heeres- wie die Deckungsvorlage einer zweiten Lesung unterzogen werden müsse. Erst solle die Heeresvorlage vorgenommen werden und dann auch in erster Lesung die Deckungsvorlage folgen. Abg. Schiffer erhob namens der Nationalliberalen gegen eine zweite Lesung lebhaftes Bedenken. Bisher sei das nicht üblich gewesen, und eine zweite Lesung hindere die schnelle Erledigung; konzertierte Behandlung sei notwendig. — Abg. Fisch bed schloß sich den Bedenken Schiffers an. Eine zweite Lesung könne nur verhindern, daß am 1. Oktober die Heeresvorlagen in Kraft treten können. Eine Verkopplung der Wehr- und Deckungsvorlage sei nicht zu empfehlen.

Genosse Haase erklärte sich namens der Sozialdemokraten für zwei Lesungen. In welcher Reihenfolge die zweite Lesung vorgenommen werde, müsse abgewartet werden. — Abg. Graf Westarp trat für den Vorschlag des Vorsitzenden ein. Die zweite Lesung sei schon deshalb notwendig, weil die Gestaltung der Wehrvorlage von der Gestaltung der Deckungsvorlage abhängt. — Abg. Erzberger beantragte schriftliche Verichterstattung an den Reichstag. — Abg. Speck (Z.) forderte, daß das Protokoll der Kommission allen Mitgliedern des Reichstages zugänglich gemacht wird. Er für seinen Teil werde nicht die Zustimmung zur Wehrvorlage geben, wenn nicht auch gleichzeitig die Deckungsvorlage erledigt wird.

Der Kriegsminister betonte, daß die Regierung den allergrößten Wert darauf lege, daß die

Gesetze noch im Juni verabschiedet werden, weil sonst die Heeresvorlage am 1. Oktober nicht durchgeführt werden kann, insofern der bei einer späteren Verabschiedung eintretenden technischen Schwierigkeiten.

Die Kommission beschloß hierauf im Prinzip, zwei Lesungen eintreten zu lassen.

Abg. v. Püllis erläuterte als Berichterstatter kurz die in der Vorlage enthaltenen Forderungen. — Gen. Haase beantragte, daß eine Generaldebatte stattfinden, die angesichts der großen Tragweite der Vorlagen dringend geboten sei. — Dieser Forderung stimmte die Kommission zu. Abg. Müller-Reinigen glaubt aber, daß die Erörterung allgemein-politischer Fragen dabei ausgeschlossen werden könne. Dieser Auffassung widersprach Genosse Ledebour.

Abg. v. Püllis wünschte vom Kriegsminister Auskunft, ob die Heeresverwaltung glaubt, die geforderten Mannschaften auch ausheben zu können. — Abg. Erzberger verlangte, daß zuerst darüber debattiert wird, ob überhaupt die Vermehrung notwendig ist, und wenn ja, ob das Menschenmaterial dazu vorhanden ist. In der geheimen Besprechung haben die Teilnehmer wirklich nicht viel neues erfahren. Er stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Heeresvorlage notwendig ist, weil Rußland stark getrübt hat und heute in sehr schneller Zeit eine Mobilmachung durchführen kann. Früher war man der Meinung, daß bei einem Kampfe nach zwei Fronten, Deutschland Frankreich werde schlagen können, bevor Rußland seine Mobilmachung durchzuführen vermöge. Das hat sich nun geändert. Um die Ostgrenze vor dem Einmarsch der Russen zu wahren, ist die Heeresvermehrung notwendig. Die Grenztruppen müssen schon im Frieden Kriegsgemäß ausgestattet sein. Die Infanterievermehrung ist erforderlich; fraglich bleibt die Vermehrung der Kavallerie um 6 Regimenter. Die Vermaltung habe noch vor wenigen Jahren Abneigung gegen die Kavallerievermehrung gehabt. Wichtig sei die Frage der Rekrutenziffern. Heute seien, nach früheren Angaben der Militärverwaltung, 23 000 taugliche Pflichtige vorhanden, die nicht ausgehoben werden. 63 000 Mann sollen aber fortan jährlich mehr ausgehoben werden. Es fehlen also etwa 40 000 Mann. Wie sollen die beschafft werden? Soll etwa auf militärisch nicht leistungsfähige Mannschaften gegriffen werden?

Genosse Haase: Wir haben uns zu fragen: ist die Vorlage notwendig? Auch die Sozialdemokraten wünschen nicht, daß im Kriegsfall unsere Ostprovinzen von russischen Kosaken überschwemmt werden. Aber wenn man auch den Ernst der gegenwärtigen politischen Lage zugibt, kann gesagt werden:

die Heeresvermehrung ist nicht nötig!

Uebrigens wird die politische Lage von der Regierung zu Unrecht so schwarz gemalt. Wenn es wahr sein sollte, daß Italien sich weigern würde, im Kriegsfall Truppen auf einen österreichisch-russischen Kriegsschauplatz zu senden, was habe dann der Dreibund für einen Wert? Und wenn die österreichische Armee so schlecht sein sollte, wie sie oftmals geschildert wird, müßte Deutschland die hauptsächlichsten Opfer bringen und am meisten bluten. Von der durchaus friedlichen Gesinnung der deutschen Regierung sei auch die Sozialdemokratie überzeugt. Warum aber denn die fortgesetzten Klagen, die immer wieder neue Deutlichung unter den Wählern hervorzurufen? Es liegt auch kein einziger Beweis dafür vor, daß Frankreich einen Angriff gegen Deutschland plant. Allerdings ist in weiten Kreisen des französischen Volkes die Befürchtung vorhanden, Deutschland werde zum Angriff schreiten. Darum müsse die deutsche Regierung alles tun, um diese ungerechtfertigte Befürchtung zu zerstreuen. In England herrsche lange Zeit die gleiche Auffassung, die jetzt anscheinend im Schwinden begriffen ist. Eine Verständigung bahnt sich an. Wir Sozialdemokraten sind bisher immer verhöhnt worden, wenn wir einer solchen Verständigung das Wort redeten. Zwischen Deutschland und Frankreich muß ein durchaus friedliches Verhältnis angestrebt werden. Die Haltung der reichsländischen Bevölkerung sowie die neue Verfassung für die Reichslande haben bereits wesentliche Dienste geleistet. Kommt es zwischen Deutschland und Frankreich zu einer aufrichtig friedlichen Politik, so schwindet die russische Gefahr. Die Erledigung der Lunéviller Affäre ist ein erfreuliches Vorzeichen.

Genosse Haase erörterte dann die gemeingefährliche Tätigkeit des Deutschen Wehrvereins.

Ist die Behauptung dieses Vereins wahr, daß Deutschland im Kriegsfall die Neutralität Belgiens nicht respektieren werde? Aus maßgebenden belgischen Kreisen wird uns versichert, daß dort diese Befürchtung allgemein gehegt wird. Hier müsse beruhigende Aufklärung geschaffen werden. — Sodann kam Genosse Haase auf die Situation auf dem Balkan zu sprechen. Von einem einigen Balkanbund, der militärisch gegen den Dreibund in Betracht kommen kann, könne nach den neuesten Vorgängen nicht mehr gesprochen werden. Dazu kommt Rußlands Engagement in Ostasien und Japans Haltung, so daß Rußland stets für Ostasien große Truppenmassen gebraucht. — Wenn die Regierung mit der Heeresvorlage die allgemeine Wehrpflicht durchführen will, sei dazu erklärt: Die Sozialdemokratie ist stets für die Durchführung des Scharnhorstschen Gedankens der allgemeinen

Wehrpflicht eingetreten. Aber mit dem System des stehenden Heeres ist dieser Gedanke — schon aus finanziellen Gründen — gar nicht durchführbar. Schlüssige Beweise dafür, daß die zwei- oder dreijährige Dienstzeit notwendig ist, außer man verfolgt damit Nebenwende, wie z. B. die Armee der allen Dingen

gegen den „inneren Feind“ kriegsbereit

zu machen, sind nicht geliefert worden. Ob die ungeheuren Truppenmassen auch einsetzbar operieren können, mag kein Mensch zu behaupten. Von der größten Bedeutung ist der Geist der Truppen; die Zahl hat nicht die Bedeutung, die man ihr momentan beimißt. Notwendigkeit ist auch der Nachweis, ob nach Annahme der Vorlage nicht eine große Zahl von Leuten eingestellt werden muß, die den Anforderungen des Krieges nicht gewachsen sind.

Der Kriegsminister verneinte, soweit die Erörterung der politischen Lage in Frage kommt, auf die beiden vertraulichen Besprechungen in voriger Woche. Deutschland hege gegen niemand aggressive Pläne; das beweisen die letzten vierzig Jahre. Den Frieden könne nur ein starkes und schlagfertiges Heer sichern. Ein Krieg würde am allerschwersten die Arbeiterklasse treffen. — Vertraulich äußerte sich sodann der Minister über Italien und betonte ferner, daß die österreichische Armee als sehr bedeutender Faktor angesprochen werden dürfe. Die

Verschleunigung der Mobilmachung

sei ein Hauptpunkt bei der neuen Vorlage. Die ziffernmäßige Ueberlegenheit Frankreichs und Rußlands müsse gleichfalls beachtet werden. Man könne nicht immer behaupten, der deutsche Soldat scheue auch die ziffernmäßige Ueberlegenheit des Gegners nicht. Das habe eben auch eine Grenze; die Zahl spreche mit. Scharnhorst würde sich im Grunde umbreien, wenn er Haase hören könnte. Zu Scharnhorsts Zeit habe es Preußen mit Milizarmeen als Gegner zu tun gehabt; heute aber stehen Deutschland erstklassige Truppen gegenüber. Wenn die Sozialdemokratie jeden tauglichen Mann zur Vaterlandverteidigung heranziehen will, sei das ja schon; aber es sei dann ein Verbrechen gegen die Leute, wenn man ihnen durch zu kurze Dienstzeit die Fähigkeit vorenthalten wolle, ihre Aufgabe auch gut durchzuführen zu können. Vor 100 Jahren mochte es mit nur in kurzer Zeit ausgebildeten Soldaten gehen, heute sei das ausgeschlossen, denn die Aufgaben und die Anforderungen sind gewachsen. Die Ausbildung, nicht die ziffernmäßige Ueberlegenheit, werde stets der deutschen Armee ihre große Bedeutung verleihen.

Abg. Müller-Reinigen erklärte, um den inneren Wert der deutschen Armee noch mehr zu heben, haben die Volksparteiler in Resolutionen eine Reihe von Forderungen gestellt. Es sei erforderlich, daß die Regierung sich wegen der Neutralität Belgiens erkläre. — Abg. Müller erörterte ausführlich die Frage, ob die Heeresvermehrung bei Beachtung der bisherigen Qualität des Mannschaftserfahres durchgeführt werden könne; ebenso müsse die Frage der Verpflegung der Armee im Kriegsfall besprochen werden. In Offizierskreisen werden lebhafteste Zweifel gehegt, ob die Heerführer der großen Truppenmassen auch die erforderliche Qualifikation besitzen.

Generalleutnant Wandel besprach ausführlich die Möglichkeit, die geforderten Soldaten aus den Militärpflichtigen herauszuholen. Er sprach dabei den recht bemerkenswerten Satz aus: „Wenn mehr Soldaten gebraucht werden, erklären die Aushebungsbehörden auch mehr Leute als „tauglich“. Die Zahl der Pflichtigen wachse von Jahr zu Jahr, folglich (?) auch die Zahl der Tauglichen. Heute müssen viele Taugliche der Ersatzreserve überwiesen werden, weil sie nicht gebraucht werden. 1893 wurden von je 1000 Pflichtigen 266 ausgehoben. Denselben Prozentsatz im Jahre 1913 vorausgesetzt, können von den vorhandenen 1 321 000 Militärpflichtigen 338 000 Mann ausgehoben werden. Diese Zahl ist aber ohne Qualitätsberminderung sehr leicht noch zu erhöhen.“

Abg. Graf Mielczanski erklärte, wenn die Polen eine oppositionelle Haltung einnehmen, sei das nicht verwunderlich, bei der Behandlung, die ihnen zuteil wird. Aber er stehe auf dem Standpunkt, daß auch die Polen die Pflicht haben, die Forderungen der Regierung ernstlich zu prüfen.

In der weiteren Debatte wurde von einem Abgeordneten dargelegt, daß die

russische Gefahr außerordentlich übertrieben sei. Wohl stehen gewaltige Truppenmassen in Rußland auf dem Papier; in Wahrheit sieht es aber ganz anders aus. Außerdem habe Rußland in dem Moment des Kriegsausbruchs sofort mit der Revolution zu rechnen. — Der Kriegsminister gab die Schwierigkeit zu, die bei der Führung der heutigen großen Truppenmassen besteht, auch in Deutschland habe man eingesehen, daß zur Ausbildung der Armeeführer weit mehr getan werden müsse. Die systematische Heeresgliederung und die Tätigkeit, jeden Truppenführer bis zum Bataillionskommandeur zur größten Selbständigkeit zu erziehen, helfe dem Mangel ab. Daß in Deutschland ein bedenklicher Verbestand hinsichtlich der Armeeführung bestehe, sei unzutreffend.

Genosse Ledebour forderte die Anwesenheit des Auswärtigen Amtes, das vor allen Dingen zu den Auslassungen des Wehrvereins gegenüber Belgien Stellung nehmen müsse. Redner verbreitete sich dann eingehend über die Tauglichkeit, die offensichtlich im Durchschnitt sich verringert werde. — Genosse Leusch behandelte die russische Militärtätigkeit. Rußland sei einfach unfähig zu einem Offensivkrieg gegen Deutschland. Wenn Rußland Offensivkriege führen will, richtet es seine Stofkraft gegen die Türkei, gegen Persien, oder betätigt sie in Ostasien, nimmermehr aber gegen große europäische Staaten. Was die Regierung über Rußland gesagt habe, sei das denkbar dürfstige gewesen. Wir Sozialdemokraten bestreiten die Möglichkeit eines Krieges nicht. Wir wissen, daß wir in einem Zeitalter leben, in welchem die Kriegsgefahr nicht von der Tagesordnung verschwindet. Wenn die Regierung, wie sie ja eifrig betont, mit all ihren Klagen nur die Defensivkraft Deutschlands verstärken und heben will, dann müsse sie mit dem jetzigen Militärsystem brechen und

zur Volkswehr übergehen,

die das höchste Maß militärischer Kraft der Landesverteidigung darstellt. Die gegenwärtige Militärvorlage bedeutet den Anfang des Zusammenbruchs des Systems der stehenden Heere. Es ist unholdbar, die lange Dienstzeit eines Berufsheeres mit der allgemeinen Wehrpflicht zu verbinden. Um einen Krieg erfolgreich durchzuführen zu können, brauche auch Deutschland die Vegetierung der Massen. Aber die imperialistische Politik, Maroffs oder Sturars Vermögen Vegetierung nicht zu werden. Das große Heer mit langer Dienstzeit soll den herrschenden Klassen auch als Instrument gegen den „inneren Feind“ dienen. Der Sozialdemokratie unter solchen Umständen zugunsten, sie solle das Messer schleifen helfen, mit dem man ihr droht, die Kehle abzuschneiden, sei geradezu absurd.

Abg. Erzberger forderte vom Kriegsminister Antwort, ob jetzt bei den Rekrutenaushreibungen vermieden wird, daß in den Bezirken, wo die Aushebung zuerst vorgenommen wird, ungewöhnlich viele „Taugliche“ zum Militärdienst bestimmt werden, lediglich um die genügende Zahl von Soldaten zu erhalten. — Generalleutnant Wandel glaubt diese Befürchtung zerstreuen zu können. So werde nicht verfahren werden. — Abg. Gröber hegte ebenfalls lebhafteste Zweifel gegen die Behauptung, es seien

viele überschüssige Taugliche vorhanden. Wenn das 1893 noch der Fall gewesen sein mag, so hätten sich inzwischen doch die Verhältnisse ungünstig verändert durch die fortschreitende Industrialisierung. Die Verwaltung müsse einen Nachweis auch darüber vorlegen, wieviel Soldaten in der Vergangenheit deshalb wieder von der Truppe entlassen werden mußten, weil sie den Anforderungen des Dienstes nicht gewachsen waren. Stelle man in großer Zahl Kinder-taugliche ein, werde sofort wieder

die Zahl der Soldatenmishandlungen steigen.

Hier müsse eine genaue Prüfung eintreten.

Hierauf wurde die Beratung bis Dienstagvormittag abgebrochen. Die Genossen Ledebour und Haase verlangten die Anwesenheit des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes. Der Vorsitzende teilte mit, Herr v. Jagow könne jetzt unmöglich dauern an den Verhandlungen teilnehmen, weil die auswärtige politische Lage seine Anwesenheit im Amte erfordere. Hierauf verlangten unsere Genossen die Vertagung der Beratung, bis der Staatssekretär in der Kommission erscheinen kann. Die Kommission einigte sich schließlich dahin, daß Herr v. Jagow morgen (Dienstag) zu Beginn der Sitzung in die Kommission gebeten wird zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage.

Von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern sind vorläufig folgende Anträge eingebracht worden:

„Die besonderen Vorschriften, durch die das Gardekorps und die sonstigen Eliteformationen in bezug auf Rekrutierung, Ausbildung und Uniformierung sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, werden aufgehoben.“

„Für jede Waffengattung ist ausschließlich eine einheitliche Felduniform zulässig.“

„Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die sämtlichen Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet.“

Die Volkspartei verlangt in Resolutionen folgendes:

„Der Reichskanzler wird ersucht, dahin zu wirken, daß endlich die zugesagten Ersparnisse gemacht werden, insbesondere u. a.: durch Einführung einer kriegsgemäßen, einfachen und einheitlichen Uniform für Krieg und Frieden; durch den Ersatz von aktiven Offizieren für alle Stellen, für welche die Felddienst-tauglichkeit nicht mehr die unbedingte Voraussetzung ist, durch inaktive Offiziere; durch Reform unseres Pensionierungssystems in dem Sinne, daß Offiziere, die für ihre Stellen noch vollkommen geeignet sind, nicht deshalb pensioniert werden, weil ihr Nachmann sie überzupfungen hat.“

Die Bestimmungen der Wehrordnung, betreffend Befreiung vom aktiven Heeresdienst infolge bürgerlicher Verhältnisse sind in rücksichtsvoller Weise auch in Zukunft anzuwenden.“

„Der Reichskanzler wird ferner ersucht, dahin zu wirken, daß alles getan wird, zur erfolgreichen Bekämpfung der Soldatenmishandlungen, insbesondere auch durch Reform des militärischen Beschwerderechts; daß bei der geforderten Revision des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere die Verhältnisse der nicht mehr dem aktiven Militärstande angehörenden Personen in einer dem Rechtsgefühl entsprechender Weise und unter Anerkennung ihrer allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte geregelt werden; eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit für das stehende Heer durch spätere Einstellung oder frühere Entlassung der Mannschaften eintritt; daß eine gefühlvolle Verkürzung der Dienstzeit für das stehende Heer, entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend, vorbereitet wird; daß feinerlei Privilegierung einzelner, bestimmter Truppenteile (Garde usw.) nach Garnitionsort, Advancement usw. stattfindet; daß in allen deutschen Bundesstaaten die Wehrfähigkeit der Jugend durch eine bessere körperliche Ausbildung gehoben wird; daß alle Verbände, die der körperlichen Erziehung der Jugend sich widmen, in dem Bestreben unterstützt werden, durch systematische körperliche Lebung die schulenlose Jugend für den Heeresdienst vorzubereiten.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. April 1913

Eisenbahnwünsche im Landtage.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag zunächst in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen unterändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung an. Zwar ersuchte der Minister, von der Verabreichung des Entwurfs Abstand zu nehmen, da die Unterschiede zwischen den Ansichten der Regierung und dem Hause so groß sind, daß an eine Einigung doch nicht zu denken ist, aber die konföderativ-meritale Mehrheit schlug die Warnung des Ministers in den Wind, sie ist entschlossen, der Regierung ihren Willen aufzuzwingen. Ist auch der Anlaß nur geringfügig, so ist dieser Vorgang doch symptomatisch für das Machtbewußtsein des Junkerparlaments.

Den Rest der Sitzung füllte die Beratung der Sekundärbahnvorlage aus. Die Regierung fordert 541 Millionen zur Erweiterung, Verbahndung und besseren Ausattung des Staatsbahnnetzes. Aber auch nach Vollendung dieser Vorhaben gibt es in Preußen immer noch zahlreiche Gegenden, die einer besseren Verbindung bedürfen, und da es für jeden Kreis einige oder einen Vertreter gibt, die vor den Wahlen noch schnell das Bedürfnis empfinden, sich ihren Wählern in empfehlende Erinnerung zu bringen, so ist das Ende der Debatte, in der nur lokale Wünsche geäußert werden, und zu der sich nicht weniger als 80 Redner gemeldet haben, vor Mittwoch nicht zu erwarten.

Aus der Redaktion des „Reichsboten“.

Zu dem Austritt des Chefredakteurs des „Reichsboten“ Dr. Gerhard Kropatschek von seinem bisherigen Posten wird der ultramontane „Köln. Volksztg.“ aus Berlin geschrieben:

Der Chefredakteur des „Reichsboten“ Dr. Kropatschek hat seine Stellung niedergelegt. Wie eine Erklärung des Verwaltungsausschusses besagt, soll jetzt die Annahmeweise des „Reichsboten“ „ruhiger und sachlicher“ werden. Der wahre Anlaß der Differenzen ist vor allem die Stellung des Dr. Kropatschek zum Evangelischen Bund, die dem mittelparteilichen Kongress Bogenstein-Schröter v. Schwerin, der auch schon auf die „Kreuz-Zeitung“ seinen Einfluß ausgeübt hat, mißfiel. Neuerdings wurde die politische wie religiöse liberalisierende Richtung des Evangelischen Bundes vom „Reichsboten“ bekämpft. Als der Aufsatz eines namhaften Evangelischen über den Evangelischen Bund auf Anordnung des Geschäftsführers (!) der G. m. b. H. des „Reichsboten“ nicht aufgenommen wurde, legte der Chefredakteur sofort seine Stellung nieder. Uns interessiert die Sache insofern, als der „Reichsbote“ bei entschiedenem Festhalten des evangelischen Standpunktes sich unter Kropatscheks Leitung doch von aller konfessionellen Verbeugung fernhielt. Voraussetzungsweise wird gerade wie an die „Kreuz-Zeitung“ ein mittelparteilicher Anhänger des Herrn Schröter als Nachfolger berufen werden.

Hinter dem Vorgehen des Verwaltungsausschusses der G. m. b. H. des „Reichsboten“ stehen, wie wir in einem Artikel der letzten Montagausgabe des „Vorwärts“ bereits dargelegt haben, tiefere Gründe; aber richtig ist, daß die Ablehnung des Artikels eines geistlichen Mitarbeiters durch den Geschäftsführer Richard George den äußeren Anlaß zu dem Abgang des Dr. Kropatschek bildeten. Herr Kropatschek ist Anhänger der sogenannten „positiven“ Richtung

des Evangelischen Bundes, welche die Nachgiebigkeit der Konservativen gegen die römische Politik des Zentrums vertritt und eine größere Berücksichtigung der evangelischen Interessen fordert, während die Mehrheit des Verwaltungsausschusses wünschte, daß der „Reichsbote“ die heutige konservativ-kerikale Blockpolitik unbeschränkt gutheißt und mitmacht. Daneben spielen freilich, wie schon erwähnt, noch allerlei andere Gründe mit, und es ist deshalb, wie die „Kölnische Volkszeitung“ andeutet, auch ziemlich wahrscheinlich, daß einer der Günstlinge des Herrn Schröder, des Generalsekretärs der konservativen Partei, zum Nachfolger Kropatschka ernannt wird.

„Drücken Sie den Herren in der Regierung die Faust ins Auge!“

An diesen Ausdruck eines der Vergewaltigten in der Berliner Ministerkürzer-Konferenz, die seinerzeit gegen die beabsichtigte Einführung der Sicherheitsmänner im Bergbau heftig opponierte, wird man erinnert, wenn man die Ausführungen liest, die auf der am Sonnabend in Essen abgehaltenen Hauptversammlung des Zehnerverbandes dessen Geschäftsführer v. Loebenstein gemacht hat.

Mit Bezug auf die Stellung des Vereins zum Leuchtgasmonopol und die in der Antwort des Reichsschatzsekretärs vertretene Ansicht, daß das heftig angegriffene Buch des Regierungsrats Kestner keinerlei staatssozialistische Anschauungen enthalte, sagte der Herr nach dem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, diese Ansicht könne als Beweis dienen, daß im Reichsschatzamt das Bewußtsein der Grenze bereits völlig geschwunden sei, an der der Staatssozialismus seinen Anfang nehme. Jedenfalls eröffne sich mit dieser Erklärung des Reichsschatzsekretärs ein Ausblick, der die weitere ruhige Entwicklung unseres gesamten Wirtschaftslebens ernstlich bedroht erscheinen lasse und es allen wirtschaftlichen Organisationen zur Pflicht mache, die gesetzgeberische Tätigkeit des Reiches besonders kritisch zu prüfen. Dazu sei um so mehr Anlaß vorhanden, als die Stellungnahme so mancher mit hohen Reichs- und Staatsstellen betrauten Persönlichkeiten zur Sozialdemokratie leider nicht so scharf umgrenzt sei, wie man es als im Staatsinteresse liegend für nötig erachten müsse. Die in den letzten Jahren vielfach geübte Taktik, durch vertrauensvolles Entgegenkommen der Sozialdemokratie die Grundlagen ihres Einflusses zu entziehen, habe sich, wie an einer Reihe von Beispielen, u. a. Einführung der Sicherheitsmänner, nachgewiesen wurde, für völlig verfehlt erwiesen. Leider sei aber nach den letzten Erklärungen des Staatssekretärs nicht damit zu rechnen, daß man aus der Erfolglosigkeit all der Versöhnungsversuche auch die nötigen Folgerungen ziehen würde.

Zentrumsdemagogie.

In Süddeutschland sind die Zentrumsmitglieder keineswegs begeistert für die Militärvorlage und die Rede Häusers hat dort ein lebhaftes Echo erweckt. In Kleinhelm bei Staffelsheim (Oberfr.) nahm eine Zentrumsversammlung, in welcher der Pfarrer Würzberger referierte, gegen die Heeresvorlage Stellung. Der Pfarrer fand recht kräftige Töne und rief nach einem neuen Windthorst, der „die Spahnschen Zylinder- und Mummelgreife samt ihrer „Staatszeitung“ abhandeln“ läßt. Es wurde eine Resolution angenommen, nach der die Versammelten in der Wehrvorlage „die Zusammenbruchsbefehle der unklugen Regierungspolitik der letzten 25 Jahre“ erblickten. Die Deckungsvorlage würde durch ihre sozialwidrige Struktur aufreißt. Die Zentrumsparthei wird gewarnt, zu dem „folgeschweren Parteifehler der Reichsfinanzreform nach den der Abstufung der Landwirtschaft zu fügen“.

Es ist die alte Geschichte: Während das Zentrum im Reichstag der Regierung alles bewilligt, treiben die Pfarrer Opposition, um das katholische Volk in Stimmung zu halten!

Ein dummer Spatz

Wie der „Frankfurter Zeitung“ von ihrem Karlsruher Korrespondenten gemeldet wird, ist die dortige Polizeibehörde von Berlin aus ersucht worden, anlässlich des Besuchs des Kaisers besondere Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen. Die Karlsruher Polizeibehörde hat diesen Besuchen zwar keine Bedeutung beigemessen, aber es für nötig befunden, verstärkte Maßnahmen zu treffen. Auf Grund dieser Gerüchte findet auch die Tatsache ihre Erklärung, daß der Kaiser am Sonnabend nicht mit dem Sonderzug, sondern im Automobil nach Karlsruhe gefahren ist.

Wahrscheinlich hat sich ein Witzbold mit dem Warnungsbrief einen faulen Spatz gemacht, um die Polizei zu necken.

Mit bestrafte Soldatenmishandlung eines Leutnants.

Der Leutnant de Raigière vom Infanterieregiment Nr. 92 in Braunschweig hatte eines Tages zwei Korporalschaften beim Exerzieren recht empfindlich „gemüht“. Er ließ die Leute erst 10 Minuten, darauf noch annähernd 30 Minuten in der Kniebeuge stehen und Gewehrübungen machen. Einer der mishandelten Soldaten trug von dieser Behandlung erhebliche gesundheitliche Nachteile davon. Das Kriegsgericht verurteilte den Fall hinter verschlossenen Türen und verurteilte den Leutnant zu zehn Tagen Stubenarrest.

Der große militärische Mishandlungsprozess

Vor dem Thurner Kriegsgericht ging heute nach zehntägiger Verhandlung zu Ende. Der Hauptmann und Kompaniechef vom 176. Infanterieregiment Artur Köhler wurde zu sechs Monaten Festungshaft und der Feldwebel Otto Kremin von der 1. Kompanie des genannten Regiments zu sechs Wochen gelinden Kerreses verurteilt. Wie aus der Urteilsverföndigung hervorging, war Hauptmann Köhler in nicht weniger als 227 Fällen von Vergehen gegen verschiedene Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs sowie wegen fortgesetzten Vergehens gegen die §§ 115 und 116 angeklagt. Davon erfolgte Freisprechung: Wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in 104 Fällen, wegen Mishandlung Untergebener in 2 Fällen, wegen Mißbrauch der Dienstgewalt in einem Falle, wegen Vergehens gegen § 147 in 5 Fällen, wegen Abhaltung eines Untergebenen von der Besondere (§ 117) in einem Falle und wegen unrichtiger dienstlicher Meldung (§ 130) in 2 Fällen. Dagegen wurde Hauptmann Köhler verurteilt einmal wegen fortgesetzten Vergehens gegen §§ 115 und 116; Bestimmung Untergebener zu freisbaren Handlungen durch Mißbrauch der Dienstgewalt bzw. verbotene Bestimmung, sodann wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in 82 Fällen, wegen Mishandlung Untergebener in 45 Fällen, wegen Mißbrauch der Dienstgewalt in 8 Fällen und wegen mangelhafter Beaufsichtigung Untergebener bzw. Unterlassung der Verfolgung strafbarer Handlungen von Untergebenen in 2 Fällen. Für diese zusammen 114 Straffälle erachtete der Gerichtshof sechs Monate Festungshaft als ausreichende Sühne.

Feldwebel Kremin wurde freigesprochen von der Anklage der Mishandlung Untergebener in 3 Fällen, der vorschriftswidrigen Behandlung in einem Falle und wegen Vergehens gegen § 147 und wegen Vergehens gegen § 97 (tätlicher Angriff gegen einen Vorgesetzten) in je einem Falle. Dagegen erfolgte seine Verurteilung wegen Mishandlung Untergebener in 88 Fällen, wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in 9 Fällen und wegen Miß-

brauch der Dienstgewalt in einem Falle zusammen zu sechs Wochen gelinden Kerreses.

Zur Begründung des Urteils wurde die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen. Hauptmann Köhler verzichtete auf das Rechtsmittel der Berufung, Feldwebel Kremin gab noch keine Erklärung ab. Zur Beschaffung des Anlagematerials in diesem umfangreichen Prozeß hat ein Kriegsgerichtsrat eine größere Anzahl Reisen in zum Teil recht entfernte Orte unternehmen müssen, um die inzwischen entlassenen Referenten selbst zu vernehmen. Diese Leute waren nun zu bestimmten einzelnen Tagen der Verhandlung als Zeugen geladen und aus weiter Ferne erschienen, so daß der Prozeß ganz bedeutende Kosten verursacht hat.

Frankreich.

Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 27. April. (Fig. Ver.) Der Kampf für und gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich nimmt von Tag zu Tag größere Dimensionen an. Die nationalistischen Elemente, die anfangs eine Durchpeitschung der Regierungsvorlage hofften, verdoppeln ihre Anstrengungen, seitdem sie sehen, daß der von der sozialistischen Partei im ganzen Lande veranstaltete Versammlungszug und das von der „Humanität“ im Auftrage des Parteivorstandes veranstaltete Referendum einen außergewöhnlich starken Erfolg haben. Jetzt schon stehen zweimal Hunderttausend Unterschriften auf der zur Durchführung des Referendums von der „Humanität“ im Lande verbreiteten Protestliste gegen die dreijährige Dienstzeit. In der Provinz wie in Paris finden seit Wochen täglich zahlreiche sozialistische Versammlungen statt.

Die dreijährige Dienstzeit ohne jede Einschränkung wird im Parlament keine Mehrheit finden, das sieht heute schon fest. Die bürgerlichen Linksrabulalen, die den Ausschlag geben, sind immer noch auf der Suche nach einer Formel, die ihnen erlaubt, dem Militarismus Konzessionen zu machen, ohne ihre bisherige Parteipolitik bloßzustellen. Sicher ist aber, daß sie unter allen Umständen für die Einführung längerer und obligatorischer Urlaubsperioden eintreten werden. In der Armeekommission, die vorige Woche ihre Arbeiten wieder aufgenommen hat, hat Jaurès dem Kriegsminister Etienne nachgewiesen, daß er in dem statistischen Material, das der Kommission unterbreitet wurde, 85 000 Mann „vergessen“ hätte.

Das stärkste Argument der Reaktion ist und bleibt natürlich die deutsche Heeresvorlage.

Portugal.

Rassenvorfällen.

Lissabon, 27. April. Achtundvierzig verhaftete Militärpersonen sind an Bord des geschützten Kreuzers „Republica“, ungefähr hundert Zivilisten und andere verhaftete Militärpersonen nach dem Hafen von Sao Jorge gebracht worden. Die Mehrzahl der Verhafteten gehört der radikal-republikanischen Vereinigung an. Ein sorgfamer Ueberwachungsdienst ist von Polizei und Bürgergarde zur Verteidigung der Republik eingerichtet worden. — Es wird berichtet, daß mehrere Syndikalisten in der Provinz Alentejo, in der ein Landarbeiterstreik in Vorbereitung begriffen ist, verhaftet worden sind.

Wie es heißt, sind Haftbefehle gegen mehrere Offiziere der Marine und der republikanischen Garde erlassen worden. Einige Offiziere sollen bereits festgenommen sein. In der Vorstadt Alcantara sind zwei Bomben explodiert. Die Truppen sind in den Kasernen konzentriert.

China.

Opposition gegen den Anleihevertrag.

Peking, 27. April. Die Reuters Bureau erfährt, hat der Vizepräsident des Senats gestern, bevor der Anleihevertrag unterzeichnet wurde, den Vertretern der Banken mitgeteilt, daß die Mitglieder der Opposition in den beiden Häusern die Anleihe als nicht regelrecht zustande gekommen betrachten, und daß sie mit der Begründung dagegen protestieren würden, sie müsse einem neuen Parlament vorgelegt werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß die am 26. September 1912 erfolgte Zustimmung der konstituierenden Versammlung zu dem ursprünglichen Uebereinkommen, das von der Sechsmächtegruppe vorgeschlagen worden war, noch bindend sei, und daß, da es dem Abgeordnetenhaus bisher noch nicht gelungen sei, einen Präsidenten für das Parlament zu ernennen, es tatsächlich noch nicht konstituiert sei. Die Kuomintangpartei wird voraussichtlich den Versuch machen, den Abschluß der Anleihe zu annullieren als Zeichen ihrer Macht Juanschkai gegenüber, dessen wachsende Macht sie mit Mißtrauen erfüllt.

Die „Times“ meldet aus Peking vom 27. d. M.: Der Grad der Empörung der revolutionären Partei über die Anleihe kommt darin zum Ausdruck, daß Dr. Sunhaißen den Konsuln in Schanghai förmlich mitgeteilt hat, daß die Vollziehung der Anleihe ohne Teilnahme der Nationalversammlung einen Bruch zwischen Süden und Norden herbeiführen würde. Die Drohung ist nicht ohne Bedeutung, da man Grund zu der Annahme hat, daß die Revolutionäre gewisse vorbereitende militärische Maßnahmen ergriffen haben.

Hien.

Sturmzeichen aus Indochina.

Paris, 28. April. Die „Agence Havas“ meldet aus Saigon: Am Sonnabendabend 7 Uhr schleuderte ein Annamit in Hanoi (Annam) eine Bombe, durch welche zwei französische Hauptleute getötet, vier Europäer und fünf Eingeborene verwundet wurden. Der Attentäter hat die Flucht ergriffen. Der Gouverneur von Indochina, Sarrut, erließ einen Aufruf, in welchem er an die Befonnenheit der Franzosen appelliert. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Nach einem Telegramm des Gouverneurs von Indochina an den Minister der Kolonien wird der Anschlag auf Parteigänger des Fürsten Cuongde zurückgeführt. Der Anschlag wurde in Werkzeugsfabriken Cantons und Honglons vorbereitet, in denen sich revolutionäre Chinesen befinden, welche die aufstehenden Annamiten beraten und unterstützen. Auch die Täter selbst kamen aus Canton und Honglong. Ein unbekannter Eingeborener hatte schon am 2. April durch eine Bombe den Thuanphu der Provinz Thoinh auf die gleiche Veranlassung hin getötet. Außerdem hatte die Polizei schon am 24. März in Saigon und Cholon acht Bomben entdeckt.

Aus der Partei.

Ein Parteiveteran.

Am 26. April feierte in Hamburg der Genosse B. S. Schneider seinen 70. Geburtstag. Schneider ist in Marburg geboren. Er betrieb dort am 29. Mai 1889 die erste sozialdemokratische Volksversammlung ein, leitete dieselbe und war von dieser Zeit an unablässig in der Partei tätig. Schneider war mehrmals Reichs-

tagskandidat für den Wahlkreis Marburg-Frankenberg-Sirchheim und öfter Delegierter auf den Parteitag. Schneider ist Mitte der achtziger Jahre von Marburg nach Hannover übersiedelt und ist seit Oktober vorigen Jahres in Hamburg.

Totenliste der Partei.

In Baden-Baden starb nach langem Krankenlager im Alter von 66 Jahren der Genosse Theodor Lutz, in Süddeutschland und bei den älteren Parteigenossen bekannt unter dem Namen „der rote Apotheker“.

Theodor Lutz, Apotheker und Stadtrat in Baden-Baden, wurde am 16. April 1847 in dem württembergischen Schwarzwaldbädischen Neuenbürg als Sohn eines Rechtsanwalts geboren. Er besuchte die Lateinschule seines Heimatorts, später das Gymnasium in Stuttgart, absolvierte seine Lehrzeit als Apotheker in Ehningen und studierte dann in Tübingen weiter. Dort machte er die Bekanntschaft mit dem nachmaligen französischen Sozialistenführer Baillan. Kurz nachdem das Sozialistengesetz in Kraft getreten war, trat er und mit ihm gleichzeitig seine drei Brüder zur sozialdemokratischen Partei über.

Im Jahre 1879 übernahm Lutz die kleine Landapotheke in Odenheim bei Bruchsal. Das Dertchen wurde dann die Zustuchtsstätte mancher verfolgter und erholungsbedürftiger führender Parteigenossen. Theodor Lutz übernahm damals auch den gefährlichen Posten eines „Zwischengepedienten“ der sozialdemokratischen Feldpost. Der Aufenthalt in dem weltabgeschiedenen Odenheim ließ ihm auch Zeit zur Schriftstellerei. Er pflegte besonders das politisch-satirische Gedicht.

Später gründete Lutz in Stuttgart ein Sanitätslager zum „Roten Kreuz“. Hier stand er in einer lebhaften politischen und Parteibewegung im Vorderreihen. Der „rote Apotheker“ ist in ganz Württemberg als bewährter Agitator und Redner hervorgetreten. In Stuttgart hatte er außerdem Hausbesuche, behördliche Verfolgungen und geschäftliche Drangsalierungen zu erdulden, die ihn in seiner wirtschaftlichen Existenz stark bedrohten.

Im Frühjahr 1889 gründete Lutz ein neues Geschäft in Baden-Baden, das sich infolge seiner Tüchtigkeit nach und nach zu einem weitbekanntem, renommierten Unternehmen entwickelte. Als Reichstagskandidat des 8. Wahlkreises, einer der stärksten Zentrumsdomänen, erzielte er von Wahl zu Wahl sich steigende Erfolge. Das Vertrauen der Parteigenossen entsand ihn mehrfach zu deutschen Parteitag und zum Internationalen Kongress in Paris. Später wurde er in Baden-Baden ins Stadterordnetenkollegium und im Jahre 1911 als Stadtrat gewählt. Theodor Lutz gehörte im Jahre 1903 für kurze Zeit als Vertreter von Karlsruhe-Land dem badischen Landtag an.

Die Partei wird das Andenken des alten Kämpfers in Ehren halten.

Aus den Organisationen.

Ueber erfreuliche Erfolge im verflochtenen Geschäftsjahre konnte der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis in der am 27. April abgehaltenen Generalversammlung berichten.

Neben 21 allgemeinen Versammlungen und 18 Frauenversammlungen, die von der Leitung aus arrangiert waren, sind noch 114 öffentliche und 530 Vereinsversammlungen der Kreisvereine abgehalten worden. Nicht weniger als 1108 000 Flugblätter, ohne die diversen Handzettel für Versammlungen, gelangten zur Verbreitung; dazu kommt die unentgeltliche Verteilung von Broschüren.

In 66 Gemeinden und in der Stadt Leipzig war die Organisation beteiligt an Kommunalwahlen. 17 neue Mandate hat die Organisation errungen. Demgegenüber steht infolge der neuen Bestimmungen der sächsischen Landgemeindeordnung, welche den „Forensten“ gewaltige Vorteile bieten, ein Verlust von 8 Mandaten.

In 78 Orten sind jetzt 184 sozialdemokratische Gemeindevorsteher vorhanden. Es verbleiben noch rund 61 Gemeinden, wo die Kreise noch geleitet werden muß. Die Gemeindevorwahlen erfordern einen Aufwand von 1267 M.

Eingerichtet wurden 5 Bildungskurse in Bezirken, die im zweiten Semester ihren Fortgang nahmen und sich eines regen Besuchs erfreuten. Dasselbe ist der Fall bei den 12 Kupferkursen, die in den äußeren Ortschaften des Wahlkreises über das Parteiprogramm abgehalten wurden. Für die Lehrer dieser Kurse wurde die Summe von 1047 M. verausgabt.

Für Neuanschaffungen und Reparaturen von Büchern in den vorhandenen reichhaltigen Bibliotheken wurden 14 036 M. aufgewendet.

Dem Parteivorstand wurde eine Summe von 30 000 M. überwiesen, das sind 28,2 Proz. der Einnahmen. Daneben laufen die Ausgaben für den Bezirksvorstand respektive der Landesorganisationen Sachsen in Höhe von 12 100 M.

Für Agitation wurden 15 732 M., für Druckkosten 9173 M., für das Organ der Frauen 4444 M., für Broschüren 1791 M. verausgabt.

Der Mitgliederbestand der Organisation beläuft sich gegenwärtig auf 84 000 und war am 1. April um 1722 höher als am 1. Juli 1912. Sehr groß waren im Verhältnis zu früheren Jahren die Zahl der gestellten Ausschluhanträge, was zurückzuführen ist auf die Gründung gelber Zwangsorganisationen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein aufgehobenes Urteil.

Vor einiger Zeit hatte das Schöffengericht in Saalfeld in Thüringen den Genossen Rebauxer Jörn vom „Saalfelder Volksblatt“, der den Vorsitzenden der Reiningger Ortsgruppe des Jungdeutschenbundes, Major Lacroix, durch eine Notiz beleidigt haben sollte, freigesprochen. Die vom Amtsanwalt hiergegen eingeleitete Berufung hatte zur Folge, daß die Straffammer in Rudolstadt das freisprechende Urteil aufhob und den Genossen Jörn zu zwei Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilte. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Vom Polizeikampf gegen die Kaiserer.

Die Polizeiverwaltung in Düsseldorf hat den vom Vorstand des sozialdemokratischen Vereins beantragten Raummzug wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten. Diese „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ glaubt man darin erblicken zu können, daß bei dem lebhaften Straßenverkehr am Himmelfahrtstage die Demonstration von weiten Bevölkerungsschichten, zumal bei den starken politischen Gegensätzen, als provokatorisch empfunden würde und Zusammenstöße zu befürchten seien. Sodann glaubt die Polizei die gute Stadt Düsseldorf auch dadurch gefährdet, daß nach dem Aufzuge des Parteivorstandes die in den letzten Jahren im kleineren Maßstab veranstaltete Kaiserer in diesem Jahre, soweit erkennbar, als Massenkundgebung gegen das preussische Wahlrecht und gegen die Heeresvorlage geplant ist.

In den Nachbarorten Düsseldorf scheint man in dieser Frage weniger ängstlich zu sein, als die Düsseldorfser Polizei. In Venrath, Hilden und Ratingen sind die Raummzüge genehmigt worden.

Der Bürgermeister von Kriern (Bez. Halle a. S.) verbietet den Umgang mit der allgemeinen Lebensart, daß es sich bei der Demonstration um eine Provokation der bürgerlichen Gesellschaft handelt, wodurch leicht Ausschreitungen entstehen.

Ganz ähnlich scheint der Bürgermeister von Rönern im Saalkreis über seine Bürger zu denken. Er verbietet für dieses Jahr den Umgang, weil die große Menschenmenge den Verkehr stören und auch auf weite Kreise beunruhigend und erregend wirken wird.

Wenig Kopfschmerzen hat dem reichsberbändlerischen Bürgermeister von Eisenburg, Dr. Helian, das Verbot gemacht. Ein einziger Satz, in dem behauptet wird, daß die Demonstration beunruhigt und erregt würde, genügt zum Verbot des reichsgerichtlich erlaubten Umgangs.

Gewerkchaftliches.

Das ober-schlesische Streikgebiet.

Wollen wir essen Fleisch und Brot, müssen wir es borgen; will es auch bezahlet sein, lassen wir Gott sorgen. Amre Kleider, Strümpf und Schuh samt den Grubenmittel, und was sonst gehört dazu sind geborgte Mittel.

Dieses alte Bergmannslied kennzeichnet den Geist und die Lebenslage der ober-schlesischen Grubenarbeiter. Und dabei ist Oberschlesien ein reiches und fruchtbares Land, reich an Kohle und gutem Ackerboden. Es nimmt in Deutschland an Kohlenreichtum die zweite Stelle ein. In keiner Provinz des preussischen Staates gibt es so bedeutende Grundbesitzkomplexe, wie in Schlesien. Und mitten in der Bracht der Natur und den größten und reichsten Industrieunternehmungen stehen die armseligen Strohhütten, die von Rauch und Ruß schmutzig gewordene Wohnhäuser der Bergarbeiter. Materielle Winkel nennt man so etwas in Berlin W.

Als ich in Breslau in den Eisenbahnwagen stieg, immer standesgemäß vierter Klasse, kam ich in eine wenig noble Gesellschaft. Es waren Streikbrecher, die ein Agent irgendwo angeworben hatte. Er unterhielt die Gesellschaft mit allerhand Späßen, und die „Arbeiter“ saßen auf den Bänken und rauchten, spien aus und tranken ihren Wudfi; dabei wurde eine Pfeife von mehreren benutzt, die keine eigene hatten. Und beim Ausspien zielten sie nach meinen schwarzen Stiefeln, als wüßten sie, daß ich ein Sozialdemokrat bin. Mehrere machten es sich bequem! Zogen die Schaffstiefel aus und bald duftete das Abteil im lieblichsten Proletariatsparfüm. Und doch darf man über die Lebensgewohnheiten der Streikbrecher nicht spotten, denn es sind die Helfershelfer der vom Streik beschützten Grubenbarone.

Während im Abteil eine dumpfe Luft herrschte, lachte durch das Fenster die liebliche Natur. Grüne Wiesen, fruchtbare Acker mit fuchshohem Getreide und üppiger Hodenwald. Doch bald ändert sich das Bild. Hinter Döbeln sieht man die grauen Zementfabriken und Raßbrennereien, und von Gleitwitz an sind überhaupt alle Naturreize vorbei. Man sieht nur Schornsteine und Fabriken, und die Luft ist grau von Rauch, Ruß und Dampf. Der Kapitalismus hat unter Zeitalter um eine Ercheinung bereichert, er schuf in seinem Gebiete ein Rauch- und Rußbad für die arbeitenden Menschen, eine Wohlthat für die darobenden Kapitalisten.

Für den Keuling gibt es im Streikgebiet viel Interessantes zu sehen, aber wenig Schönes. Beuthen und Kottowitz haben ja einige schöne Straßen, aber dazwischen und ringsumher im weiten Land schwarze Fabriken, Schornsteine, Grubenbahnen und Schutthaufen. Wenn jetzt auch immer nur einige Schornsteine der Gruben rauchen, so qualmen doch die Essen der Hüttenwerke, und man hat keinen freien Blick in die Ferne. Natürlich sieht der Ackerboden auch nicht besser aus. Was sollte auch hier gedeihen. Selbst das Gras und Moos ist schmutziggrün und die Rasenflächen der Berliner Baustellen sind dagegen noch wahre Paradiese.

Und doch ist es für die Streikenden eine Erholung, auf den Chaussees heranzubummeln. Wenn die Sonne scheint, dann lagern sie rechts und links vom Wege, rauchen, erzählen, und reden ihre Glieder. Seit einer Woche haben sie keinen Schnaps kaufen können, denn die Destillen sind geschlossen, und das erfreulichste: keiner murrte darüber. Die staubige Arbeit ist also die Ursache, daß der Arbeiter seinen letzten Groschen für Schnaps ausgibt. In den Dörfern ist jetzt alles lebendig. Die Männer gehen aus den Fenstern, die Frauen sitzen vor der Tür auf der Treppe, erwarten die Kinder oder nähern und läden Kirgends Janz, Streit; hier und da hört man die Harmonika, die einzige Freude der hier Lebenden.

Während früher die Polen auf eine deutsche Frage keine Antwort gaben, antworten sie jetzt besonders höflich und freundlich; es ist zu fühlen, jeder ist hier willkommen, denn die Grubenarbeiter haben plötzlich das Nachsehen gelernt, sind stolz auf die Einheit und Macht ihres Kampfes, und der Bergmann als Spaziergänger hat andere Stimmungen und Gefühle, als der zwölf Stunden unter der Erde arbeitende.

Der Streik in Oberschlesien ist eine Kulturakt ersten Ranges, weil die Arbeiter aus den Wegen der Duldbarkeit herausgekommen und Männer wie Frauen einige Tage zu ihrer Erholung haben.

Die Arbeiterbewegung hat in Oberschlesien begonnen, und selbst die Frauen nehmen daran teil; sie besuchen die Versammlungen, sind aufmerksame Zuhörer und stimmen dem Redner mit vielen Zwischenrufen zu, wenn er Not und Elend der Bergarbeiter in berechneten Worten schildert.

Wenn ich so durch die Dörfer und Städte ziehe und die ernst und doch immerhin heiteren Mienen der Männer und Frauen betrachte, dann sage ich mir, hier fehlen Bücher, Bücher, denn die Bergarbeiter haben jetzt Zeit und Lust zum Lesen. Und mag der Streik ausfallen, wie er will, das eine wird bleiben, daß die Lebensgewohnheiten der Bergarbeiter andere werden, und sie müssen es, um das Joch der adligen Grubenbarone abzuschütteln. Der Boden ist gepflügt, jetzt heißt es säen.

Nach einigen Meldungen, sie sollen aus dem Berg- und Hüttenverein stammen, soll die Zahl der Streikenden 86000 Mann betragen, jedoch ist diese Zahl unbedingt zu hoch.

Auf der Johannagrube und der Brandenburggrube befindet sich ein Teil der Maschinisten im Ausstand. Auf den Salmeiwerken haben heute 900 Mädchen die Arbeit niedergelegt. In Laurahütte haben sich 50 Arbeiterinnen ebenfalls der Streikbewegung angeschlossen!

Auf den fiskalischen Schächten in Königsbrunn streiken 21 bis 22 Proz. der Belegschaft. Auch auf den fiskalischen Gruben im Rastge hat der Streik an Ausdehnung bedeutend zugenommen. Aus Boremba sind 50 Perleute nach Frankreich abgefahren.

Auf der Konfordsgrube verunglückte am Donnerstag ein 15 Jahre alter Hilfschlepper; er wurde von einer Lokomotive erfasst. Er erlitt eine starke Quetschung des Kopfes und wird mindestens ein Vierteljahr im Lazarett zubringen müssen. Die Wogenstößer erhalten einen Tagelohn von 2 M.

Berlin und Umgegend.

Vom Generalkommando des Gardekorps erhalten wir folgende Zuschrift:

Das Generalkommando teilt mit Bezug auf § 11 des Preuss. Gesetzes vom 7. 5. 1874 zu dem Artikel im „Vorwärts“ vom 16. 4. 13, über die „Gewerkchaftliches“. — Und obermalig Soldaten als „Streikbrecher“ — nachfolgende Verchtigung mit:

Die 3 Postleute, welche am Sonntag, den 13. April ds. Jz. nachmittags gegen Entgelt im Kaiserkrantzrestaurant zu Charlotten-

burg aushalfen, taten dies freiwillig und nur mit Wissen ihres Feldwebels.

Es hat weder eine Kommandierung stattgefunden noch wußten andere Vorgesetzte darum. Der Kompaniechef hat, als er am nächsten Morgen davon erfuhr, sofortige Abstellung angeordnet. Der kommandierende General:

Ilb
Freiherr von Pleitberg.

Wir freuen uns, aus dieser Zuschrift zu ersehen, daß die Vereinstellung von Soldaten für solche Zwecke von einigen höheren Kommandostellen offenbar als nicht unbedenklich angesehen wird. Hoffentlich wird auch der Feldwebel als Arbeitswilligenvermittler einmal der Vergangenheit angehören.

Deutsches Reich.

Die Maschinisten und Heizer zum Streik in der Binnenschiffahrt.

Die Verhandlungen mit den Unternehmern in der Binnenschiffahrt haben bekanntlich nicht den gewünschten Erfolg gebracht, trotzdem auch die Maschinisten und Heizer, um den Weg zum Frieden zu ebnen, ihre ursprünglichen Forderungen reduziert hatten. Neber die Frage der Kosttrabe kam es zu einer Verständigung, indem beide Parteien erklärten, die gesetzliche Regelung anzustreben und der Regierung geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Eine Einigung über den Tarif scheiterte an der Lohnfrage; die Unternehmer wollten über ihr altes Angebot, monatlich 5 M. für alle Stromgebiete zuzulegen, nicht hinausgeben. Durch den Vorsitzenden der Maschinisten und Heizer wurde erklärt, daß eine tarifliche Vereinbarung nur auf folgender Grundlage zustande kommen könne: Für die Elbe wird die Zulage von 5 M. akzeptiert, unter der Voraussetzung, daß die zweite Lohnklasse für die Heizer in Wegfall kommt. Bei den Sügüter-Schiffahrtsreedereien tritt eine Zulage von 10 M. für Maschinisten und Heizer in Kraft; auf der Oder eine Zulage von 5 M. sofort und eine weitere Zulage im dritten Jahre, deren Höhe noch zu bestimmen ist, jedoch mit der Maßgabe, daß der Heizerlohn nicht unter dem der Bootleute zurückbleibt. — Die Unternehmer hatten diese Vorschläge für unannehmbar und bestanden auf den ihrigen. Infolgedessen kann es zu einem tariflichen Verhältnis mit dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer nicht kommen. Die Arbeit wird wieder aufgenommen. Der Kampf mit den Reedereien ist jedoch damit nicht zu Ende, jetzt beginnt der Kleinkrieg, der Kampf in Permanenz.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1912.

Das abgelaufene Geschäftsjahr stand erfreulicherweise abermals im Zeichen des Aufstieges. Im Schluß des Jahres 1912 betrug die Zahl der männlichen Mitglieder 181 273, die der weiblichen 26 324, insgesamt zählte der Verband also 207 597 Mitglieder. Die Zunahme beträgt gegen das Vorjahr 18 154. Prozentual stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 10,55 Proz., die der weiblichen um 12,15 Proz. Entsprechend dieser Entwicklung ist auch das finanzielle Ergebnis ein günstigeres als im Vorjahr. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 4 337 531 M. An Unterstufungen wurden verausgabt 2 093 819 M. Davon entfallen auf Erwerbslosenunterstützung 1 307 823 M., auf Streiks- und Gemahregelungenunterstützung 654 999 M. An Gesamtausgaben verzeichnet die Hauptkasse 3 336 575 M. Der Massenbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 3 150 978 M. Außerdem hatten die Lokalkassen insgesamt einen Bestand von 861 580 M. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 4 012 558 M.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind im Jahre 1912 insgesamt 601 zu verzeichnen. Davon konnten 443 ohne Arbeitseinstellung erledigt werden. Angriffstreiks waren 94, Abwehrstreiks 40 und Aussperrungen 24 durchzuführen. 84 Proz. aller Bewegungen waren erfolgreich, davon 74 Proz. ohne Arbeitseinstellung. Bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung wurde erreicht: für 13 492 Beteiligte eine Arbeitsverfängerung von 39 910 Stunden pro Woche, außerdem für 30 642 Personen eine Lohnerhöhung von 69 229 M. pro Woche. Insgesamt wurde erreicht eine Arbeitszeitverfängerung für 13 661 Personen von 44 681 Stunden die Woche und eine Lohnerhöhung für 45 606 Personen von 79 584 M. die Woche. Lohnaufzungen wurden abgelehnt für 1067 Personen von zusammen 2772 M. die Woche. Die Kosten für alle Lohnbewegungen betragen für Haupt- und Lokalkassen zusammen 796 984 M. Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat 1912 eine wesentliche Erweiterung erfahren. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge betrug am Schluß des Jahres 390 (im Vorjahr 301), die Zahl der in Betracht kommenden Betriebe 611 (489) und die Zahl der unter Tarif Arbeitenden 33 425 (29 550).

Das abgelaufene Jahr kann für die in das Vorkriegsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes fallende Arbeiterschaft als ein erfolgreiches gebucht werden. Dies konstatieren zu können, ist umso erfreulicher, als es sich um meistens ungelernete Arbeitsträfte handelt, unter denen die Agitation erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden hat.

Der Bund deutscher Dekorationsmaler und die Lohnbewegung im Malergewerbe.

Der Bund deutscher Dekorationsmaler e. V., Sitz München, hat mit den Gehilfenorganisationen einen Tarifvertrag für das deutsche Bundesgebiet abgeschlossen. Wenn der Bund bei dieser Lohnbewegung eine Sonderstellung einnahm und selbständig in Tarifverhandlungen eintrat, so hat dies, wie der Bund in einer Zuschrift an die Presse erklärt, seine Ursache darin, daß der Bund trotz wiederholter Ersuchen vom Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe zurückgewiesen wurde. Da somit keine Aussicht bestand, an der Schaffung eines Tarifes mitwirken zu können, sah sich der Hauptverband des Bundes veranlaßt, selbständig vorzugehen. Die Verhandlungen des Bundes mit den Gehilfen-Organisationen begannen mit dem Zeitpunkt, als die Schiedsprüche der Herren Unparteiischen gefällt waren und diese von den Gehilfen-Organisationen als angenommen erklärt wurden. Auf Grund dieser Schiedsprüche führte der Bund die Tarifverhandlungen und brachte diese auch zum Abschluß. Der Hauptverband des Bundes deutscher Dekorationsmaler hat gewissenhaft geprüft, als er sich entschloß, selbständig einen Vertrag mit den Gehilfen abzuschließen. Der Bund deutscher Dekorationsmaler konnte einem raschen Vertragsabschluß um so leichter zustimmen, als bei der gegenwärtigen Lohnbewegung nicht mehr die Lohnhöhe und die Arbeitszeit den Streitpunkt bilden, sondern lediglich die Einführung des paritätischen, oder des kommunalen Arbeitsnachweises zum Teil die Ursachen sind, welche zur Aussperrung führten. Der Bund ist schon durch sein Programm Gegner der Innungs-, resp. der Vereinarbeitsnachweise. Er ist Anhänger der unparteiisch geleiteten amtlichen oder kommunalen Arbeitsnachweise. Infolgedessen ist die Frage über den Arbeitsnachweis für den Bund deutscher Dekorationsmaler erledigt. Das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe ließ dem Bund keinen anderen Weg übrig, als selbständig zu handeln. Der Hauptverband des Bundes war nach gegobener Sachlage gezwungen, seine Mitglieder vor den Schäden einer verkehrten und ziellosen Tarifpolitik zu schützen und schloß infolgedessen den Bundestarif ab.

Kampfmethode des pommerischen Bauherrenverbandes.

In Stolp streiken die Bauarbeiter. Als das terroristische Verhalten des pommerischen Bauherrenverbandes kürzlich im Reichstoge zur Sprache kam, nahm der konservative Abgeordnete v. Wenden die Terroristen in Schutz und erklärte, der Verband sorge für das Wohl der Arbeiter. Wie diese Sorge um das Wohl der Arbeiter aussieht, erhellt am besten daraus, daß der Unternehmerverband zunächst die Einwohner aufforderte, „Ausfäureungen“ der Streikenden sofort zu melden. Damit noch nicht genug, treibt er Bauarbeiter, die anderwärts Arbeit belamen, wieder aus der Arbeitshütte heraus. Bei dem Rittergutsbesitzer Dreher-Krampe waren zwei Maurer beschäftigt, die von ihm folgendes Schreiben erhielten:

Krampe, den 28. April 1913.

An die Maurer A. und G.!
Bei Ihrem Eintritt in meine Arbeit haben Sie mir ausdrücklich versichert, daß Sie nicht der sozialdemokratischen Partei angehören und mit dem gegenwärtigen Maurerstreik in Stolp nichts zu tun hätten. Aus ganz zuverlässiger Quelle erfuhr ich nun, daß diese Ihre Angaben unwahr sind. Als Mitglied des pommerischen Bauherrenverbandes ist es meine Pflicht und mein Wunsch, die von sozialdemokratischer Seite ausgehenden Streiks der Bauhandwerker in jeder Weise zu bekämpfen und sie nicht zu unterstützen, indem ich den Ihren bisherigen Arbeitgebern gegenüber streitenden Leuten, Arbeit und Verdienst zuzuwende. Ich entlasse Sie daher aus meiner Arbeit und sende Ihnen beifolgend den rückständigen Lohn.
Dreher.

Dieser Agrarier, der von Höflichkeit und Anstand gegen Arbeiter nicht angekränkt zu sein scheint, zeigt sich hier als willfähriger Helfer der Herren Bauherren, um auf die von ihnen beliebte Art und Weise für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Die entlassenen Maurer gehören übrigens der sozialdemokratischen Partei gar nicht an und hatten auch mit dem Streik nichts zu tun. Also die Sorge des Bauunternehmerverbandes für das Wohl der Arbeiter dehnt sich auch auf nicht am Streik Beteiligte aus!

In der Deutschen Erdindustrie zu Grabow (Mecklenburg) haben sämtliche Arbeiter wegen fortgesetzter Maßregelungen die Arbeit niedergelegt. — Zugung ist ferngehalten.

Immer wieder Unternehmerterrorismus!

Die Arbeiter der Wilhelmshütte in Altwasser in Schlesien hatten schon seit längerer Zeit eine Verfürzung der bisherigen 60 stündigen Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung gefordert. Die Betriebsleitung beantwortete diese Forderungen mit Maßregelungen einzelner Arbeiter. So wurden binnen kurzer Zeit vier Arbeiter, die 13, 8, 7 und 5 Jahre bei der Firma beschäftigt waren, ohne Grund entlassen. Als alle Versuche, eine Einigung herbeizuführen, fruchtlos blieben, reichten die Schlosser, Schmiede und eine Anzahl Maschinenarbeiter aus drei Abteilungen des Betriebes ihre Kündigungen ein. Es freiten seit dem 21. April 1913 55 Mann. Die Firma versucht nun, Ersatz für die Streikenden zu bekommen, da durch den Streik eine Betriebsstörung binnen kurzer Zeit eintreten muß. Jedoch sind bis jetzt diese Versuche erfolglos geblieben. Nun hat der Verband der Metallindustriellen, jedenfalls auf Veranlassung der Direktion der Wilhelmshütte folgendes Kund-schreiben an die Firmen der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands versandt:

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.
Nr. 1413. Rundschreiben Nr. 58 pro 1913.

Berlin, den 9. April 1913.
Bei der Firma Wilhelmshütte, Aktiengesellschaft für Maschinenbau und Eisengereie, Altwasser i. Schl., haben am 5. April 1913 die in der Anlage aufgeführten Arbeiter infolge einer vom Deutschen Metallarbeiterverband eingeleiteten Lohnbewegung die Kündigung eingereicht.

Wir bitten, diese, sowie alle von der genannten Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.
Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.

In einer beiliegenden Liste mit dem Vermerk „Zu Nr. 58 pro 1913“ sind die Namen nebst Angabe der Streikenden bezim, welche gekündigt haben, aufgeführt.

Also nicht nur den Streikenden, sondern auch den andern Arbeitern, die noch bei der Firma beschäftigt sind, wird die Möglichkeit genommen, wo anders Arbeit zu erhalten.

Die Situation für die Streikenden selbst ist eine günstige. Der Streik wird, wenn die Versuche der Firma, Arbeitswillige zu bekommen, resultatlos bleiben, mit Erfolg beendet werden können. Deshalb wird um Fernhaltung jedes Zugugs von Metallarbeitern nach der Wilhelmshütte in Altwasser gebeten.

Letzte Nachrichten.

Weltfriedensstimmung in Amerika.

Washington, 28. April. (W. T. U.) Präsident Wilson ist optimistisch gestimmt hinsichtlich der Möglichkeit eines Erfolges der Pläne des Staatssekretärs Bryan für eine weltumfassende Friedensbewegung. Der Präsident äußerte heute informell die Ansicht, daß die Pläne Bryans ausgeführt werden könnten, denn er glaube, die Stimmung in der Welt begünstige die Förderung der Friedensidee. Wilson erklärte ferner, er habe bereits günstige Aeußerungen über das Projekt von Mitgliedern des diplomatischen Korps erhalten. Der Vorschlag des Staatssekretärs sei überall freundlich aufgenommen worden.

Die Unruhen in Lissabon.

Lissabon, 28. April. (W. T. U.) Die Verhältnisse, welche heute auf der Polizeipräfektur verhört worden sind, haben erklärt, daß sie im Interesse der Republik gehandelt hätten. Ein Unteroffizier vom 5. Infanterieregiment hat infolge des Scheiterns der Bewegung Selbstmord begangen. Fünf Verhaftete sind in Qucluz bei Lissabon in dem Augenblicke verhaftet worden, als sie in die Artilleriekaserne einzudringen versuchten. Der Kapitän zur See Cerejo ist verhaftet worden, weil er einen Handstreich auf die Quartiere des 2. und des 16. Infanterieregiments versucht hatte, der allerdings mißglückte. In dem Sitze der Radikalen Federation sind 183 sorgfältig hergestellte Bomben vorgefunden worden.

Neue Unruhen in Mexiko.

Washington, 28. April. (W. T. U.) In Mexiko sind zwischen Huertas und Diaz Anhängern Reibungen entstanden, und beide Parteien bilden jetzt bewaffnete Feldlager. Huerta hat die Infanterie im Nationalpalast verjagt, während Diaz einen großen Teil der Artillerie auf seinem dreißig Meilen von der Hauptstadt entfernten Besitztum sammelengezogen hat. Der Kriegsminister befindet sich im Besitz der Zitabelle, in der der Rest der Artillerie liegt.

Schlusakt der Dabendorfer Mordaffäre.

Leipzig, 28. April. (W. T. U.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Brannenburger Gustav Kolbe, der vom Schourgericht Berlin II am 15. März d. J. wegen Totschlags, begangen an dem Sekretariatsassistenten Franz Behm am 7. Oktober 1909 in Dabendorf, zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden war.

Ein mißlungener Vandalenstreik.

Paris, 28. April. (W. T. U.) Heute nachmittag drangen zehn Vandalen in den Bahnhof von Chaville bei Versailles ein und verwundeten den Stationsvorstand, verließen jedoch den Bahnhof, als sie sahen, daß dort keine Gelder vorhanden waren.

Ein neuer Höhenrekord.

Reims, 28. April. (W. T. U.) Der Offiziersflieger Trocard hat mit zwei Passagieren auf einem Eindecker eine Höhe von 2300 Metern erreicht und damit einen neuen Weltrekord aufgestellt. Der Flug dauerte eine Stunde 35 Minuten.

Zum Landtagswahlkampf.

Des Zentrums Niedergang.

Das Zentrum hat sich immer mehr zum Volksfeind entwickelt. Das beweist es auch auf dem Gebiete des Militarismus. Sogar in die Organe der Arbeiter tragen die Parteidiktatoren ihren Rüstungsfanatismus hinein. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ z. B. ganz zu schweigen von der ausgesprochen parteipolitischen ultramontanen Presse, kultiviert einen Rüstungsseifer, der wirklich schon an Hysterie grenzt. Er stellt den reinen Hohn dar auf die christlichen Grundsätze: „Liebet eure Feinde, segnet, die euch fluchen, tut wohl denen, die euch hassen“ und „Du sollst nicht töten!“ Daß sich das Haupt der Münchener Gladbacher und der „Westdeutschen“, Herr Giesberts, nun auch als Handlanger der Prozentpatrioten benützen läßt, paßt vortrefflich zu der Entwicklung der sogenannten Volkspartei. — Um den trassen Gegensatz zwischen dem Zentrum von damals, unter Führung Windthorst's, und dem Zentrum von heute, dem Hausnecht verbrecherischer kapitalistischer Interessen, darzustellen, seien einige Auslassungen über den Militarismus aus damaliger Zeit an das Licht gezogen. Mallinrodt machte am 14. April 1874 im Reichstag folgende Ausführungen:

„Man sagte früher, der Leib sei zu schmal und die Rüstung sei zu groß für Preußen, wenn aber erst Deutschland geeinigt sei, dann würden sich die Dinge ändern; die Lasten würden leichter zu tragen sein. Und was ist die Wahrheit? Wir haben mehr Rekruten, wir brauchen mehr Geld, wir fordern längere Dienstzeit, und Deutschland, das geeinigt, das wandelt sich jetzt insgesamt in einen Militärstaat um, und die Folgen davon sind nicht ausgeblieben und werden nicht ausbleiben. Der Begriff des Militarismus nimmt mehr und mehr Gestalt und Fleisch und Blut an. Die ungeheure Summe der fünf Milliarden — wieviel ist heute davon übrig? Wieviel davon ist vernehmbar gefunden worden für andere als militärische Zwecke? Man hat Eisenbahnen gebaut, aber Eisenbahnen in erster Linie als Militärbahnen. Meine Herren, wenn es sich heute um ähnliche Fragen handelt, wenn es sich in einem oder dem anderen größeren Orte um einen Streit handelt über Bahnhofsanlagen und dergleichen, — gar häufig sind es militärische Gesichtspunkte, die sich den Forderungen des bürgerlichen Interesses entgegenstellen. Sehen Sie sich um in der bezahlten Beamtenwelt, in dem Subalternpersonal, — überall begegnen Sie alten Soldaten, und die Rücksichten auf die Armeen nehmen auch für jenes Gebiet einen der ersten Plätze ein. Sehen Sie sich um in der Richtung des Unterrichts, — auch da findet sich in der Arme, dem Militärstaate, das Ideal, welches schon der Jugend vorgezeichnet wird. So durchdringt der militärische Gedanke alle Verhältnisse des Volkes.“

Freiherr v. Schorlemer-Alst war es, der am 11. Januar 1875 den Rüstungsseiferern im Reichstag zurief: „Unter dem Medaillon des Gründers unseres Militärsystems, des Generals Scharnhorst, in Hoyer dieses Hauses stehen die Worte: „Alle Bewohner des Staates sind geborene Verteidiger desselben.“ Hüten wir uns, daß dieser Satz sich nicht umkehrt in die Worte: „Alle Bewohner des Staates sind gezwungene Verteidiger desselben.“

Schorlemer sagte den Pflichten, die immer von der sogenannten Risikoprämie fabulieren, folgendes:

„Das Militärbudget ist sozusagen das Fähr der Danaiden, wir werfen in jedem Jahre neue Millionen hinein, aber ausfüllen können wir es nicht. Erschöpft wird nur der Säckel der Steuerzahler. Ich halte es aber auch für bedenklich, gerade in Aussicht auf kommende Kriege, daß schon durch die Leistungen für die Armeen im Frieden und zu Kriegsrüstungen die Finanzen erschöpft werden. Der alte Montecuculi war ein sehr weiser Mann; er hat den Grundsatze aufgestellt, zum Krieg führen gehören drei Dinge: nämlich erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld, und deshalb müßten wir dafür sorgen, daß wir im Frieden nicht schon unsere finanziellen Kräfte erschöpfen. Das wird mir niemand beweisen, daß eine Arme wie die jetzige dauernd erforderlich sein wird. Und wäre sie das, dann wäre das für Deutschland wahrlich eine traurige, sehr einseitige Perspektive. Denn immer in diesem Feldlager zu bleiben, in dem wir uns heute befinden, das wäre gewiß kein normaler Zustand. ... Ich bin der Uebergangung, daß nicht allein Deutschland, sondern ganz Europa mehr und mehr sich zu einem Feldlager ausbildet, und daß es eine Losheit ist, das nicht anzuerkennen zu wollen. Der Versuch, diese Feldlager zu perpetuieren, wie es jetzt gemacht wird, kann nicht genug bekämpft werden.“

Was würde der von den Ultramontanen fast wie ein Heiliger verehrte von Schorlemer-Alst sagen, wenn er die Münchener Gladbacher Staatsmännchen in ihrer Pose als Säckelzahler und Militärbegeisterte bestaunen könnte!

Keine Partei trägt größere Verantwortlichkeit für die wüste, auf Völkerverheerung und entsetzliches Unglück heraufbeschworende Kriege gerichtete Rüstungstollheit als das Zentrum. Die Partei, die angeblich die Religion der Liebe vertritt, sät Haß, treibt Völkerverheerung, fördert den Massenmord!

Ostelbischer Junkerpatriotismus.

In den sogenannten „Ostmarken“ soll angeblich das Deutschum vor den andrängenden Polen in großer Not sein, und 725 Millionen

Die amerikanische Tarifvorlage.

Sofort bei seinem Amtsantritt hat Präsident Wilson sein als Kandidat im Wahlkampf abgegebenenes Versprechen eingelöst, eine Herabsetzung der amerikanischen Hochschutzzölle vorzunehmen. Ehe noch der demokratische Präsident den Kongreß eröffnete, in dessen beiden Häusern nun demokratische Mehrheiten herrschen, war dem Abgeordnetenhaus bereits die vom Finanzausschuß vorbereitete Tarifvorlage zugegangen. Wenn sich die Hoffnungen des Vorsitzenden des Tarifausschusses Underwood erfüllen, würde die Vorlage bereits Mitte dieses Jahres Gesetz sein und damit seit 1908 bestehenden nach Payne und Aldrich benannten Hochschutzzöllen abgelöst haben. Daß die neue Vorlage nun wirklich mit dem demokratischen Programm Ernst machen und die Schutzzölle vollkommen abbauen würde, war nicht zu erwarten und ist natürlich auch nicht geschehen. Wenn trotzdem in Produzentenkreisen der Vereinigten Staaten ein jämmerliches Klagengeheul angefangen wird und die Prophezeiungen über den völligen Ruin der amerikanischen Volkswirtschaft infolge der angeblich ein-

wirkeln werden — immer vorausgesetzt, daß die Vorlage Gesetz wird — auch folgende für den Lebensunterhalt notwendige Artikel ohne Zollbelastung eingeführt werden: Kohlen, Brennholz, Schuhe, Stiefel, Rohwolle, Kappholz und Holzwaren, Leder und Sattlerwaren, Leinen, Soda, Essigsäure, Schwefelsäure, Zement, Eisenerz, Stahlschienen, Stahldraht, Band-eisen, auch Druckpapier und Holzblei. Diese Ermäßigungen kommen in erster Linie den amerikanischen Konsumenten zugute. Europa läßt von allen diesen Artikeln so gut wie gar nichts ein. Die Zollherabsetzungen sind also in erster Linie für solche Waren vorgeschlagen worden, bei denen die amerikanischen Produzenten keine Konkurrenz zu fürchten haben. So sollen auch Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Kontrollkästen, Schreiftischmaschinen zollfrei eingehen dürfen. An grundsätzlicher Bedeutung und an Wert für die Konsumenten verliert die Zollaufhebung dadurch nichts. Das gilt auch für die Zollherabsetzungen, die Wollwaren, Papierwaren, Eisen- und Metallwaren, Haus- und Küchengeräte Maschinen betreffen. Auch hier, insbesondere für Automobile, Motor- und Fahrräder, Maschinen jeglicher Art (wovon die für landwirtschaftliche Zwecke völlig zollfrei sind), ist die amerikanische Produktion so leistungsfähig, daß sie ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten hat.

Soweit bisher zollfreie Waren unter Zoll gestellt werden sollen, handelt es sich hauptsächlich um Luxuswaren (Perle, Diamanten, Edelsteine), ferner Gewürze, Kohlenenergie, Anilin und Anilinsalze und ähnliches. Als Gegenmaßregel soll auch Weizenmehl aus Ländern, die auf amerikanisches Mehl einen Zoll gelegt haben, verzollt werden.

Sieht man die Liste der Zollbefreiungen und Zollherabsetzungen durch, so fällt dabei auf, daß der neue Tarif die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten erleichtert zu dem auch vom Präsidenten Wilson ausgesprochenen Zweck, die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie durch Verbilligung der Rohprodukte zu steigern. Der Underwood-Tarif wird in der Tat der weiter verarbeitenden Industrie Amerikas sehr zugute kommen. Der Schutzzoll auf Stahl und Stahlgarnen wird um mehr als 50 Proz. herabgesetzt. Die Textilindustrie würde sich noch größerer Erleichterungen erfreuen.

Was die Handelsbeziehungen Amerikas zu Deutschland anbetrifft, so urteilen die deutsche Industrie und der deutsche Export im allgemeinen skeptisch über den Wert der Underwood-Tarifvorlage. Die Zollbefreiung der Lebensmittel hat natürlich für den deutschen Export keine Bedeutung. Aber für die Baumwollindustrie, Papierindustrie, Wollindustrie, Eisen- und Maschinenindustrie und die chemische Industrie würden wesentliche Exporterleichterungen eintreten. Beträgt doch jetzt unter den weit höheren Zollsätzen der Wert der Einfuhr aus Deutschland: für Strumpfwaren 18,4 Millionen, Handschuhe 5 Millionen, Baumwollgarn 3,6 Millionen, Papierwaren 10 Millionen, seine Reservwaren 5,5 Millionen, Musikinstrumente 4,8 Millionen, Haus- und Küchengeräte 1,9 Millionen, wollene Frauenkleider 0,8 Millionen, Zement 0,7 Millionen, Leinen 0,7 Millionen, Sattlerwaren 0,9 Millionen, Holzwaren 0,6 Millionen, Eisenbahnschienen 0,49 Millionen, Klebstoffe 0,8 Millionen, Mineralwasser 0,49 Millionen. Für wichtige deutsche Ausfuhrartikel (z. B. Eierschalen, Kinderspielzeug, Teefarbde, Spigen, Porzellan) sind allerdings keine Zollermäßigungen geplant.

Von größerer Bedeutung als die Freisetzung und Zollermäßigungen ist indessen für die Staaten, mit denen Amerika in Handelsbeziehungen steht, die grundsätzliche Aenderung, daß die Zollsätze höchstzulässig darstellen und weitere Ermäßigungen durch Handelsverträge zugelassen sein sollen. Bisher war der amerikanische Tarif völlig autonom. Der Präsident hatte keinerlei Befugnis zum Abschluß von Handelsabkommen. Jedes Einfuhrland war daher jederzeit durch einseitige und willkürliche Zolländerungen bedroht, die jede sichere Kalkulation für die einfließenden Firmen störten. Das veranlaßte natürlich auch die übrigen Staaten, amerikanische Waren von der Einfuhr ganz auszuschließen oder mit den allgemeinen, durch keinerlei Verabredungen ermöglichten Zollsätzen zu belegen. Würde Amerika jetzt nach europäischem Muster Handelsverträge abschließen, so eröffnete es sich damit für seine Waren den Markt in anderen Ländern. Aber auch die europäischen Staaten erhielten die Möglichkeit, durch Kompensationen ihnen unerwünschte Zollsätze zu differenzieren.

Alle diese Vergünstigungen werden in ihrem Werte erheblich abgeschwächt durch die Beibehaltung der Zollschiene, die eine dauernde Quelle diplomatischer Verwickelungen zwischen Amerika und den Einfuhrländern bilden. Der Anlaß dazu bietet die Grundbestimmung auch des neuen Tarifes, daß die Zölle vom Werte (nicht nach der Quantität) der Ware erhoben werden. Differenzen über die Wertbestimmung der Waren zwischen Zollbehörde und Importeuren werden daher nie aufhören. Um eine Kontrolle über die Wertbestimmung zu gewinnen, findet sich im Zollgesetzentwurf die Bestimmung, daß dem Schatzamt der Einblick in die Geschäftsbücher und ähnlichen Dokumente des Importeurs zu gestatten ist, widrigenfalls die Einfuhr völlig verboten ist. Gegen diese Bestimmung hat Deutschland gleich Oesterreich und England Protest erhoben, der sich auch dagegen richtet, daß die Einfuhr deutscher Waren auf amerikanischen Schiffen zollbegünstigt erfolgen soll.

Alle diese Vergünstigungen werden in ihrem Werte erheblich abgeschwächt durch die Beibehaltung der Zollschiene, die eine dauernde Quelle diplomatischer Verwickelungen zwischen Amerika und den Einfuhrländern bilden. Der Anlaß dazu bietet die Grundbestimmung auch des neuen Tarifes, daß die Zölle vom Werte (nicht nach der Quantität) der Ware erhoben werden. Differenzen über die Wertbestimmung der Waren zwischen Zollbehörde und Importeuren werden daher nie aufhören. Um eine Kontrolle über die Wertbestimmung zu gewinnen, findet sich im Zollgesetzentwurf die Bestimmung, daß dem Schatzamt der Einblick in die Geschäftsbücher und ähnlichen Dokumente des Importeurs zu gestatten ist, widrigenfalls die Einfuhr völlig verboten ist. Gegen diese Bestimmung hat Deutschland gleich Oesterreich und England Protest erhoben, der sich auch dagegen richtet, daß die Einfuhr deutscher Waren auf amerikanischen Schiffen zollbegünstigt erfolgen soll.

Alle diese Vergünstigungen werden in ihrem Werte erheblich abgeschwächt durch die Beibehaltung der Zollschiene, die eine dauernde Quelle diplomatischer Verwickelungen zwischen Amerika und den Einfuhrländern bilden. Der Anlaß dazu bietet die Grundbestimmung auch des neuen Tarifes, daß die Zölle vom Werte (nicht nach der Quantität) der Ware erhoben werden. Differenzen über die Wertbestimmung der Waren zwischen Zollbehörde und Importeuren werden daher nie aufhören. Um eine Kontrolle über die Wertbestimmung zu gewinnen, findet sich im Zollgesetzentwurf die Bestimmung, daß dem Schatzamt der Einblick in die Geschäftsbücher und ähnlichen Dokumente des Importeurs zu gestatten ist, widrigenfalls die Einfuhr völlig verboten ist. Gegen diese Bestimmung hat Deutschland gleich Oesterreich und England Protest erhoben, der sich auch dagegen richtet, daß die Einfuhr deutscher Waren auf amerikanischen Schiffen zollbegünstigt erfolgen soll.

Auch eine Dorfschule.

Den traurigen Zustand der ländlichen Volksschulen Preußens — obwohl in ihnen weitaus die meisten Kinder des Volkes, nämlich über vier Millionen, unterrichtet werden — haben wir in der letzten Zeit mehrfach geschildert. Die Gerechtigkeit gebietet anzuerkennen, daß die preussische Unterrichtsverwaltung und die herrschenden Klassen, in deren Dienste sie arbeitet, recht gut wissen, wie eine Schule ausgestattet sein muß, um gutes zu leisten, und daß sie hin und wieder auch eine Dorfschule zum Gegenstande ihrer liebevollsten Sorgfalt machen. Eine solche „Dorfschule“ ist z. B. das an Staatskosten unterhaltene Joachimsthalsche Gymnasium, das vor ein paar Monaten von Berlin hinaus aufs Land verlegt worden ist. Wie es da aussieht, darüber wußte der Unterrichtsminister am 8. April d. J. im Abgeordnetenhaus unter anderem folgendes anzugeben. Das alte berühmte Gymnasium sei in das Freie, in eine kleine Stadt, in einen märkischen Kiefernwald, an einen schönen märkischen See verlegt worden. „Es sind dort eine Reihe von Willen gebaut, so daß in jeder eine Zahl von Schülern unter Aufsicht einer für diese Zwecke ausgewählten Dame und eines Lehrers eine Häuslichkeit finden.“

D diese glücklichen Dorfschüler, die an dem schönen märkischen See in Willen wohnen können! Wie viel da wohl der Staat für jeden einzelnen aufwenden mag? Wir zweifeln, in dieser „Dorfschule“ gibt es keine überfüllten Klassen!

legenden Ueberschwemmung des Marktes mit europäischen Waren nicht aufhören wollen, so erklärt sich das einfach daraus, daß auch dort die Kapitalisten nicht ein Teilchen ihres Profits und ihrer geschäftigen Position aufgeben wollen. Aber das nimmt wenig von der grundsätzlichen Bedeutung der Vorlage. In keinem kapitalistischen Großstaat ist seit Jahrzehnten der von der Regierung und der Parlamentmehrheit gestützte Versuch unternommen worden, die Hochschutzzölle durch eine gemäßigtere unter besonderer Berücksichtigung der Konsumenteninteressen zu ersetzen. In diesem Versuch — mag er bisher auch erst auf dem Papiere stehen und nur durch die Worte eines Staatsmannes moralisch gesichert sein — spricht sich der Erfolg der Propaganda aus, die von den Konsumenten gegen die Kapitalmacht der vertriebenen Produzenten geführt worden ist. Unter dem Druck der Forderung ist der Unwille gegen alle Forderungen kapitalistischer Konsumentenabwertung gewachsen. Diesem Druck gibt die Tarifvorlage nach, wenn sie in Zukunft die Einfuhr von Fleisch, Wehl, Brot, Milch, Sahne, Kartoffeln, Mais, Raismehl, Salz, Schweiß, Fischen völlig zollfrei lassen will. Der Zuderzoll soll jährlich um 25 Prozent herabgesetzt werden und von 1916 an soll Zuder völlig vom Zoll befreit sein. Außer den Nahrungs-

mitteln werden — immer vorausgesetzt, daß die Vorlage Gesetz wird — auch folgende für den Lebensunterhalt notwendige Artikel ohne Zollbelastung eingeführt werden: Kohlen, Brennholz, Schuhe, Stiefel, Rohwolle, Kappholz und Holzwaren, Leder und Sattlerwaren, Leinen, Soda, Essigsäure, Schwefelsäure, Zement, Eisenerz, Stahlschienen, Stahldraht, Band-eisen, auch Druckpapier und Holzblei. Diese Ermäßigungen kommen in erster Linie den amerikanischen Konsumenten zugute. Europa läßt von allen diesen Artikeln so gut wie gar nichts ein. Die Zollherabsetzungen sind also in erster Linie für solche Waren vorgeschlagen worden, bei denen die amerikanischen Produzenten keine Konkurrenz zu fürchten haben. So sollen auch Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Kontrollkästen, Schreiftischmaschinen zollfrei eingehen dürfen. An grundsätzlicher Bedeutung und an Wert für die Konsumenten verliert die Zollaufhebung dadurch nichts. Das gilt auch für die Zollherabsetzungen, die Wollwaren, Papierwaren, Eisen- und Metallwaren, Haus- und Küchengeräte Maschinen betreffen. Auch hier, insbesondere für Automobile, Motor- und Fahrräder, Maschinen jeglicher Art (wovon die für landwirtschaftliche Zwecke völlig zollfrei sind), ist die amerikanische Produktion so leistungsfähig, daß sie ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten hat.

Soweit bisher zollfreie Waren unter Zoll gestellt werden sollen, handelt es sich hauptsächlich um Luxuswaren (Perle, Diamanten, Edelsteine), ferner Gewürze, Kohlenenergie, Anilin und Anilinsalze und ähnliches. Als Gegenmaßregel soll auch Weizenmehl aus Ländern, die auf amerikanisches Mehl einen Zoll gelegt haben, verzollt werden.

Sieht man die Liste der Zollbefreiungen und Zollherabsetzungen durch, so fällt dabei auf, daß der neue Tarif die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten erleichtert zu dem auch vom Präsidenten Wilson ausgesprochenen Zweck, die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie durch Verbilligung der Rohprodukte zu steigern. Der Underwood-Tarif wird in der Tat der weiter verarbeitenden Industrie Amerikas sehr zugute kommen. Der Schutzzoll auf Stahl und Stahlgarnen wird um mehr als 50 Proz. herabgesetzt. Die Textilindustrie würde sich noch größerer Erleichterungen erfreuen.

Was die Handelsbeziehungen Amerikas zu Deutschland anbetrifft, so urteilen die deutsche Industrie und der deutsche Export im allgemeinen skeptisch über den Wert der Underwood-Tarifvorlage. Die Zollbefreiung der Lebensmittel hat natürlich für den deutschen Export keine Bedeutung. Aber für die Baumwollindustrie, Papierindustrie, Wollindustrie, Eisen- und Maschinenindustrie und die chemische Industrie würden wesentliche Exporterleichterungen eintreten. Beträgt doch jetzt unter den weit höheren Zollsätzen der Wert der Einfuhr aus Deutschland: für Strumpfwaren 18,4 Millionen, Handschuhe 5 Millionen, Baumwollgarn 3,6 Millionen, Papierwaren 10 Millionen, seine Reservwaren 5,5 Millionen, Musikinstrumente 4,8 Millionen, Haus- und Küchengeräte 1,9 Millionen, wollene Frauenkleider 0,8 Millionen, Zement 0,7 Millionen, Leinen 0,7 Millionen, Sattlerwaren 0,9 Millionen, Holzwaren 0,6 Millionen, Eisenbahnschienen 0,49 Millionen, Klebstoffe 0,8 Millionen, Mineralwasser 0,49 Millionen. Für wichtige deutsche Ausfuhrartikel (z. B. Eierschalen, Kinderspielzeug, Teefarbde, Spigen, Porzellan) sind allerdings keine Zollermäßigungen geplant.

Von größerer Bedeutung als die Freisetzung und Zollermäßigungen ist indessen für die Staaten, mit denen Amerika in Handelsbeziehungen steht, die grundsätzliche Aenderung, daß die Zollsätze höchstzulässig darstellen und weitere Ermäßigungen durch Handelsverträge zugelassen sein sollen. Bisher war der amerikanische Tarif völlig autonom. Der Präsident hatte keinerlei Befugnis zum Abschluß von Handelsabkommen. Jedes Einfuhrland war daher jederzeit durch einseitige und willkürliche Zolländerungen bedroht, die jede sichere Kalkulation für die einfließenden Firmen störten. Das veranlaßte natürlich auch die übrigen Staaten, amerikanische Waren von der Einfuhr ganz auszuschließen oder mit den allgemeinen, durch keinerlei Verabredungen ermöglichten Zollsätzen zu belegen. Würde Amerika jetzt nach europäischem Muster Handelsverträge abschließen, so eröffnete es sich damit für seine Waren den Markt in anderen Ländern. Aber auch die europäischen Staaten erhielten die Möglichkeit, durch Kompensationen ihnen unerwünschte Zollsätze zu differenzieren.

Alle diese Vergünstigungen werden in ihrem Werte erheblich abgeschwächt durch die Beibehaltung der Zollschiene, die eine dauernde Quelle diplomatischer Verwickelungen zwischen Amerika und den Einfuhrländern bilden. Der Anlaß dazu bietet die Grundbestimmung auch des neuen Tarifes, daß die Zölle vom Werte (nicht nach der Quantität) der Ware erhoben werden. Differenzen über die Wertbestimmung der Waren zwischen Zollbehörde und Importeuren werden daher nie aufhören. Um eine Kontrolle über die Wertbestimmung zu gewinnen, findet sich im Zollgesetzentwurf die Bestimmung, daß dem Schatzamt der Einblick in die Geschäftsbücher und ähnlichen Dokumente des Importeurs zu gestatten ist, widrigenfalls die Einfuhr völlig verboten ist. Gegen diese Bestimmung hat Deutschland gleich Oesterreich und England Protest erhoben, der sich auch dagegen richtet, daß die Einfuhr deutscher Waren auf amerikanischen Schiffen zollbegünstigt erfolgen soll.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Zinndenkstraße 69, von 11 Uhr bis 12 Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschlag und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ähnliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 8. 11. Die Abzahlungen für die Nähmaschine sind nicht abzahlbar. Tagungen können die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung der Frau in diesem Falle gefügt werden. — **N. 8. 179.** Gatten wir für unzulässig. Sie können auf Beileidigung klagen, falls eine gültige Auf-forderung nicht Erfolg hat. — **N. 8. 53.** An einen Notar. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. — **N. 8. 29.** Die vollstreckbare Ausfertigung des Urteils können Sie dem Gerichtsvollzieher zum Zwecke der Zwangsvollstreckung übermitteln. Falls die Sachen nicht gefunden werden, können Sie Abweisung des Offenbarungsbekandes fordern. Die Kosten der Reise zum Zwecke der Vernehmung bei der Zwangsvollstreckung würden Sie nicht erstattet verlangen können. — **N. 8. 16.** Soweit ersichtlich, besteht kein Rückforderungsrecht. — **N. 8. 67. Ja.** — **N. 8. 5.** Sie haben keine Verpflichtung, aber auch kein Recht, in die Angelegenheit einzugreifen. — **N. 8. 35.** 1. Ja. 2. Ja. da für den Fall, daß der Vertrag eingeleitet wird, Stempelsteuer zu erwarten ist. 3. Rühm. 4. Jeder Teil die Hälfte. — **Streitfrage.** Für ein Kind kann nichts gefügt werden. Anspruch auf Ermögung um eine Steuer-haus teil erst ein, wenn zwei Kinder vorhanden sind. — **N. 8. 13.** Es bleibt nur Klage bei dem Verfall Gericht übrig. — **N. 8. 54.** Sie können Anträge sowohl an die Krankenkasse als auch an die Landesversicherungsanstalt richten. — **N. 8. 27. 1.** Bei dem Untergang, in dessen Bezirk der Erbfasser verstorben ist. Sie müssen im Verhandlungstermin durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehenen Person vertreten sein. — **Treptow 187.** Das Mädchen hat Anspruch auf handelt-gemäße Aussteuer. — **N. 8. 67.** Das ist möglich, zurzeit ist noch nichts Näheres bekannt. — **N. 8. 38. Nein.** — **N. 8. 10. 1. und 2.** Sie haben Anspruch auf Bezahlung für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Richten Sie ein Gesuch an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission. 3. Nein.

Achtung! Gewerkschaften. Achtung!

Öffentliche politische

Versammlungen am 1. Mai

Sämtliche Versammlungen finden mittags 12 Uhr mit Hilfsarbeitern und Frauen statt.

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen lautet:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Glaser. Ausflug mit Frauen nach Friedrichshagen am Müggelsee. Treffpunkt um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus; Abmarsch um Punkt 8¹/₂ Uhr nach dem Schießigen Bahnhof. Nichtteilnehmer am Ausflug schließen sich der Versammlung der Glaserarbeiter an.

Glasarbeiter, Glasschleifer, Glasbläser, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Comenius-Salle, Remeler Straße 67. Referent: Genosse J. Knoll.
Treffpunkt um 10¹/₂ Uhr bei Johann, Neue Jakobstraße 26. Abmarsch 11¹/₂ Uhr.

Graphisches Gewerbe. Gruppensammlung: **Brauerei** (kleiner Saal), Am Tempelhofer Berg. Referent: Genosse Wasth.
Alle dazu gehörigen Branchen: Buchdrucker, Buchdruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Schriftsetzer, Photographen, Stereotypsetzer, Lithographen und Steinsetzer, Holzschneider, Notensetzer, Formsetzer und Tapeten- drucker kommen in der Gruppensammlung zusammen.

Handlungsgehilfen und -Gehtinnen, Kaufleute und Lagerhalter. In den Prachtställen Alt-Berlin, Blumenstraße 10. Referent: Genosse Erich Kuttner.

Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe. In den Konordia-Festsälen, Andreasstr. 64. Referent: Genosse Ströbel.
Ehrensache eines jeden Kollegen muß es sein, für einen wirklich guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Erscheint wie immer in Massen.

Federbearbeitung. Gruppensammlung bei Schmidt, Feinengasse 33. Referent: Genosse Fromte.

Brauerei- und Mühlenarbeiter. in Sadowlands Festsälen (früher Drösel's Festäle), Neue Friedrich- straße 35. Referent: Genosse Gustav Linz.

Nahrungs- und Genusmittelgewerbe. In Doerfers Festsälen, Weberstraße 17. Referent: Genosse Stefan Gultische.
Stecker. Treffpunkt 11 Uhr bei Böhler, Elisabethstraße 11.
Gastwirtsgehilfen, Caféangestellte, Hotelbediener, Friseur, Barbier, Gärtner, Musiker, Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, Zigarrensortierer gehen direkt in die Versammlung.

Schneider und Schneiderinnen, Wäsche- und Krawattenarbeiterinnen und Zuschneider.
Im „Elyrium“, Landsberger Allee 40. Referent: Genosse Sabath
und in „Kellers Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97. Referent: Genosse Schärff.

Asphaltreue und Pappdachdecker. Im „Gewerkschaftshaus“ (Saal 3), Engelauer 15. Referent: Genosse M. Ritter.

Bäcker und Konditoren. Im „Marinehaus“ (großer Saal), Brandenburger Ufer 1. Referent: Genosse Erik Jubel.

Holz-, Stein- und Gipsbildhauer und Modellreue. In der „Alhambra“, Bolmer-Theater- Straße 15. Referent: Genosse Rudolf Willeh.

Stiefelbinder. Im Arbeitnachsweislokal, Stralauer Allee 17a. Referent: Genosse Richter.

Bureau-Angestellte begeben sich in die ihnen am nächsten gelegenen Versammlungen.

Göttcher treffen sich vormittags 10¹/₂ Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses und gehen in die Versammlung der Holzarbeiter nach der „Neuen Welt“.

Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen. Im Lokal „Zur Königsbau“ (Brauerei Festäle), Gr. Jeanfurter Str. 117. Ref.: Gen. Max Schütte.
Treffpunkt: Buchbinderbranche 10 Uhr bei Berch, Ritterstr. 75.
Kartondrucker 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Lugudpapierbranche 10 Uhr im „Fürstendof“, Köpenicker Straße 137.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Alle Branchen in der Berliner Hochbrauerei, Tempelhofer Berg. Referent: Genosse E. Kassenstein.

Dachdecker. In Fris Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39. Referent: Genosse Robert Fendel.

Fabrikarbeiter. 2 Versammlungen im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 7c. Referenten: Genosse Adler-Harburg und Genosse Kamp-Bielefeld.

Gemeindearbeiter. In den „Andreas-Festsälen“ (großer Saal), Andreasstr. 21. Referent: Genosse Dr. Breitfeld.

Holzarbeiter. Für alle Branchen in der „Neuen Welt“, Holensende 108-114. Referent: Genosse G. Silberstein.
Bürstenmacher. Treffpunkt vormittags 10 Uhr, bei Preuß, Holzmarktstraße 65.

Hutmacher, Blumen-, Federarbeiter und -Arbeiterinnen. In „Dollgramms Festsälen“, Köpenicker Str. 6/7. Ref.: Gen. Frau Maria Wehl.

Kupferschmiede. Bei Oblig, Schwebler Str. 23/24. Referent: Genosse Hecht.

Kürschner. In den „Rustler-Festälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18a. Referent: Genosse Kitz.

Maler und Lackierer. In „Kleins Festälen“, Holensende 14/15. Referent: Genosse E. Dittmer.

Metallarbeiter. In der Brauerei Friedrichshagen, Am Friedrichshain 15-23. Referent: Genosse Robert Schmidt.

Maschinen- und Heizer. In den „Arminshallen“, Kommandantenstraße 57. Referent: Genosse Franz Schell.

Schuhwaren-Industrie. Im „Schweizer Garten“, Am Friedrichshain 29/32. Referent: Genosse Cassenbach.

Porzellanarbeiter und Schildermaler. Im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engelauer 15. Referent: Genosse Johann Schneider.

Sattler und Portefeuillier. In den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 57/58. Ref.: Gen. C. Schauer.

Steinarbeiter. In den „Germania-Prachtställen“, Chausseestr. 110 (großer Saal). Referent: Genosse Georg Ledebour.

Steinsetzer, Kammer und Steinhauer. In den „Sophien-Sälen“ (großer Saal), Sophienstr. 17/18. Referent: Genosse Dr. Wehl.

Tapetier. In „Wendts Festälen“, Deutschstraße 21. Referent: Genosse H. Epsteil.

Textilarbeiter. In den „Prachtställen Alt-Berlin“, Blumenstr. 10. Referent: Genosse Karl Schröder

Theater- und Kino-Angestellte begeben sich in die ihnen am nächsten gelegenen Versammlungen.

Töpfer. Im „Gewerkschaftshaus“ (großer Saal), Engelauer 15. Referent: Genosse H. Schmit.

Zimmerer. In der „Brauerei Königsbau“, Schönhauser Allee 10. Referent: Genosse Dr. Mosed.

Alle in Berlin stattfindenden Versammlungen gelten durch dieses Inserat als genügend angemeldet.

Außerdem finden in **Groß-Berlin** noch folgende Versammlungen der Unterkommissionen zur Gewerkschaftskommission und anderer Vororte statt:

Adlerhof. Nachmittags 2 Uhr bei Wollstein, Bismarckstr. 24. Referent: Genosse G. Weber.

Charlottenburg. Im „Volkshaus“, Köpenicker Str. 3 (großer und kleiner Saal). Referenten: die Genossen G. Bernstein und G. Lehmann.

Erkner. Im Lokal „Zum alten Krug“, Inhaber Degebrodt. Referent: Genosse Klingler.

Groß-Vichterfelde. Vormittags 8 Uhr bei Richter, Chausseestr. 104. Referent: Genosse R. Geins.

Köpenick. Im „Köpenicker Gesellschaftshaus“, Inhaber Jarius, Grünauer Str. 31. Referent: Genosse Max Groger.

Friedrichshagen. Vormittags 8 Uhr: Zusammenkunft in Rourads Festälen, Friedrichstr. 137 (auf dem Hügel absteigen). Um 9 Uhr: Gemeinsamer Spaziergang nach Rabenstein.

Lichtenberg. 2 Versammlungen: Im Café „Bellevue“, Hauptstr. 4. Referent: Genosse W. Köffel.
Im Restaurant P. Schwarz, Röllendorfer Str. 25/26. Referent: Genosse W. Düwel.

Nieder-Schönhausen. Im „Coridhof“, Inhaber Mahke, Charlottenstraße. Referent: Genosse Rittin.

Reinickendorf-Ost. Im „Seebad“, Reichenstr. 42. Referent: Genosse Mirus.

Reinickendorf-West. Im Restaurant „Waldschlösschen“, Eichhornstraße, Ecke Waldstraße. Referent: Genosse Künstler.

Neukölln. 3 Versammlungen: Partis's Festäle, Hermannstr. 49/50; R. Felsch's Festäle, Aneshofstr. 48/49 und für den Verband der Bauarbeiter in den „Bürgerhäusern“, Bergstraße 147. Referenten: die Genossen Zieg, Stähler, J. Hartmann.

Pankow. In Rostkows Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4. Referent: Genosse Schlichting.

Schöneberg. In den „Neuen Rathhaus-Häusern“, Reiningen Str. 8. Referent: Genosse Ernst Oehl.

Zegel. In Trapp's Festälen, Bahnhofstr. 1. Referent: Genosse R. Bahn.

Tempelhof-Mariendorf-Mariensfelde. Bei Grahl, Mariendorf, Chausseestraße. Referent: Genosse Langenische.

Weißensee. In „Schloß Weißensee“, Königs-Chaussee 1/4. Referent: Genosse Koblentz.

Steglich-Friedenau. Im „Birkenwäldchen“, Schützenstraße. Referent: Genosse Silber.

Ober-Schöneweide. In „Roerner's Blumengarten“. Referent: Genosse G. Zernitz.

Hennigsdorf a. H. Referent: Genosse Stahl.

Alt-Glienice. Bei Rodenbusch, Rudower Str. 54. Referent: Genosse Emil Pabst.

Bruchmühle. Im „Hungerigen Wolf“, Hügel bei Eggendorfer. Referentin: Genossin Maria Demming.

Königs-Wusterhausen. Im „Alten Schützenhaus“. Referent: G. Wasth.

Schenkendorf. Bei Otto Pätzsch. Referent: Dr. Reich.

Die Anmeldung der Versammlungen der Vororte haben die Funktionäre der einzelnen Orte in der ortsüblichen Weise zu bewirken. Die Bureaus der Versammlungen werden beauftragt, über die Zahl der Versammlungsbesucher der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, schriftliche Mitteilung zu machen.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Alwin Köpfen, Engelauer 15 I.

Mai-Feier

der sozialdemokratischen Wahlvereine

am Donnerstag, den 1. Mai 1913.

Nachmittags- und Abend-Veranstaltungen.

Tagesordnung in den Versammlungen:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Berlin.

Café Gärtner, Holfsteiner Ufer 27/28.
Berliner Sockbrauerei, Tempelhofer Berg.
Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15.
Neue Welt, Hasenheide 108—114.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Eudwig, Treptow, Am Treptower Park.
Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain
Nr. 16—23.

Mentes Volksgarten, (Inh. W. Schröter, Sichten-
berg, Köderstr. 28/29.
Glycium, Landsberger Allee 40/41.
Konzert- und Festsäle, Koppenstr. 29.
Schweizergarten, Am Königstor.
Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Prater-Theater, Kastanien-Allee 7—9.
Ohglos Festsäle, Schwedter Str. 23/24.
Borussia-Säle, Uckerstr. 6/7.
Kastanienwäldchen, Inh. Walter, Badstr. 16.

Josef Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Sockbrauerei, Abt. II, Chausseest. 64.
Voigt-Theater, Badstr. 58.
Volksgarten-Theater, Badstr. 8.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Brauerei Patzenhofer, Turmstr. 25.
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 21.
Jnsel-Restaurant, Blöhensee.

Referenten:

Dr. A. Bernstein — Otto Büchner — Klara Bohm-Schuch — Wilhelm Dentzer — Oskar Ewald — Richard Fischer — Franz Gaida — Paul Hirsch — Karl Jahn — Martha Jeetze — Hermann Kuntze — Wilhelm Kubig — Willi Kühne — Joachim Klöß — Paul Litfin — Andreas Mirus — Anna Nemitz — Wilhelm Pfannkuch — Oskar Riedel — Fritz Ruf — Max Saffen — Karl Thielicke — Georg Ucko — Hans Weber — Hermann Weise — Walter Zimmermann.

Wahlkreis Teltow = Beeskow = Storkow = Charlottenburg.

Adlershof. Wollstein, Bismardstr. 24.
Alt-Glienide. Rodenbusch, Rubowstr. 54.
Baumschulenweg. Sauer's Gesellschaftshaus,
Baumschulenstr. 78.
Bohnsdorf. Villa Kahl.
Brih. Raddatz, Chausseest. 39.
Charlottenburg. Volkshaus, Rosenstr. 3.
Höpenick. Stadttheater, Wilhelmstraße.
Dabendorf. Haaker.
Diensdorf. Restaurant Zum Scharnützelsee.
Gidwalde. Wittes Waldschlösschen.
Gr.-Besten. Restaurant Meinelcke.

Gr.-Lichterfelde. Wahrensdorf, Sackstr. 7.
Konzert und Tanz bei Erpel, Berliner
Straße 129 und E. Richter, Chausseest. 104.
Grünau. Dachaufour, Gravelotte.
Halbe. Karl Schulze.
Johannisthal. Lindenhof, Friedrichstr. 60.
Königs-Wusterhausen. Wedhorn, Altes
Schützenhaus.
Gemeinsamer Spaziergang nach Neue Mühle (Tormann).
Lankwih. Prochatska, Bittoriastr. 41.
Lichtenrade-Mariensfelde. Wirtshaus Lichten-
rade, am Bahnhof.
Mariendorf. R. Laar, Chausseest. 305.
Mittenwalde. Ernst Neumann, Gasthof zum Kron-
prinzen.
Neukölln. Vereinsbrauerei.
Nieder-Schöneweide. Neptunshain.

Nowawes. Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41/43 und
H. Singer, Prichersstr. 31.
Petersdorf. Restaurant Schweizergarten.
Schenkendorf. Otto Pütsch.
Schmargendorf. Schützenhaus, Hundeschleifstraße.
Schöneberg. Schlossbrauerei, Hauptstr. 122/124.
Steglich-Friedenau. Birkenwäldchen, Schützenstraße.
Teltow. Restaurant Bonow, Berliner Str. 16.
Tempelhof. Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
Treptow. Beylers Gesellschaftshaus, Treptower
Park 20.
Wannsee. Fürstenhof, O. Ackermann.
Wilmerdorf. Viktoriagarten, Wilhelmstraße.
Zernsdorf-Friedersdorf. Versammlung
in Dannenreich.

Referenten:

Max Barth — Hermann Clajus — Wilhelm Conrad — Agnes Fahrenwald — Theodor Glocke — Julius Grunow — Kurt Heinig — Paul John — Richard Küter — Paul Lange — Bruno Lieske — Albin Mohs — Leo Ostrowski — Minna Reichert — Regina Ruben — Hermann Sonnenburg — Genosse Tost — Fritz Voß.

Wahlkreis Niederbarnim.

Bernau. Franz Salzmann, Badborfer Straße.
Birkenwerder-Borgsdorf. Gesellschaftshaus,
Birkenwerder, Hauptstr. 99.
Borsigwalde. Borsigwalder Festsäle, Sauerstr. 42.
Brennmühle. Hungeriger Wolf, Bögsee bei Eggersdorf.
Eckner. Alter Krug, Inh. Degebrodt.
Franz-Buchholz. Kähne, Berliner Str. 39.
Friedrichsfelde. Bürgers Volksgarten, Prinzen-
allee 30.
Friedrichshagen. Eiskeller, Friedrichstr. 96/97.
Friedrichsthal. Zu den vier Linden.
Hermendorf-Glienide. Altermann, Glienide, Kron-
prinzenstraße.
Herzfelde. Goldener Stern, Hauptstr. 57.

Hohen-Neuendorf-Bergfelde-Stolpe.
Waldschänke, am Bahnhof Stolpe.
Hohen-Schönhausen. Weber, Wilhelmberg.
Karlshorst. Fürstenbad, Inh. Barteld.
Kaulsdorf. Wilder Eber, Siesestraße.
Lichtenberg. Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5.
Café Bellevue, Hauptstr. 2.
Paul Schwarz, Wöllendörffstr. 25.
Mahlisdorf. Linke, Granowstraße.
Mühlenbeck-Buchhorst. Witwe Meyer.
Nieder-Schönhausen. Hanke, Charlottenstraße.
Ober-Schöneweide. Wilhelminenhof.
Oranienburg. Waldhaus Sandhausen.
Zum Kurfürst, Berliner Str. 102.
Pankow. Roczycki, Stenzstr. 3/4.

Reinickendorf-Ost. Kastanienwäldchen, Schönluis 14
Volksgarten, Hauptstr. 50/51.
Reinickendorf-West. Hartmanns Brauerei, Schorn-
weberstr. 101—104.
Rosenthal. Milbrodt, Kronprinzenstr. 15.
Röntgenal. Marx, Bärfeldstr. 12.
Rudersdorf. Mibler, Saltberge, Schulstr. 45.
Schöneiche. Waldschloß, Inh. Neuenhof, Bahndorfer
Wäldchen.
Stralau. Markgrafensäle, Markgrafendamm.
Tegel. H. Gamm, Bahnhofstr. 1.
R. Klippenstein, Zandauer Str. 4.
Waidmannslust. Schweizerhaus, Diansstr. 25.
Weißensee. Schloß Weißensee.
Wittenau. Schulz, Hauptstr. 65.
Waltersdorf.

Referenten:

Hermann Barenthin — Martha Demming — Robert Fendel — August Gebert — Joseph Hartmann — Max Hecht — E. Hegewaldt — Max Jakobsen — Karl Knoll — Karl Klingler — F. Künstler — H. Langhammer — Berta Lungwitz — Franz Marks — Richard Maroke — Karl Melle — Wilhelm Nitschke — August Pattloch — Albert Regge — Artur Stadthagen — Franz Stimming — Hermann Spieckermann — Wilhelm Schenk — Max Schütte — Alwin Schulze — Max Thieme — Franz Wendel — Hermann Wilke — Adolf Zeuner.

Die **Abendfeiern** sind zusammengesetzt aus Festreden, Konzert-Aufführungen, turnerischen Aufführungen, Gesangsvorträgen des Arbeiter-Sängerbundes, Darbietungen des Arbeiter-Radfahrerbundes sowie Spezialitäten-Vorstellungen.

➡ **Anmeldungen der Festreden sind durch die Kreise resp. Orte zu bewirken.** ➡

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Holzarbeiter!

Die Mai-Versammlung

findet um
12 Uhr mittags in der „Neuen Welt“,
Safenheide 108-114, statt.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse **Silberschmidt**.

Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich **vormittags 10 Uhr** in folgenden Lokalen:

Bodenleger im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 15, Saal 2.	Bürstenmacher bei Preuß , Holzmarkt- straße 65.
Rahmenmacher bei Wahlisch , Staliger Str. 22.	Jalousiearbeiter bei Walter , Adalbert- straße 62.
Schirmmacher bei Hermel , Holzmarkt- straße 21.	Kammacher bei Walter , Adalbertstr. 62.
Stellmacher im „Rosenthaler Hof“, Rosen- thalerstraße 11-12.	Knopfmacher bei Thomas , Reichthor- straße 5.
Stockerarbeiter bei Hermel , Holzmarkt- straße 21.	Laden- und Kontor-Tischler im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.
Bergoldder im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 15, Restaurant.	

Die Holzarbeiter von Weissensee, Lichtenberg und Friedrichsfelde nehmen an den in diesen Orten stattfindenden Versammlungen teil. — Die Kollegen von Weissensee versammeln sich um 10 Uhr im „Prälaten“, Lehderstr. 122.

Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 30. April 1913, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5:

Branchen-Versammlung

Perlmutter-, Horn-, Stein- und Knopfmacher und -Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Bericht vom 1. Quartal 1913. 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung wird erwartet, daß die Kollegen Mann für Mann in dieser Versammlung erscheinen.

Die Branchenleitung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichthorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Rüderstraße 9.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Heute Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“, Safenheide:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Weitere Maßnahmen zur Lohnbewegung. — Stellungnahme zum nächsten Verbandstag. Mitgliedsbuch oder Streikkarte legitimiert. — Das Erscheinen aller Kollegen wird erwartet.

Am 1. Mai versammeln sich die Kollegen um 10 Uhr vormittags in den Kontrollstellen. Die Kollegen der Küchenmöbel-Branche treffen sich vormittags 9 1/2 Uhr in den „Ruffertälchen“, Kaiser-Wilhelmstr. 18m.

Die Versammlung am 1. Mai findet mittags 12 Uhr in Klemens Festsälen, Safenheide, statt.

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Berlin-Oberschöneweide.

Am Dienstag, 6. Mai 1913, nachmittags 5 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn **Werneke** hierseits, Wilhelmshofstraße, eine

Außerordentliche General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber und Kassemitglieder statt.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Beratung aus der Ordentlichen Generalversammlung vom 29. April 1913 über die Abänderung des Kassentatuts auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

2. Verschiedenes.

Als Legitimation gilt die Einladungskarte!

Berlin-Oberschöneweide, 25. April 1913, 270/19

Der Vorstand:

Schneider, **Schnur**,
1. Vorsitzender, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin.

Mittwoch, den 7. Mai 1913, abends 8 Uhr, in den **Ruffertälchen**, Kaiser-Wilhelmstr. 18m, Hof parkette, kleiner Saal:

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Ersatzwahlen zum Vorstande (2 Arbeitgeber- und 3 Arbeitnehmer-Stellvertreter).

2. Beratung und Beschlußfassung über die neue Kassensatzung nach der Reichsversicherungsordnung.

Als Legitimation dient die zu dieser Versammlung jedem Delegierten zugegebene Einladungskarte.

Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand:

Otto Ulrich, Vorsitzender. 270/20

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1967. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstraße 21:

Große Versammlung

jämmtlicher in den Knopfbetrieben beschäftigter Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 117/6

1. Vortrag der Genossin **G. Hanna** über: Was sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Gewerkschaft wissen?

2. Diskussion.

3. Betriebsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Es soll in dieser Versammlung an Hand von Beispielen gezeigt werden, wie einige Arbeitgeber die Gewerkschaften umgehen, was das Gesetz vorschreibt und welche Anwendung es finden sollte.

Da dieser Vortrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Knopfbetriebe wichtig ist, darf keiner fehlen.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Die Ortsverwaltung.

Tod u. Teufel	Tod u. Teufel
Reichel's	Reichel's
Wanzen-Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle. Ist absolut nicht schmerzhaft. 50 Pf. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50 Pf. u. 1.50	Schwaben-Spezialpulver „Poudre Martial“ , unfehlbar sicher zur Schwaben-Auströtung. 50 Pf. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50 Pf. u. 75 Pf.

Totale restlose Vernichtung der Brut.

Reichel's Motten-Pulver, unvergänglich, 50 Pf. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50 Pf. u. 2.50.

Selt über 20 Jahren als sicherer Mottenschutz bewährt.

Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.

Mau kauft in den Drogerien nur **Reichel's Original** in den Packungen u. nicht unwirksame Nachahmungen. Einzig echt und garantiert **Tod u. Teufel**.

Alleiniger Fabrikant **Otto Reichel**, Eisenbahnstr. 4. Fernspr. 4751-53.

Anerkennungen aus aller Welt.

Wo? ist der herrlichste Naturgarten an der Nordbahn? Nur im Gasthaus **Kurfürstinbrunnen**, **Borgsdorf** h. Bismarck bei **M. Meißner**.

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr:

Drei große öffentl. Frauenversammlungen

in den Lokalen:

Urania, Brangelstraße 10/11,
Goekers Gesellschaftshaus, Weberstraße 17,
Glysum, Landsberger Allee 40.

Tagesordnung:

„Der preußische Wahlkampf und die Frauen.“

Diskussion.
Referentinnen sind die Genossinnen **Frau Dr. Wehl**, **Frau M. Wurm** und **Frau Luise Zich**.

Der Einberufer: **P. Hoffmann**, Königsberger Straße 28.

9. Berliner Landtagswahlbezirk.

Dienstag, den 29. April 1913, abends 8 1/2 Uhr:

2 öffentliche Frauen-Versammlungen

in den

Mila-Sälen, Schönhauser Allee 130 und bei
Franke, Badstraße 19.

Tagesordnung:

1. Welche Bedeutung haben die Landtagswahlen für die Frauen?

2. Diskussion. 200/4*

Referenten sind: Landtagsabgeordneter Genosse **Ströbel** und Genossin **Regina Ruben**.

Das Landtagswahlkomitee. J. A.: **P. Dobroslaw**, Schliemannstr. 39.

4. Landtagswahlbezirk.

Dienstag, den 29. April 1913, abends 8 Uhr:

Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Rabes Festsäle, Fichtestr. 29.
Hofjäger-Palast, Safenheide 52/53.
Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Berchts Ritteräle, Ritterstr. 71/75.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Das preußische Volk und die Landtagswahlen.

2. Diskussion. — 3. Aufstellung der Wahlmänner.

Referenten: **Dr. Alfred Bernstein**, **Davidsohn**, **Leid**, **Poetzsch**.

Das Wahlkomitee. J. A.: **Gustav Häuser**, Alexandrinenstr. 109.

12. Landtagswahlbezirk.

Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr:

Zwei öffentliche Wählerversammlungen

im „**Artushof**“, **Perleberger Straße 26** und in
der **Patzenhofer Brauerei**, **Turmstr. 25/26**.

Tagesordnung:

Die preußischen Landtagswahlen.

Referenten: Reichstagsabg. **G. Ledebour** und Landtagsabg. **Adolf Hoffmann**.

Diskussion.

In beiden Versammlungen:

Ansprache des Kandidaten des 12. Landtagswahlbezirks **Eugen Ernst**.

Wähler des 12. Landtagswahlbezirks! Erscheint Mann für Mann in diesen Versammlungen.

Das Landtagswahlkomitee. J. A.: **Alfred Paersch**, Oldenburger Str. 10.

Vorjährlige

feinste Anzüge, Paletots, schicke
Ulster, Gehrockanzüge, Smokings,
Fracks auf Seide

30-70 M.

Versandhaus „**Germania**“

21 Unter den Linden 21

Sonntags von 8-10 u. 12-6 geöffnet.



Renofin

ist das neueste Reinigungsmittel für beschmutzte
Hände.

Arbeiter jed. Berufes könn. mit Renofin ihre Hände
in wenigen Sekunden tadellos sauber bekommen.
Preis 30 Pf. pro große Dose, zu beziehen durch die
Renofin-Fabrik, Berlin-Brick, Rudower Str. 54.
Proben werd. gratis u. franko gesandt. Vertret. in all. Fabr. ges.

Reichstag.

161. Sitzung. Montag, den 28. April 1913, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Deibrod, v. Heeringen, v. Leipzig, Kühn, Solz, Dr. Lisco.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. Graf Westarp (L.): Der Abg. Reil hat in der Sommerabend-Sitzung von einem Kalenderunternehmen gesprochen, das mit einem durch unlaute Mittel erzielten Profit von 25 Proz. arbeitet. Er hat die dahinter stehende Gesellschaft eine Gesellschaft mit beschränkter Moral genannt. Er kann nur auf ein Schreiben Bezug genommen haben, in dem eine Druckerei aufgefordert worden sein soll, den Preis eines Volkskalenders fälschlich um 25 Prozent zu erhöhen. Er hat auf eine Gesellschaft hingewiesen, der neben anderen Mitgliefern außerhalb des Hauses auch Herr Erzberger und ich angehören. Ein Schreiben der genannten Art ist von unserer Gesellschaft weder ausgegangen noch veranlaßt worden. Die Pressepolitik kann sich nur auf eine andere Gesellschaft beziehen haben, mit der die unsrige wegen Uebersetzung des Kalenders verhandelt hat. (Hört! hört!) Wir selbst könnten daher nur als Geschädigte in Frage kommen. Jede mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an dem Unternehmen ist für uns sühngemäß ausgeschlossen.

Die Genehmigung zur Fortsetzung einer erhobenen Privatklage des Abg. Vogtherr (Soz.) gegen Professor Guhr in Charlottenburg wird verjagt.

Dritte Lesung des Etats.

Die Fortsetzung der Etatsberatung beginnt mit der namentlichen Abstimmung über die Ostmarkenzulage beim Militärstat, die die Abgeordneten Schulz (Sp.), Graf Westarp (L.), Wassermann (natl.), Dr. Müller-Meinungen (Sp.) wiederherzustellen beantragen. Die Ostmarkenzulage wird mit 179 gegen 110 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Militäretat und der Etat des Reichsmilitärgerichts wird darauf debattelos erledigt.

Marineetat

wird ein Antrag Wassermann (natl.) auf Wiederherstellung einer in der zweiten Lesung gestrichenen Beamtengehaltsposition im Hammelsprung mit 150 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Abg. Albrecht (Soz.):

In der zweiten Lesung rügte ich, daß bei der Herstellung der Garderobe auf den Bekleidungsämtern nur 200 männliche und 1500 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt seien. Der Herr Vizeadmiral Capelle bestritt dies und behauptete, es seien 900 männliche Arbeiter beschäftigt. Ich muß meine Behauptung aber aufrecht erhalten; ich habe lediglich von demjenigen Teil der Bekleidungsämter gesprochen, in dem die Kleider hergestellt werden. Ich weiß sehr wohl, wenn man die Schuhmacher und sonstige Delonemehandwerker hinzurechnet, daß da noch einige Hundert hinzukommen. Ferner hatte ich angegeben, in Kiel seien von 70 Zivilknechten, die dort beschäftigt werden, 18 an die Lungenheilstätten verwiesen worden. Auch das bezweifelte Vizeadmiral Capelle, weil er darin einen schweren Vorwurf gegen die Marineverwaltung erblicken würde. Mein Gewährsmann teilt mir mit, daß ich mich um zwei verrechnet habe, es sind 16 an die Lungenheilstätten überwiesen worden, auch ein sehr erheblicher Prozentatz. Hier bis fünf sind darunter, die schon zum zweiten Male der Lungenheilstätte überwiesen wurden.

Dann habe ich noch folgende Frage an den Staatssekretär zu richten. Der Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“, der 150 000 Mitglieder zählt, besitzt eine eigene Fahrradfabrik, um seinen Mitgliedern billige und gute Fahrräder zu liefern, das Fahrradhaus „Frischauf“. Dieses wird von Rohmaterialien

Kleines feuilleton.

Chauvinismus oder Wissenschaft? Die Generalversammlung der Deutschen Chemischen Gesellschaft hat am Sonntagabend drei Ehrenmitglieder gewählt: den Erfinder des Gasglühlichts Auer von Weisbach, den Erfinder des Salvorsans Paul Ehrlich und den Chemiker Paul Sabatier in Paris, der mit großen Erfolgen auf dem Gebiete der organischen Chemie gearbeitet hat. Die ersten beiden wurden ohne Widerspruch gewählt, aber der dritte nicht. Gegen ihn erhob sich ein Herr von Löben, ein Chemiker am kaiserlichen Reichsschatzamt. Er meinte, seit Sabatier vorgeschlagen wurde (etwa vor zwei Monaten), hätten sich Dinge abgespielt, die man damals nicht vermuten konnte und die es trotz der wissenschaftlichen Leistungen Sabatiers unangebracht sein ließen, einen Franzosen zum Ehrenmitglied der Gesellschaft zu wählen. Der greise Geheimrat Emil Fischer, heute wohl der bedeutendste Chemiker Deutschlands, diente dem Herrn alsobald nach Gebühr. In sichtlich Erregung erklärte er: Die Chemische Gesellschaft habe es ausschließlich mit der Wissenschaft zu tun, chauvinistische Gesichtspunkte dürften nicht maßgebend sein. Der chauvinistische Vorstoß gegen den „Franzosen“ hatte keinen Erfolg; Sabatier wurde gewählt, aber nicht ohne Widerspruch. Nicht weniger als neun Mitglieder der wissenschaftlichen Gesellschaft beteiligten sich an der in wissenschaftlichen Kreisen unerhörten Kundgebung, die weit scharfer zu beurteilen ist als chauvinistischer Radau, den unreife Burtschen in Weinlaune vollführen.

Eine Halle der Massen. Wer von Zeit zu Zeit in Breslau landete, hatte den zwingenden Eindruck, daß es mit dieser Stadt nicht recht vorangehe. Sie wuchs wohl an Menschen und Häusern; das Bodenkapital war wie überall in Deutschland fleißig dabei, Strahlen zu ziehen und Terrain zu erschließen. Aber trotz alledem konnte der Fremdling, der aus Berlin oder aus Frankfurt a. M. kam, oder selbst nur aus Dresden und Leipzig, die Empfindung nicht loswerden, daß die östliche Einfallstraße des Reiches stagniere. Das Tempo der Stadt hatte mit dem des übrigen Deutschlands, mit dem, das den Reisenden, der etwa von Dortmund nach Düsseldorf fährt, machtlos umrauscht, nicht Schritt gehalten. Es lag etwas wie eine ostelbische Lähmung über Breslau. Das müssen wohl auch die Stadtväter so beurteilt haben; darum entschlossen sie sich, die Hochkonjunktur patriotischer Begeisterung, die das Jahr 1913 bringen mußte, auszunutzen und etwas zu machen, wozu ganz Deutschland sprechen sollte. Natürlich wurde es eine Ausstellung; was hätte es auch anders werden sollen. Die beste Verwaltung, das gerechteste Wahlrecht, die niedrigste Bezugsziffer für den Wohnraum, die höchste Ziffer für Park- und Gartenland, das alles fand seine Attraktionen. Eine Ausstellung aber, die bringt alle Reugierigen auf die Beine, schafft Zufuhr und Zeitungsartikel und rückt so, wenn auch auf Kosten eines Defizits, das Verborgene an den hellen Tag. Eine Ausstellung also, patriotisch gefärbt und mit allerlei Sentimentalitäten gepudert; vor allem aber eine Ausstellung mit der größten Kuppel der Welt. Die größte Spannung, die bisher durch Eisenbeton überwunden wurde. Sozologen: Eißelturm. Eine Riesenhalle für zehntausend Menschen; ein Unternehmen, vom Standpunkt der Ausstellungspolitik recht interessant, wichtiger aber als Dokument der architektonischen Entwicklung. Die Stilbildung entscheidet sich eben nicht mehr an den Schlössern und Kirchen, sondern an den Wohnhäusern, den Arbeitsräumen, den Versammlungshallen für die Massen. In diesem Zusammenhang bedeutet die Breslauer Halle der Zehntausend eine Etappe.

abspenstig zu machen. Der Verein „Kieler Fahrradhändler“ veröffentlicht nun im „Deutschen Automobil- und Fahrradhandl.“ eine Besonntmachung, in der er mitteilt, daß ihm auf eine Eingabe an die Truppenteile in Kiel geantwortet worden ist, daß sämtlichen Beamten, Offizieren und Mannschaften verboten ist, das Fahrradhaus „Frischauf“ zu betreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Militär-Etat ist schon erledigt, so daß ich den Kriegsminister hierüber nicht mehr befragen kann; ich frage aber den Staatssekretär des Reichsmarineamts, ob dieses Verbot auch bei den Marinetruppen erlassen ist. Wir protestieren dagegen, daß die Armeeverwaltung sich dazu hergibt, in solche privaten Dinge eingzugreifen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizeadmiral Capelle: Zum ersten Punkt beziehe ich mich auf meine Ausführungen in der zweiten Lesung; die Zahlen des Abg. Albrecht erfassen nur einen Teil der Arbeiter. Zum zweiten Punkt bemerke ich, daß im Jahre 1911 6 Leute, im Jahre 1912 9 Leute der Lungenheilstätte überwiesen worden sind. Ich kann das außerordentlich bedauern, aber einen Vorwurf gegen die Militärverwaltung kann ich nicht darin erblicken. Es ist ja bekannt, daß die Schneider der Lungen tuberkulose in starkem Maße unterliegen. Ueber den dritten Punkt ist mir nichts bekannt.

Abg. Albrecht (Soz.):

Ich muß meine Zahlen in Bezug auf den ersten Punkt vollständig aufrecht erhalten. Ich verlange auch gar nicht, daß Frauen überhaupt nicht beschäftigt werden; sie sollen nur nicht solche Arbeit machen, die sonst von Männern hergestellt wird. Mit solcher Arbeit soll man nicht aus bloßen Sparjameitsrückichten Frauen beschäftigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Bezug auf den Krankheitszustand hat Herr Vizeadmiral in der zweiten Lesung ausdrücklich gesagt: „Dieser Vorwurf trifft die Verwaltung recht schwer.“ Es ist also alles vollständig wahr, was ich gesagt habe.

Der Marineetat wird hierauf bewilligt.

Es folgt der

Etat des Reichsjustizamtes.

Abg. Dr. Leusch (Soz.):

In der zweiten Lesung fühlte der Reichsanzler sich verpflichtet, eine Rede seines kaiserlichen Herrn zu verteidigen, und glaubte unter anderem folgendes hinzuzusetzen zu müssen: „Wäßen wir uns nicht tagtäglich in der sozialdemokratischen Presse Verhöhnungen des christlichen Glaubens gefallen lassen? Ich habe keine Notizen hier, könnte sie Ihnen aber zu Tugenden geben. Ich habe vor kurzer Zeit, ich glaube in der „Leipziger Volkszeitung“, einen Artikel gesehen, in dem Einrichtungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargestellt worden sind, daß ich mich an den Staatssekretär des Reichsjustizamtes mit der Bitte gewandt habe, zu untersuchen, ob da nicht auf strafrechtlichem Wege einzugreifen sei.“ Was dort über die sozialdemokratische Presse behauptet worden ist, ist objektiv unwahr. Wenn es wirklich der Fall wäre, daß in der sozialdemokratischen Presse Einrichtungen des christlichen Glaubens verhöhnt oder herabgesetzt würden, so würde diese Presse ununterbrochen Gegenstand der Verfolgung wegen Gotteslästerung sein. Das ist aber so gut wie nie der Fall, weil eben solche Verhöhnungen des christlichen Glaubens in der sozialdemokratischen Presse nie vorkommen. (Wohlwärtig rechts.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie lachen, lachen Sie damit nur die deutsche Justiz aus (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), weil sie ihr dadurch den Vorwurf der Pflichtvergeßlichkeit machen. Ich frage nun den Herren Staatssekretär des Reichsjustizamtes, um welchen Artikel in der „Leipziger Volksztg.“ von der ich bestritte, daß ein solcher Artikel in ihr enthalten war — oder in welchem anderen sozialdemokratischen Blatt in der Erklärung des Reichsanzlers es sich gehandelt hat, und welche Antwort er auf diese merkwürdige Zumutung des Reichsanzlers gegeben hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sie steht als ein errechnetes Minimum, als eine ins Monumentale gesteigerte geometrische Funktion. Sie ist tatsächlich mehr Funktion, als Materie, mehr Statik, als sinnlich wahrnehmbare Form. Es hält schwer, dem, der sie nicht sah, eine Vorstellung von diesem Bauwerk zu vermitteln. Der Volkswitz sprach von Gasometer. Das trifft ungefähr das Richtige, wenn man sich solch einen Riesensessel etagenweise von unten nach oben sich verjüngend denkt. Und dann alle Wandungen fest, daß nur das Gerüst bleibt, und durch Glas, durch ein Meer blinkender Scheiben in der Wirkung noch zerbrechlicher gemacht wird. Man muß das einem gewohnten Gefäß für Sabatier vergessen; man kann sich nicht gleich damit abfinden, daß der güttrige Kolof (das einzig possende und doch ganz widersinnige Wort) ungefährdet zu beharren vermag. Koch weit energischer zwingt das Innere der Halle zum Umstellen unserer gewohnten Empfindungen. Der erste Eindruck ist überwältigend; vielleicht sucht man gerade darum noch einen möglichst ungenüchlichen Vergleich. Man möchte meinen, in dem Brustloch eines vor-sinnlichen Angeheuers zu stehen. Ein Chaos von riesenhaften Werten hebt sich, wölbt sich, stößt zur Seite, flüht aufwärts; vielleicht wird es im nächsten Augenblick in sich zusammenbrechen, wird uns begraben, und verschluden.

Eine Konstruktion von solcher Kühnheit ist noch nicht dagewesen; ob sie notwendig war, ob sie eine Förderung der architektonischen Entwicklung bedeutet, wer möchte das entscheiden. Da aber noch immer heroischer Wille Frucht brachte, so darf man Sicherheit erwarten, daß auch diese Halle der Massen, die der Stadtbaurat Berg heute, einen Fortschritt und eine Klärung nicht nur der Eisenbetonkonstruktion, sondern auch des Kunstgefühls der Zeit bewirken wird. Eine freilich bleibt zu fragen: wo werden die zehntausend Menschen freis bekommen? Katholikentag, Wundlerber-sammlungen, so etwas gibt es doch nicht alle Tage. Volkskonzerte sind vorgezogen. Aber auch darüber hinaus gäbe es ein Mittel, die Halle reichlich zu nutzen: Volksversammlungen ohne Ansehen der Partei.

Die Holz-Sammter. Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Unter dem Kufus für Rund Holz finden sich als Wittkeller so notorische Krösche, daß folgender Vorschlag vielleicht öffentlichen Beifall findet: Der Schriftsteller Hermann Sudermann, der allein an Theaterentwürfen bis 5000 M. jede Woche bezieht, soll eine einzige dieser Wochen für seinen Leidensgenossen zurückstellen. — Maximilian Harden, der ein Jahreseinkommen von circa 300 000 Mark hat, soll für ein einziges Vierteljahr diejenige Summe schenken, die er an seinen bekanntlich recht minderwertigen Honoraren gewinnt. — Ludwig Fulda, der nicht nur eine hochrentable Feder, sondern auch einen Millonär als Vater besitzt, möge ebenfalls eine Quartalseinnahme abtreten. — Max Liebermann, der reichste Maler, der jemals lebte, von seinem Erbe der Millionär und einer der höchstbezahlten Bildhauer, malt vielleicht zugunsten von Rund Holz ein leichtveräußliches Bild. — Hans Thoma, heute einer der reichsten Leute in Baden, könnte ebenfalls eine Landschaft herchenken. — Siegfried Wagner möge auf seine Lantienen nur für eine Woche verzichten, Lantienen, die nur durch die eminente Vorsicht ermöglicht werden seinerzeit in der Wahl seines Vaters. Wozu also noch erst jener langatmige Appell an unsere Nation?

Humor und Satire.

Herrenhaus.

Draußen Lenz und linde Lüfte; Neues Hoffen wird gepredigt. Drinnen haben Klüngelräte Ihres Inhalts sich entledigt.

Abg. v. Trautzsch (Volo): Einer materiellen Erörterung über die Verfassungsmäßigkeit des preussischen Enteignungsgesetzes ist der Staatssekretär des Reichsjustizamtes bisher immer aus-gewichen. Doch offenbar nur deshalb, weil seine Gründe die öffentliche Kritik nicht vertragen. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Auf diese Frage kann ich heute nicht eingehend antworten, da ich nicht vorbereitet bin, bin aber gern bereit, im nächsten Jahre ausführlich darauf zu antworten. Was die Anfrage des Abg. Leusch betrifft, so ist mir bekannt geworden, daß der Herr Reichsanzler durch seinen Vertreter den Herrn Abg. Leusch hat wissen lassen, daß der Artikel, von dem er gesprochen, in der „Leipziger Volkszeitung“ nicht gestanden hat. (Hört! hört! rechts.) Ich bin mit dieser Angelegenheit nicht befaßt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichsanzler hat deshalb auch von mir in dieser Beziehung keine Antwort bekommen können. Das ist das einzige, was ich von dieser Sache weiß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Leusch:

Der Herr Reichsanzler hat damals ausdrücklich erklärt, er habe den Staatssekretär des Reichsjustizamtes gebeten zu prüfen, ob gegen einen Artikel der „L. V.“ strafrechtlich einzuschreiten sei. Richtig ist, daß der Herr Unterstaatssekretär Wahnschaffe mir nachher mitgeteilt hat, es handle sich nicht um einen Artikel der „L. V.“. Aber ich habe den Herrn Staatssekretär dann allgemein gefragt, welche Antwort er auf die Anfrage des Reichsanzlers gegeben hat. Darauf jagte Erzellenz Lisco, er weiß von der ganzen Sache überhaupt nichts. Das ist nun allerdings eine sehr erstaunliche Auskunft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsanzler behauptet hier in öffentlicher Sitzung, daß er mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes eine Unterredung gehabt habe wegen eines Artikels — nur den Namen des Blattes hat er in dubio gelassen — und hier muß nun der Herr Staatssekretär Lisco erklären, er könne sich überhaupt auf gar nichts besinnen. Er ist doch doch daneben, als er gewissermaßen bei diesem Vorgang zum Zeugen gerufen wurde, hat aber durch keine Miene oder Handlung gezeigt, daß er von der ganzen Sache nichts wisse. Im übrigen habe ich schon Herrn Unterstaatssekretär Wahnschaffe erklärt, ich halte es für eine Anstands-pflicht, daß der Reichsanzler diesen Vorwurf, den er in öffentlicher Sitzung gegen die sozialdemokratische Presse erhoben hat, auch in öffentlicher Sitzung zurücknimmt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere außerordentlich, daß der Reichsanzler dieser selbstverständlichen Anstandspflicht nicht entsprochen hat. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Urteil über diese Handlungsweise überlasse ich dem Hause und der Öffentlichkeit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Wahnschaffe: Ich kann bestätigen, daß ich am Tage nach der Rede des Herrn Reichsanzlers dem Herrn Abg. Leusch mitgeteilt habe, daß die Bemerkung des Herrn Reichsanzlers auf einer Verwechslung beruhe. Der Herr Reichsanzler hat also in lokalster Weise dem Herrn Abg. Leusch gegenüber gehandelt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Er hat die Behauptung öffentlich aufgestellt!) Als mir der Abg. Leusch dann nahe legte, ob nicht der Reichsanzler das hier auch im Plenum erklären würde, habe ich geantwortet: Wenn der Reichsanzler das tun würde, so würde er doch den Vorwurf gegen die sozialdemokratische Presse im allgemeinen nicht zurücknehmen können. (Große Lurche bei den Sozialdemokraten; Rufe: Beweise!) Ich könnte Ihnen eine ganze Menge Material darüber vorlegen (Rufe bei den Sozialdemokraten: Heraus damit!), das Material ist da, ich kann es in zehn Minuten bringen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Bitte, tun Sie es nur!) Daß der Staatssekretär Lisco von der Sache nichts weiß, ist ja erklärlich. Es kommt häufig vor, daß die oberste Justizbehörde in die Lage versetzt wird, zu prüfen, ob irgend ein Artikel der sozialdemokratischen Presse mit dem Strafgesetz kollidiert; es wird dann

Müßig stehen zuerst die Leichen Der in Preußen Ausserordnen; Bald doch, auf ein Blodenzzeichen Sammeln sich die Hochgeborenen.

Und nun kann man die Spesenster Niemlich deutlich unterscheiden: Da sind jene, die das Fenster Des Gefichts mit Glas bescheiden.

Dann bemerkt die Witzbegierde Die entchieden größte Gruppe, Welcher jene Augenierde Aus gewichtigten Gründen schnuppe.

Wirklich, mancher alte Knaube Weiß das Glas nicht anzupassen, Denn er hat im Ahnengrabe Seinen Kopf zurückgelassen.

Doch nun aufgepaßt! Denn alle, Die behaftet sind mit Köpfen, Wollen jetzt im Redeschwaffe Sich in Klagen droh erschöpfen.

Daß die Vögel ihr gemeines Lied zu zwitschern sich nicht scheuen, Und daß sich des Sonnencheinens Gar der Vögel will erfreuen.

Fridotta.

Wichtige Weisheit. In den „M. R. R.“ bemerkt Heinz Scharpf: Wenn du einen Menschen durchschaust, macht er sich oft unglücklich. — Je gerader ein Charakter, desto krummer wird ihm dies oft genommen. — In der „Jugend“ meint ein Globetrotter: „Wenn Sie überall lesen „Verboten“, „Verboten“, dann sind Sie in Deutschland!“

Notizen.

Theaterchronik. Das soziale Schauspiel „Kampf“ von John Galsworthy, das im vorigen Jahr zuerst in Köln und vor kurzem mit großer Wirkung in Wien — an der Freien Volkshöhe — in Szene ging, wurde vom Berliner Deutschen Künstlertheater, vom Münchener Schauspielhaus und Frankfurter Stadttheater zur Aufführung angenommen.

Die Sezession und die Jubiläums-Ausstellung. In der sehr opportunistisch gehaltenen Rede, mit der der Künstlerhändler-Präsident der Sezession deren jüngste Ausstellung eröffnung ließ, war mit etwem Schmerz gesagt worden: Die Berliner Sezession ist die einzige deutsche Künstlervereinigung, die von der Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums ausgeschlossen ist.

Der Vorsitzende der Jubiläums-Ausstellung Hr. Kallmorgen glaubt dagegen feststellen zu können, daß die Sezession eingeladen wurde und daß die Verhandlungen sich nur wegen der „unerfüllbaren Forderungen“ zerlegten.

Das Münchener Gärtnerplatztheater spielt vom 18. Mai ab im Lessingtheater die Zammersche Operette „Alte Wien“.

Die russischen Schauspieler organisieren sich. In Russland haben sich kürzlich die Theaterunternehmer zusammengesetzt. Nun wollen sich auch die russischen Schauspieler wirtschaftlich zusammenschließen. Ihr erster Kongreß, der in voriger Woche in Moskau tagte, sprach sich für die Gründung einer Bühnengenossenschaft nach dem deutschen Vorbilde aus.

eben der preussische Justizminister gewesen sein. Wenn der Reichskanzler zwei juristische Instanzen einmal verwechselt, ist das doch weiter nicht wunderbar. (Sehr richtig! und Geknicktheit bei den Sozialdemokraten. Jurist: Ist denn der Justizminister gefragt worden?)

Präsident Kaempf: Es ist parlamentarisch nicht zulässig, wenn der Abg. Lenck dem Reichskanzler Verletzung einer Anstandspflicht vorgeworfen hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lenck:

Ich kann im großen und ganzen die Darstellung des Unterstaatssekretärs Bahnhoffe bestätigen. (Lachen rechts: Na also). Dann sind Sie ja sehr bescheiden. (Lachen rechts: Das sind Sie nicht!) Nein, Sie wissen, nur die Lumpen sind bescheiden. (Präs. Kaempf: Diese Bemerkung, Mitgliedern des Hauses gegenüber, ist nicht parlamentarisch.) Als Herr Bahnhoffe mir sagte, es werde sich viel Material gegen die sozialdemokratische Presse im allgemeinen herbeischaffen lassen, habe ich ihm geantwortet: Wenn der Reichskanzler mit allgemeinen Redensarten kommt, dann würde er die Antwort in öffentlicher Sitzung bekommen, die ihm gebührt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Den großen Zitatensatz kennen wir ja sehr gut; wenn man ihn umstülpt, fällt nichts heraus. Wenn man dieser Sache nähergehen würde, würde es dem Unterstaatssekretär genau so gehen wie dem Reichskanzler: Aus seinen Zitatensätzen von Zitatensätzen würde nur eine erweislich unrichtige Behauptung übrig bleiben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.):

Wenn einer Bescheid weiß darüber, ob in der sozialdemokratischen Presse strafbare Beschimpfungen der christlichen Religion vorkommen oder nicht, so bin ich das. Wenn solche einigermassen häufig vorkämen, würde ich es aus meiner Praxis wissen. Ich kann erklären, daß ich in dem fast einen Vierteljahrhundert, wo ich Wertediger sozialdemokratischer Zeitungen bin, ich glaube im ganzen ein oder zwei Fälle von Anklagen wegen Religionsbeschimpfung erlebt habe (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), trotzdem doch die Zahl der Leser der sozialdemokratischen Presse in dieser Zeit von etwa 100 000 bis auf viele Millionen gestiegen ist. Wenn das wahr wäre, was der Unterstaatssekretär behauptet hat, müßte sich das in den Ziffern der Kriminalstatistik ausdrücken. Und dann würden sich die Gegner der Sozialdemokratie nicht mit so vagen gemeinen Redensarten begnügen, wie wir sie vom Reichskanzler gehört haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Weil Sie eben gar nichts zu sagen wissen, hält sich der Reichskanzler nicht für zu gering, in einem Moment der Verlegenheit

den Reichsverbandschimmel zu reiten,

aber er verliert dabei Baum und Bügel. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die vielen Worte des Herrn Unterstaatssekretärs helfen darüber nicht hinweg, daß die Angabe des Reichskanzlers, er habe dem Staatssekretär Visco einen Fall zur Begutachtung unterbreitet, eine positiv unrichtige war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) All die Behauptungen der Reichsverbandspresse und Redner über angebliche Verbrechen der Sozialdemokratie sind ja in 1000 Fällen nicht um einen Funken wahrer als diese Behauptungen des Reichskanzlers. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der ganze Vorgang spricht in keiner Weise gegen das Reichsjustizamt, sondern beweist nur, wie die Reichsregierung immer das Reichsjustizamt als bequemeres Mittel benutzte, um unangenehme Dinge abzuschreiben. Selbst wenn es garnicht einmal wahr ist, wird der Ansicht erweckt, als ob das Reichsjustizamt den Reichskanzler unterstütze. Also man zeige uns den Artikel. Der Unterstaatssekretär hat ja Zeit, er möge bis zum nächsten Jahre Material sammeln. Wenn er es uns dann vorher mitteilt, werden wir ihm die Antwort auch nicht schuldig bleiben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Bahnhoffe: Mir ist eben eingefallen, warum es sich handelte. Der preussische Justizminister wurde über die Strafbarkeit einer Zeitungsnotiz befragt, worin mitgeteilt wurde, daß im Rheinland bei einem sozialdemokratischen Maskenfest ein Frauenempörung als Christus verkleidet erschienen sei. (Hört! hört! rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ob das keine Verhöhnung des Gottesglaubens ist, und ob es dabei die geistliche Rolle spielt, ob die Frage an den preussischen Justizminister oder an den Staatssekretär des Reichsjustizamts gerichtet ist, überlasse ich dem Urteil des Hauses. (Bravo! rechts.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Sp.): Der Fall ist allerdings überaus kraß. Man hat behauptet, daß jene Frau im Zusammenhang mit kirchlichen Vereinen stehe. Festgestellt ist nur, daß sie einmal Unterstüßung erhalten hat. Im übrigen ist der Fall so empörend, daß ich nicht erwidern hätte, daß er von der Linken mit Lachen aufgenommen würde. (Jurist bei den Sozialdemokraten.) Die Frau ist mit der Ueberschrift „Der erste Sozialdemokrat“ mit einem Kreuze durch eine Versammlung sozialdemokratischer Natur hindurchgegangen.

Abg. Heine (Soz.):

Glauben Sie denn, daß, wenn diese Frau wirklich Sozialdemokratin gewesen wäre, dadurch, daß sie jemand als ersten Vertreter der von uns heilig gehaltenen Ueberzeugung darstellt, ihn damit hat beschimpfen oder herabsetzen wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin ja persönlich der Meinung, daß ernste Dinge nicht auf ein Maskenfest gehören, aber von einer Beschimpfung der christlichen Religion kann hier keine Rede sein. (Lachen rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, wir durchschauen die Sache nicht? Der Reichskanzler hat sich eben verhalten, und da wird nun irgend etwas vorgeschoben. Hätte der Reichskanzler damals von dieser Sache gewußt, hätte er nicht von Beschimpfungen durch die Presse gesprochen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der sozialdemokratischen Presse wird die Erörterung religiöser Probleme mit einer Keuschheit vermieden. (Lachen rechts), die die Presse anderer Parteien sich nicht auferlegt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (l.): Das ist nicht möglich, jeden Tag alles Material bei sich zu haben. Deshalb kann ich auch nicht den Sozialdemokraten mit einer Anzahl von Beispielen, die ganz leicht zu sammeln wären, ins Gesicht springen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nur ein Beispiel, wie solche Fälle sich häufen: Vor kurzem ist der Redakteur Raach in Jittau wegen Beschimpfung der evangelischen Landeskirche zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden (Hört! hört! rechts), weil er die Kirche eine satanische Verdummungsanstalt genannt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Art, wie die Frage hier von der Sozialdemokratie behandelt wird, das Gelächter, mit der sie die Erzählung von der Person begleitete, die sich erfrecht hat, als Christus zu erscheinen, beweist, daß zwischen Ihnen und uns, die in Sachen der christlichen Religion auf einem ernsthaften Standpunkt stehen, eine Kluft besteht, die sich durch keine Reden überbrücken läßt. (Lebhafter Zustimmung rechts.)

Abg. Lenck (Soz.):

In dem Fall des Redakteurs Raach handelte es sich um eine Kollekte der christlichen Kirche, nicht um den christlichen Glauben. Doch Sie reden vergebens viel, um zu vertuschen, daß die Behauptung des Reichskanzlers einfach aus der Luft gegriffen war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.):

Wir betrachten Fragen der Religion erst als diejenigen, die schlichtweg eine Kollekte als Einrichtung der Religion bezeichnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Jurist rechts.) Gewiß steht im Gesetz beides nebeneinander: Angriffe auf die Religion und Angriffe auf die Kirche. Angriffe auf Einrichtungen der Kirche, die vielfach Träger reaktionärer, politischer Unterdrückung sind, werden wir uns niemals nehmen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber Kirche und Religion sind zweierlei. Diese Unterscheidung, dieses Tafscherpielerkunststück. (Präsident

Kaempf rügt diesen Ausdruck) lassen wir uns nicht gefallen. Graf Westarp hat einen Unterschied gemacht zwischen ernsten Deuten und uns; wir haben ihn noch nie ernst genommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp: Ich stelle nur nochmals fest, daß es sich in dem Artikel darum handelte, daß die Kirche eine Verdummungsanstalt genannt wurde.

Abg. Haase:

Graf Westarp hat vorher gesagt, er wolle nachweisen, wie sich solche Fälle häufen und hat dann einen Artikel aus einer Zeitung hergetragen, wonach ein sozialdemokratischer Redakteur wegen Verletzung des § 166 bestraft worden ist. Wenn ein solcher Fall vorgekommen ist, so beweist das durchaus nicht, daß eine Häufung solcher Fälle im sozialdemokratischen Lager sich zugetragen habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem hat sich dieser Fall ereignet nach der Erklärung des Reichskanzlers. Er kann ihn also nicht im Auge gehabt haben. Außerdem ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann behauptete Graf Westarp, als der Fall der Frau hier vorgetragen wurde, sei auf unserer Seite gelacht worden. Aber das Lachen bezog sich keineswegs auf diesen Fall, auf das Verhalten der Frau, sondern darauf, daß man versuchte, einen Vorgang, der mit der Erklärung des Reichskanzlers gar nichts zu tun hat, hier zur Vertuschung des Tatbestandes vorzubringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mitteilen, daß diese Frau weder der sozialdemokratischen Partei, noch einer Gewerkschaft angehört, daß sie aber viel mehr Beziehungen zu den Kreisen des Herrn Mumm hat, als er selbst vielleicht weiß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Stellung der Sozialdemokratie zu der Frage der Religion ist durchaus klar. Wenn innerhalb der Sozialdemokratie, im Kampf der Parteien gegeneinander, namentlich wenn kirchliche Einrichtungen zum Deckmantel für politische Pläne benutzt werden, Neugierungen fallen, die wir selbst nicht billigen können, so kann daraus nie der Schluß gezogen werden, daß die Partei als solche irgendwie religionsfeindlich ist. Wenn das von irgendeiner Seite geschieht, so kann es nur geschehen unter Verdrehung der Wahrheit und aus Heuchelei. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.)

Abg. Jörn (Rp.): Was Herr Haase über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion gesagt hat, kann man in gewisser Weise unterschreiben. Aber wie verhält sich mit dieser Duldung, die Sie hier in Ihrem Programm proklamieren, daß Sie öffentlich überall zum Austritt aus der evangelischen Landeskirche auffordern? (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jund (natl.) begründet einen Antrag auf Wiedereröffnung des in der zweiten Lesung gestrichenen 6. Reichsanwalts.

Abg. Heine (Soz.):

Wir lehnen die Stelle keineswegs aus Sparmaßregeln ab, und wir erkennen auch an, was Kollege Jund über das Wachen der Arbeitslast am Reichsgericht sagt. An unseren Gründen, die ich in der zweiten Lesung auseinandergesetzt habe, hat sich seitdem nichts geändert. Die Reichsanwaltschaft ist eine Behörde, der gewiß mehr Unabhängigkeit zu wünschen ist. Aber sie hat auch das Maß von Unabhängigkeit, das ihr bei der gegenwärtigen Gesehung zusteht, in dem kritischen Fall, den ich angeführt habe, vermissen lassen. (Jurist bei den Sozialdemokraten: In anderen auch.) Gewiß, in anderen auch. Aber dieser eine ist so scharf, daß er genügt. Zu einer Institution, die einen hervorragenden Juristen moralisch so herabdrückt, wie es in dem Prozesse gegen Liebschütz geschehen ist, haben wir kein Vertrauen. Was sie einmal mehrere Jahre zeigen, daß sie auch anders kann, und dann wiederkommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jund (natl.) und **Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.)** bitten das Zentrum, doch gerade im Hinblick auf diese unsachliche Begründung den 6. Reichsanwalt zu bewilligen.

Abg. Dr. Haase (Soz.):

Wir treiben keineswegs Verärgerungspolitik, sondern lassen uns von durchaus sachlichen Gesichtspunkten leiten. Je mehr Staatsanwälte amtiert, desto mehr häufen sich die Prozesse. Schon jetzt ist jeder fünfte Mensch in Deutschland bestraft. Wir sollten dafür sorgen, das Institut der Staatsanwaltschaft zu beseitigen, und haben gar keinen Anlaß, es noch zu vermehren.

Abg. Dr. Jund (natl.) und **Staatssekretär Dr. Visco** bitten nochmals dringend um Bewilligung der Stelle.

Die auf Antrag Jund namentliche Abstimmung ergibt die Aufrechterhaltung der Streichung des 6. Reichsanwalts mit 177 gegen 118 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Persönlich bemerkt

Abg. Thiele (Soz.): Ich bin nicht wegen Gotteslästerung, sondern wegen Pfarrerbeleidigung beurteilt worden, und vorläufig ist der Pfarrer noch nicht der liebe Herrgott.

Der Etat wird bewilligt.
Weim. Etat des Reichsfinanzamtes wird die Streichung der Ostmarkenzulage für den Stationskontrollleur in Polen in namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 114 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen aufrechterhalten.

Etat des Reichsfinanzamtes

Abg. Vaudert (Soz.): daß das Eisenacher Oberland durch Eisenbahnen nicht aufgeschlossen wird. Die preussische Eisenbahnverwaltung verhält sich leider durchaus der Notwendigkeit, den Verkehrsbedürfnissen der Industrie und Landwirtschaft entgegenzukommen. Das Reichsfinanzamt hat die Pflicht, die preussische Eisenbahnverwaltung auf diese Notwendigkeit hinzuweisen. Es ist nicht von ungefähr, daß gerade auf den überlasteten und schlecht eingerichteten Bahnhöfen und Haltestellen in den Thüringer Kleinstaaten sich mehrfach Betriebsunfälle ereignet haben. Es müssen unbedingt Vorkehrungen dagegen getroffen werden. Wenn die maßgebenden Stellen selbst einmal die Verkehrsmissere in den Thüringischen Kleinstaaten am eigenen Leibe verspüren, unter der die Geschäftsleute täglich zu leiden haben, würde wohl bald für Abhilfe gesorgt werden. Wären die Thüringischen Kleinstaaten preussisch, so würde man sich ihren Wünschen gegenüber nicht so ablehnend verhalten. Aber wir Thüringer, die so wie so schon unter einem starken Parasitentum zu leiden haben, müssen mit aller Entschiedenheit allen fiskalischen Ungerechtigkeiten entgegenreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wendorf (Sp.): Auch aus Norddeutschland könnte ich Eisenbahnschmerzen vortragen. Sie haben alle ihren Grund in dem Fehlen einer Reichseisenbahngemeinschaft, der der Präsident des Reichsfinanzamtes nicht länger ablehnend gegenübersehen sollte. Ebenso wäre eine reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahnangestellten dringend erwünscht. (Sehr richtig! links.) Gegenwärtig kommen in Mecklenburg z. B. Dienstzeiten von 15 Stunden und mehr vor (Hört! hört! links), und man muß sich nur wundern, daß nicht noch mehr Unglücksfälle sich ereignen.

Abg. Ulrich (Soz.):

Früher glaubte man, das Verkehrsweesen des Deutschen Reiches befände sich in verhältnismäßig guten Händen. Aber allmählich haben sich die Verhältnisse sehr geändert und die Kleinstaaten haben sehr über den größten Eisenbahnbefitzer in Deutschland zu klagen. Die Ausgaben des Reichsfinanzamtes sind alle nötig, ja, wir würden diesen Etat gerne noch verstärkt sehen, denn wir wünschen, daß das Reichsfinanzamt eine regere Tätigkeit entfaltet. — Zu

den früheren Klagen, die ich aus Hessen vorgebracht habe, haben sich jetzt wieder neue gesellt. Der preussisch-hessische Eisenbahnvertrag bedarf dringend der Revision; leider fehlt in ihm eine Kündigungsklausel, so daß er für die Ewigkeit geschlossen erscheint. Die Revision des Vertrages ist aber unbedingt notwendig, denn Hessen ist danach absolut nicht in der Lage, für eine Verbesserung seiner Eisenbahnverhältnisse selbst zu sorgen. Preußen erfüllt nicht einmal die Bestimmungen des Vertrages.

Abg. Werner-Hersfeld (Antif.) bringt Wünsche der Lokomotivbeamten vor.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wadergapp: Eine Regelung der Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahnangestellten kann nur von den Einzelstaaten, nicht vom Reich vorgenommen werden. — Gegenüber dem Abg. Vaudert muß ich doch darauf hinweisen, daß die Zahl der Betriebsunfälle beständig geridgedangenen ist.

Abg. Vaudert (Soz.) weist nochmals auf die elenden und gefährlichen Verhältnisse auf Thüringer Bahnhöfen hin.

Ein mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter gibt zu, daß die Gehälter der mecklenburgischen Eisenbahner geringer sind als in Preußen; sie seien eben auf die einfachen ländlichen Verhältnisse in Mecklenburg zugeschnitten. (Lachen links.)

Abg. Ulrich (Soz.):

Herr Wadergapp hat sich gewundert, daß die hessische Regierung noch keine Bescheid geführt habe über die von mir als gefährlich bezeichnete Jugangelegung. Es gibt eben Leute, die immer erst die Gefahr erkennen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wir aber wollen dem Unglück vorbeugen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird bewilligt.
Weim. Etat des Allgemeinen Pensionsfonds bemerkt der Sächsische Generalmajor v. Weisbordt: Abg. Erzberger hat bei der zweiten Lesung mir Kasernenhofen vorgeworfen, wogegen ich entschieden Verwahrung einlegen muß.

Vizepräsident Dove: Die Äußerung des Abg. Erzberger habe ich so verstanden, daß man auf dem Kasernenhof Bescheid ohne weiteres abtun kann, weil den Soldaten dort nicht das Recht der Gegenseite zusteht. Das war vollständig parlamentarisch; Kasernenhofen hat er dem Bundesratsbevollmächtigten nicht vorgeworfen.

Abg. Erzberger (Sp.): Der Herr Präsident hat mich ganz richtig verstanden; auf dem Kasernenhof kann man Bescheid ohne weiteres abtun, ein Abgeordneter kann verlangen, daß sie untersucht werden. Materiell gehe ich wohl am besten auf die Forderung von Verlegenheitsreden des Herrn Militärbevollmächtigten nicht ein.

Der Etat wird bewilligt.

Festetat.

Abg. Schulz (Rp.): Ich bitte Sie dringend, die Ostmarkenzulage für die Postbeamten zu bewilligen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Staatssekretär Raette: Ich kann mich diesem Appell nur warm anschließen. (Bravo! rechts.)

Abg. Giesberts (Sp.) tritt dafür ein, daß die Stellung der Oberpostkassierer eine Beförderungsstelle für die Unterbeamten bleibt.

Abg. Jubeil (Soz.):

Die Landbriefträger haben oft soviel Pakete zu tragen, daß sie aussehen wie die Postel. Entweder müssen mehr Kräfte eingestellt werden oder es muß ihnen irgendeine Art Fuhrwerk gestellt werden. — Aus Hamburg schreibt mir ein Postbeamter: „Nach wie ich im Reichstag ein so wahres Wort gesprochen wie in den letzten Tagen, als die unteren Postbeamten als Heloten bezeichnet wurden.“ Weiter sind mir erneut Klagen zugegangen über Verbenung von Postbeamten zu Zmeden, die mit ihrem Dienst nichts zu tun haben und über schlechte Behandlung von Beamten. Nicht Dienstfreudigkeit erzielt man auf diese Weise, sondern Anechtung, Unzufriedenheit, Verdrossenheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Hamburger Postassistent schreibt, man könnte mit Hoffmann von Fallersleben austauschen: „It denn gar kein Weg, ist denn gar kein Sieg, der uns führt aus dieser Schaverei.“ Man behandelt die Leute nicht als Beamte, sondern wie auf dem Kasernenhof. In Hamburg ist ein Erlaß herausgekommen, wonach Beamte, die infolge Ueberarbeitung krank werden, noch besonders bestraft werden. Ein Beamter, der Vorschläge zur Verbesserung des Dienstes in einem Fachblatt machte, wurde mit 30 M. bestraft; ein anderer mit 20 M., weil er schrieb: Die Geheimnisse seien das Unglück vieler Beamten.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Bezirk des Postamts 39 in Berlin klagt das Publikum über viel zu späte Ausführung der 6 Uhr-Beistellung. Die Reviere sind dort viel zu groß. Daher ist der Procentsatz der Erkrankten dort besonders groß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte, daß die Postverwaltung diesen Beschwerden nachgeht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Beck (Heidelberg, natl.) empfiehlt den von allen Parteien gestellten Antrag, der den Posthilfsbeamten und den nicht eintätigen Beamten eine Aufbesserung ihrer Bezüge bringt.

Abg. Dubrich (Sp.) schließt sich dem Vordredner an.
Abg. Dr. v. Chlapowski (Pole) verlangt Ablehnung der Ostmarkenzulage.

Abg. Vaudert (Soz.) tritt für die Posthilfsbeamten ein und wendet sich gegen die Ostmarkenzulage.
Der Etat wird mit den durch obigen Antrag bedingten Änderungen bewilligt, die Streichung der Ostmarkenzulage wird in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 104 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen aufrecht erhalten.

Die Etats der Reichsdruckerei und der Reichseisenbahnen werden debattelos bewilligt. Ebenso nach unwesentlicher Debatte die übrigen Etats und das Etatgesetz.

Präsident Kaempf ruft nachträglich den Abg. Ulrich wegen seiner Äußerungen gegenüber dem hessischen Bundesratsbevollmächtigten zur Ordnung.

Schließlich wird der Etat in der Gesamtstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Hierauf verlegt sich das Haus auf Dienstag, den 27. Mai, nachmittags 2 Uhr. (Kleine Anfragen, Petitionen.)
Schluß 9 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Vom internationalen Rüstungskapital.

Die Internationalität der Rüstungsindustrie läßt sich sehr gut an den finanziellen Beziehungen der in der letzten Zeit vielgenannten Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken L. & C. verfolgen. Die Gesellschaft ist neben mehreren deutschen Rüstungsunternehmen an der Fabrique nationale d'armes de guerre (Rationalfabrik für Kriegswaffen) in Herstal in Belgien, an der Compagnie anonyme française pour la fabrication des roulements à billes (Kugelfabrik) in Paris und der Societa Metallurgica Bresciana in Brescia beteiligt. Alle diese ausländischen Unternehmen waren recht rentabel; die belgische Fabrik z. B. zahlte in den letzten sechs Jahren 18, 20 und 24 Proz. Dividende. Der Gewinn aus den Dividenden aller Fabriken, an denen die Deutschen Waffen beteiligt sind, macht daher etwa 1/4 der gesamten Einnahmen aus.

Neben diesen direkten Beziehungen unterhalten die Deutschen Waffen noch indirekte zu ausländischen Rüstungsunternehmen. Gleich der Waffenfabrik Mauser und den Düremer Metallwerken, deren Aktien die Deutschen Waffen zum Teil besitzen, gehört die Gesellschaft dem Loewe-Konzern an. Ludw. Loewe & Co., die in eigener Regie nur noch Maschinen herstellen, besaß früher Waffenfabriken in Martiniensfelde und in Karlsruhe, aus deren Ver-

Schmelzung die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken entstanden Neben der Herstellung von Waffen und Patronen betreibt der Loewen Konzern auch die Fabrikation von Pulver, und zwar durch die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Köln-Rottweiler ihrerseits ist an zahlreichen deutschen, russischen, englischen und spanischen Sprengstofffabriken beteiligt. Uebrigens ist in dem Aufsichtsrat der Pulverfabriken auch Krupp durch den Hauptmann z. D. Dr. Dreger vertreten. Köln-Rottweiler steht nun im engen Kartellverhältnis zu der gesamten internationalen Sprengstoff- und Pulverindustrie. Erster Vorsitzender des Kartellrates war bisher der vor kurzem verstorbene Geheimkommerzienrat Heidemann, der den Posten eines Aufsichtsratsvorsitzenden sowohl bei Köln-Rottweiler als bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken bekleidete. Während die Köln-Rottweiler Fabriken mit den Firmen Cramer u. Buchholz in Mönchshagen und der Kommanditgesellschaft von Wolff u. Co. in Walsrode die Pulvergruppe bilden, gehören zahlreiche Sprengstofffabriken unter Führung der Nobel-Dynamite Trust Company (London) der Sprengstoffgruppe im Kartell an. Neben mehreren deutschen Finanzleuten und Industriellen, sah auch Geheimrat Heidemann im Aufsichtsrat dieser englischen Gesellschaft. Die Machtphäre des Pulver- und Sprengstoffkartells geht recht weit. In der Hand seines Delegationsrates ruht die Entscheidung über Neueinrichtungen, Vergrößerungen und Verbesserungen der Anlagen jeder dem Kartell angeschlossenen Fabrik. Von der Zustimmung des Delegationsrates sind sogar Berechtigungen von Grund und Boden oder von Wertpapieren abhängig. Der Einfluss des internationalen Kartells erstreckt sich weiter auf die Bilanzanstellung und Gewinnverteilung. Jede einzelne Fabrik hat ihre Vorbilanzen einzureichen. Auf Grund der eingehenden Bücher, Belege und Rechnungen kann der Delegationsrat eine Nachprüfung vornehmen. Er gibt schließlich seine Zustimmung zu der endgültigen Bilanzanstellung und der Gewinnverteilung. Daß die Mitglieder des Kartells etwa Herr im eigenen Hause wären, davon kann unter solchen Umständen gar keine Rede sein. Durch Androhung außerordentlich hoher Konventionalsstrafen verleiht das Kartell seinen Mitgliedern den erforderlichen Nachdruck. Auf Beteiligung an einem dritten Unternehmen ohne Erlaubnis des Kartellrates ruht zum Beispiel Strafen bis zu 1/2 Millionen. Diefem Kartell gehören seit 1909 sämtliche deutsche Munitionsfabriken an. Durch die Beteiligung an den Köln-Rottweiler Pulverfabriken ist auch Krupp Mitglied dieses bis 1923 geschlossenen Kartells.

Da die Gesamtgewinne der Kartellmitglieder ganz regelmäßig verteilt werden — die Sprengstoffgruppe erhält ständig 60 Proz., die Pulvergruppe 40 Proz. des Gewinnes, — erhöht jede Neuerungsbemehrung die Profite aller beteiligten Fabriken. Existieren für andere Rüstungsindustrien auch nur ähnliche Verabredungen, so wird es nur zu verständlich, daß in allen kapitalistischen Staaten unter Mitwirkung und zugunsten dieser Rüstungskapitalisten gehetzt wird.

137 Prozent Dividende. Die rentabelsten Montagegesellschaften Deutschlands sind unstreitig zwei Steinkohlenzechen des Zwidauer Reviers, nämlich der Zwidau-Oberhöndorfer Steinkohlenbau-Verein und der Zwidauer Steinkohlenbau-Verein. Dieser wurde im Jahre 1837, jener im Jahre 1854 gegründet. Die Nominalkapitalien beider Gesellschaften sind nach heutigen Begriffen ziemlich gering. Der Zwidau-Oberhöndorfer Steinkohlenbau-Verein verfügt über 705 600 Mark und der Zwidauer Steinkohlenbau-Verein über 345 000 Mark Aktienkapital. Nach sehr reichlich bemessenen Abschreibungen und Rückstellungen ergab sich bei diesen Gesellschaften im letzten Jahre noch ein Gewinn von 791 957 Mark resp. 487 015 Mark. Die zur Ausschüttung gebrachte Dividende stellte sich beim Zwidau-Oberhöndorfer Steinkohlenbau-Verein auf 93,94 Prozent wie im Vorjahre. Der Zwidauer Steinkohlenbau-Verein verteilte an seine Aktionäre 137,68 Prozent Dividende gegen 123,2 Prozent im Vorjahre. Naturgemäß ist der Kurswert der Aktien dieser Gesellschaften ein sehr hoher. Beide Papiere werden an den Börsen zu Leipzig und Zwidau gehandelt. Am Ende des vorigen Geschäftsjahres wurden die auf 110 Taler lautenden Anteile des Zwidau-Oberhöndorfer Steinkohlenbau-Vereins mit 3650 Mark bezahlt. Die zum Nominalbetrage von 40 Talern ausgegebenen Aktien des Zwidauer Steinkohlenbau-Vereins kosteten gleichzeitig 1580 Mark pro Stück.

Rüstungsprofite. Die zum Konzern der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken gehörigen Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken zahlen für das vergangene Geschäftsjahr 20 Prozent Dividende (im Vorjahre 18 Prozent). Von dem Gewinn werden weiter 1,66 Millionen zu Abschreibungen benutzt und 0,70 Millionen auf neue Rechnung vorgetragen. An Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Heidemann wurde Kommerzienrat Louis Hagen in Köln zum Vorsitzenden und Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. Emil Kirdorf-Gelsenkirchen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Soziales.

Wie man Mietpreise hochhält.

Aus Warmen schreibt man uns: In einem Stadtviertel Schönbeck in Warmen ist durch das neue Krankenhaus ein großes Gelände ausgeschloffen worden. Die Wohnungsnot ist hier durch die rege Banntätigkeit geringer geworden, so daß hier die in Warmen seltene Erscheinung eintrat, daß Wohnungen leer standen. Der Hausbesitzer erniedrigt die Etagenwohnungen deshalb im Preise um 10 Mark pro Zimmer und gab dies durch Aushang bekannt. Das dauerte aber nicht lange und das Schild war beseitigt. Aber nicht etwa, weil er die Wohnungen vermietet hatte, sondern seine Berufskollegen hatten ihm gehörig zugehört und ihm den „Indifferenzismus“ ausgetrieben. Im gewöhnlichen Leben — das heißt, wenn Arbeiter in Betracht kommen — nennen dieselben Leute das „sozialdemokratische Geheer“.

Gerichts-Zeitung.

„Ein deutscher Thronfolger und die Ehrengerichte“

war ein Artikel betitelt, der von dem Oberst a. D. Gädike am 15. Juli 1912 im „N. A.“ veröffentlicht worden war und den Verfasser gefiern vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Baumgarten führte. Er ist angeklagt, die Ehrengerichte des preussischen Heeres beleidigt zu

haben. Der Artikel war mit r. g. unterzeichnet, er hatte Anlaß zu einer Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Kleinen Journals“, Karl Rood, gegeben, der den Verfasser nicht genannt hat und zu 300 Mark Geldstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. In dem Artikel wurden die Ehrengerichte kritisiert.

Die Verhandlung drehte sich wesentlich darum, ob die Ehrengerichte „Belästigen“ sind und ob eine Beleidigung vorliege. Weides wurde vom Angeklagten und seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpern, mit überzeugenden Gründen bestritten.

Dennoch kam das Gericht zu folgendem Urteil: Das militärische Ehrengericht ist eine Behörde. Jedermann ist es natürlich gestattet, auch staatliche Einrichtungen sachlich zu kritisieren, eine solche sachliche Kritik, auch wenn sie sehr energisch ist, wird sich eine staatliche Institution gefallen lassen müssen. Die Kritik muß sich aber von Ehrenkränkungen fernhalten. Dies hat der Angeklagte nicht getan, indem er sagt, die Satanden der Ehrengerichte „entbehren jedes moralischen Wertes“, weil sie von der militärischen Kommandogewalt abhängig seien und gemißbraucht werden, indem er ihnen ferner den Vorwurf der Trottelhaftigkeit macht. Was würde der Angeklagte sagen, wenn jemand sagte: Das, was Herr Gädike publiziert hat, kann nur von heruntergekommenen Trotteln gebilligt werden? Er würde dies wohl als schwere Beleidigung ansehen. Der Angeklagte erhebt den Vorwurf, daß die Mitglieder des Ehrengerichts nicht nach bestem Wissen und Gewissen Recht sprechen. Der Angeklagte hat auch das Bewußtsein der Beleidigung gehabt. Der Schluß des § 193 wird an sich dem Angeklagten zugestimmt, da er früher lange Jahre Offizier war, der auf Grund des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen ihn einen langjährigen und harten Kampf gegen das ehrengerichtliche Verfahren führt. Er hat dies aber in recht beleidigender Weise und in einem recht hämischen nichtachtenden Ton in dem Artikel getan; es ist dies psychologisch wohl dadurch zu erklären, daß der Angeklagte an seiner eigenen Person mit den Ehrengerichten schlechte Erfahrungen gemacht hat und nun seiner feindseligen Stimmung bei Ausdruck geben wollte. Zum Strafmaß ist einerseits die Schwere der Beleidigung, andererseits erwogen worden, daß der Angeklagte bei der Abfassung des Artikels geleitet wurde von der subjektiven Ueberzeugung, daß die ehrengerichtliche Institution nicht eine gute sei. Das Urteil lautet deshalb auf 300 Mark Geldstrafe, eventuell 30 Tage Haft und Publikationsbefugnis für den Kriegsminister.

Zum Offizier reichten die Geisteskräfte.

Einen tiefen Einblick in die bösen Folgen einer schnellen Offizierslaufbahn gewährten sechs vor der Strafkammer Halle stattgehabte Verhandlungen gegen den 30jährigen Leutnant a. D. Hermann Kahl, der wegen Betrugs und Urkundenfälschung in mehreren Fällen angeklagt war. Obwohl der Vater des Angeklagten, ein wohlhabender Fabrikbesitzer, vor Gericht ausstieg, sein Sohn habe von Jugend auf alles derartig verlehrt gemacht; da man glaubte, mit ihm sei es nicht ganz richtig, ließ man ihn die Offizierslaufbahn beschreiten. Er besuchte drei Gymnasien, dann die Kriegsschule und wurde mit dem 20. Jahre aktiver Offizier. Sein schnelles Advancement ermunterte den jungen Mann zu Ueberhebungen und unolidem Lebenswandel. Er wurde luetisch infiziert, litt an einer recht unangenehmen Krankheit und erhielt im Jahre 1908 nach einem ehrengerichtlichen Verfahren seine Dienstentlassung. Sein Vater bezahlte eine ganz bedeutende Schuldenlast und brachte den Sohn schließlich in den Versicherungsfach unter. Da dem jungen Leutnant aber jeder moralische Halt fehlte, vergriff er sich an fremdem Eigentum. Er besetzte unter falschen Angaben allerhand Gegenstände: Pleureusen, Prismenbinokel, goldene Uhren, Perlen usw., bezahlte nicht und verkaufte die Sachen bald wieder. In einer Nacht verbrachte er in Damenkleidern 370 Mark. Seinem Vater kostete er in nicht allzu langer Zeit 24 000 Mark. Der Gerichtsvorsitzende hielt dem Angeklagten eine Strafpredigt mit dem Bemerkten, als Offizier hätte man etwas anderes zu tun, als zu saufen und mit Weibern umzugehen. Er wollte nun geisteskrank sein. Die medizinischen Sachverständigen erklärten ihn aber nur für geistig minderwertig. — Beantwortet wurden ein Jahr neun Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Erkannt wurde auf ein Jahr Gefängnis.

Versammlungen.

Die Polen und die Landtagswahl.

Zu einer wichtigen Kundgebung für die Sozialdemokratie gestaltete sich eine Versammlung der polnischen Wähler, die am Sonntag in den „Konfordia-Sälen“, Andreasstr. 64, stattfand. Bis auf den letzten Platz füllten die Besucher den Saal, viele mußten stehend das Referat anhören, das Redakteur Blott aus Raitowitz mit zündender Berührung hielt. Der prächtige Frühlingstag hatte nicht vermocht, die polnischen Volksgenossen von ihrer Pflicht abzuhalten. Mit unermindelter Aufmerksamkeit lauschte die Versammlung den Ausführungen des Referenten, der in einer etwa 1 1/2 stündigen Rede preussische Zustände, preussisches Wahlrecht und preussische Junkerbrutalität in trefflicher und temperamentvoller Weise kennzeichnete. Der überaus starke Zustrom zu diesen Polenversammlungen zeige mit aller Deutlichkeit, welche natürliche und lebendige Interesse die polnischen Angehörigen Veranstaltungen entgegenbringen, bei denen ihre Muttersprache angewandt werden darf, und gerade dieser Umstand läßt bei dem unterdrückten Volke die brennende Sehnsucht nach der Mitwirkung des Liberalismus zustande gekommenen Vereinsgehees um so aufreizender durchbrechen. Die Sozialdemokratie kann vom agitativen Standpunkte mit dem Resultat der preussischen Unterdrückungspolitik zufrieden sein, denn immer mehr zeigt es sich, daß die polnischen Proletarier sich um diejenige Partei scharen, die als einzige rücksichtslos die Vergewaltigung erobeter Länder und Nationen bekämpft.

Der Verlauf der bisherigen Polenversammlungen hat aber auch den Beweis erbracht, wie wenig Anhang die Nationalpolen bei ihren sozialistisch fühlenden Volksgenossen finden. Immer ist ihr Protest, den sie immer erheben, wenn in einer solchen Versammlung ein deutschsprechender Sozialdemokrat sich zum Worte meldete, wirkungslos verpufft. Die sozialistischen Polen liegen sich in ihrem Standpunkt nicht beirren.

Auch am Sonntag versuchten wieder einzelne Nationalpolen, unter anderen ein Herr Jan Paluszkiewicz, für ihre Ideen Stimmung zu machen, lösten aber damit bei der Mehrzahl der Anwesenden den stärksten Widerspruch aus. Der genannte Herr behauptete nicht mehr und nicht weniger, als daß die deutsche Sozialdemokratie die polnische Sozialdemokratie unterdrücken und germanisieren wolle. Und Wendel und Borchardt hätten ihre Neben für die Polen nur gehalten, weil sie die Polen für die Wahlvereine fördern möchten.

Es war nicht allzu schwer, diese kindlichen Legenden sofort zu zerstören, und der nächste Redner, Genosse Ribicki, befragte

dies auf so gründliche und auch sachliche Art, daß nach seinen, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen den Nationalisten in der Versammlung das Konzept verdorben war.

Den tiefen Eindruck der Ribickischen Rede konnte auch der Nationalpolo Andrzejewski nicht zerstören, der selbstamerweise Karl Marx zum Zeugen aufrief, daß für jeden Menschen, also auch für die Polen, politische Freiheit bestehen müsse und die deutsche Sozialdemokratie gemäß diesem Grundsatz den Polen ihre eigene Partei zugehen sollte. So, wie sie jetzt verfähre, wirke sie ebenso germanisierend wie die deutsche Regierung, darum könnten er und seine Gesinnungsgenossen nicht für die Sozialdemokratie stimmen.

Die nachfolgenden Redner Bieczonek und Thiel zeigten logisch und wirksam die irrigen Ansichten der national-polnischen Redner und zeigten im Gegensatz dazu, wie die Sozialdemokratie in Wirklichkeit zur Germanisierungsfrage stehe. Insbesondere konstatierte Thiel an der Hand von Zitaten aus polnisch-nationalen Blättern, die die Rede von Borchardt gelobt hatten, daß Borchardt und Wendel die Interessen der Polen weit energischer vertreten hätten wie die polnischen Fraktionen. Die Stimmung der Versammlung ließ ohne weiteres erkennen, wie sehr die übergroße Mehrheit mit dieser Feststellung einverstanden war.

Der Vorsitzende, Genosse Lisak, unterstrich die Ausführungen Thiels noch sehr wirksam. Nach sehr ausgedehnter Diskussion hielt Referent Blott das Schlusswort, wobei er alle Einwände und Behauptungen der Nationalpolen zusammenfaßte und einer kritischen Prüfung unterzog. Mit scharfen Strichen legte er den Kern der sozialistischen Weltanschauung dar, rühte er die Stellungnahme der Sozialdemokratie in allen Fragen, besonders in der Polenfrage, in das helle Licht der Wahrheit und stellte dem die Haltung der bürgerlichen Parteien, vor allem der polnischen Fraktionen gegenüber, immer von dem häßlichen Beifall der Versammelten begleitet. Gegen wenige Stimmen wurde eine Resolution angenommen, welche die Stellungnahme der sozialdemokratischen Polen festlegte.

Gemeindeförderverband. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin gab der Kassierer Goffmann den Kasseebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr, welches diesmal fünf Quartale umfaßt. (1. 1. 12 bis 31. 3. 12.) In dieser Zeit ist die Mitgliederzahl von 9214 auf 9681 gestiegen, und zwar sind es 9230 männliche, 305 weibliche und 126 jugendliche. In der Berichtszeit sind 3631 neue Mitglieder aufgenommen, aber die Gesamtzahl ist nur um 447 gestiegen. Dies Ergebnis ist in Anbetracht der geleisteten Agitationsarbeit nicht befriedigend. Im Jahre 1911 betrug die Mitgliederzunahme 1749. Die Ursache der geringen Zunahme im letzten Geschäftsjahre führt der Kassierer zurück, daß die beim Zentralverein für Arbeitsnachweis bestehende Abteilung für städtische Arbeiter von den Verwaltungen der städtischen Betriebe nicht in Anspruch genommen wird. Dadurch kommt es, daß Arbeiter, die in einem städtischen Betriebe entlassen werden, nicht die Möglichkeit haben, in einem anderen städtischen Betriebe, der Arbeiter einstellen muß, Beschäftigung finden. Sie suchen also in der Industrie Arbeit und scheiden damit aus dem Verbande.

Der finanzielle Erfolg im Berichtsjahre ist günstig. Der Kasseebestand stieg von 60 027 Mark auf 75 729 Mark. Die Gesamteinnahmen betrugen 367 021 Mark, die Gesamtausgaben 351 319 Mark. Der Bestand am Schluß des Geschäftsjahres belief sich auf 75 729 Mark. Für Unterhaltungen wurden ausgegeben: An Streikende 3162 Mark, Gemeindegeld 704 Mark, Sterbegeld 16 252 Mark, an Kranke 68 105 Mark, an Arbeitslose 15 292 Mark, an Notleidende 2623 Mark, Rechtschutz 1641 Mark. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 73 930 Mark.

Nachdem die Diskussion über den Geschäftsbericht beendet war, beschloß die Versammlung auf Antrag der Filialleitung, einen Bildungsausschuß einzusetzen. In denselben wurden gewählt Blott (Obmann), Danc, Portmann, Scharlau, Dittmer.

Bloch erörterte die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Durchführung der gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherung „Volkfürsorge“. Im Hinblick auf die kürzlich abgehaltene Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, wo die Frage, ob die Gewerkschaftsfunktionäre die Beiträge zur „Volkfürsorge“ nebenamtlich kassieren sollen, unentschieden blieb, erklärte sich die Versammlung dafür, daß die Beitragskammer der Gewerkschaften die Beitragskassierung für die „Volkfürsorge“ übernehmen sollen.

Woll
scheuern Ihr
sauber u. feste,
nehmt
Blendax
denn das ist das
Beste!



Sunlicht Seife

bildet einen vollkommenen Ersatz für die Rasenbleiche und macht schädliche Zutaten und scharfe Waschmittel überflüssig. Blütenweisse Reinheit und köstliche Frische der Wäsche entzücken die Herzen aller Hausfrauen, welche nur allein Sunlicht Seife verwenden. Man weise Nachahmungen zurück!



Unserm Adolf Schöts
zum 70. Geburtstag ein drei-
faches Hoch!
Die Kollegen u. Familie L. Hahn,
Linienstraße 77.

Unserem Freund und Genossen,
dem Stadtdirektor
Alexander Fröhlich
nebst Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit. 6408
Mehrere Genossen des
dritten Kreises.

**Sozialdemokrat. Wahlverein
Köpenick.**
Unserem lieben Genossen
Friedrich Kroll
nebst Gemahlin
der treuen Vorwärts-Aus-
trägerin seit 16 Jahren, zu
ihrer heutigen Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.
Der Vorstand.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**
Landsberger Viertel. Bezirk 432.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Schul-
machermeister
Karl Germann
Wibinger Straße 38
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 29. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirchhofes in
Weihensee, Falkenberger Straße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
213/7 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Max Porsch
Verlängerstr. 3, am 28. April
an Unterleibsleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 29. April, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Stahndorfer Gemein-
de-Friedhofes in Stahndorf aus
statt.

Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Schmied
Fritz Mühle
Hochbäcker Str. 13, am 28. April
an Lungenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 29. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Stahndorfer Gemein-
de-Friedhofes in der Müllerstraße
aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
114/7 Die Ortsverwaltung.

**Beerdigungsverein der
Zimmerleute Groß-Berlins.**
Den Kameraden zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied
Richard Sander
(geb. 28. 6. 47) nach kurzem
Krankenlager am 26. April er-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. April, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Luisenkirchhofes, Fürsten-
brunner Weg, aus statt.

Am 26. d. Mts. entfiel nach
langem, schwerem Leiden meine
liebe Frau, unsere innigste
Mutter und Schwiegermutter
Ernestine Zierath
geb. Stahr
im 58. Lebensjahre. 6415
Dies zeigen teilnehmend an
Otto Zierath u. Kinder.
Berlin-Häckerstraße, 28. April 1913.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. d. Mts., um
4 Uhr, von der Kapelle des
Bartholomäus-Kirchhofes aus statt.

Am 27. d. Mts., früh 2 1/2 Uhr,
entfiel plötzlich und unerwartet
meiner innigsten Liebe, mein
herzensguter Vater, unser Bruder,
Schwager und Onkel, der Kaufmann
August Kehr
im 50. Lebensjahre. 8621
Dies zeigen teilnehmend an
Beata Kehr
und Sohn
Remeler Str. 56.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Petri-Kirchhofes, Frieden-
straße, aus statt.

**Verband d. Branerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern diese zur Nach-
richt, daß der Handwerker-Hilfs-
arbeiter, Kollege
Johann Soyka
nach schwerer Krankheit ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Michaels-Kirch-
hofes, Mariendorfer Kirchhofstraße,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
43/7 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
sendungen bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres guten Vaters
Wilhelm West sagen wir allen
Freunden u. Bekannten, insbesondere
Herrn Berentzen und Herrn Kendant
Baber für ihre herzlichsten Worte am
Grabe, sowie auch dem Vorstand und
den Beamten der Allgemeinen Orts-
krankenkasse, dem Vorstand der Bureau-
angestellten, den Genossinnen und
Genossen des vierten Reichstagswahl-
kreises und des 277. Bezirks sowie
auch dem Sparkass. „Luitpold-Brüder“
unseren herzlichsten Dank. 6528
Frau **Anna West** geb. Krause
nebst Kindern.

Danksagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei
der Beerdigung unseres lieben Sohnes,
Schwagers und Onkels
Paul Peschke
sagen wir allen Verwandten, Be-
kannten und Freunden, insbesondere
den Genossen des 4. Reichstagswahl-
kreises und der Firma Berliner Eis-
mäbel-Industrie unseren innigsten
Dank. 9921
Die trauernden Eltern u. Geschwister.

Danksagung.
Den Mitgliedern des Zentral-
verbandes der Zimmermeister Deutsch-
lands, Ortsverwaltung Berlin, sage
ich noch nachträglich für den Beweis
herzlicher Teilnahme, und für die
Kranzsendungen meinen innigsten Dank.
Bw. **Emma Fürstow.**

Danksagung.
Surückgekehrt vom Grabe meines
lieben einzigen Sohnes sage ich auf
diesem Wege für die erwiesene Teil-
nahme der Firma Kirchner, Firma
Kaltenburg, seinen Kollegen und
Freunden, dem Transportarbeiter-
verband, den Genossen des 6. Wahl-
kreises meinen innigsten Dank. 4321
Die tiefbetrübte Mutter
Witwe Wilhelmine Cornelius.

Danksagung.
Für die rege Teilnahme bei der
Beerdigung meiner lieben Frau,
unsere Mutter, Tochter, Schwester und
Schwägerin
Elisabeth Buch
geb. Sachse
sagen wir hiermit allen Teilnehmern
insbesondere dem Personal der Firma
Hertz u. Banemann für die reichen
Kranzsendungen unseren herzlichsten
Dank.
Wag Busch und Kinder
Familie Sachse.

Abrechnung
Politische Versußtritte
von
Rudolf Franz.
Preis 30 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Am 1. Mai
bleibt auch in diesem Jahre mein
Geschäft geschlossen.
Arbeits-Auzüge
Wilhelm Fahr, Branden-
str. 116.

Keine Füllalen.
1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Lieferung elegants
**Herren-
Moden**
fertig und nach Mass!
Garantie für tadel-
losen Sitz.
**Jonas
Kurzberg**
Oranienstr. 160!
zwischen Moritz- u. Oranienplatz.
Bitte genau auf Straßen-
u. Hausnummer zu achten.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

**Zur Einrichtung und Leitung einer in
Breslau beschlossenen Zentralbibliothek**
der Gemeindefreien und der Partei wird ein geeigneter politisch und gemein-
schaftlich organisierter Genosse zum baldigen Eintritt gesucht. Gehalt nach
den Sätzen des Vereins Arbeiterpresse. Erforderlich sind Kenntnisse in
Literatur, größte Korrektheit in der technischen und schriftlichen
Verwaltung und möglichst schon genügende Erfahrung im Biblio-
thekbetriebe. 285/5
Bewerbungen mit Lebenslauf erbeten an den Vorsitzenden des Bildungsausschusses
Genossen Paul 2 3 de, Breslau, Neue Graupenstr. 7 II.



Urbin
det seh' ick jetzt ganz klar,
Putz doch die Stiebel wunderbar.
In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm / Charlottenburg

Erstklassig!
**Unsere
"Marine"**
2 Pfg.
CIGARETTE
Georg A. Jasmatzi Akt. Ges.
Dresden
Grösste deutsche
Cigarettenfabrik

Parteilokal
mit feinem Saal im Norden Berlins
unter günstigen Bedingungen zu ver-
geben.
Offerten unter R. 3 an die Haupt-
expedition des „Vorwärts“, Linden-
straße 69.

Unserem Genossen, 8428
dem Stadtdirektor
Alexander Fröhlich nebst Ge-
mahlin
die herzlichsten Glückwünsche zur
Silberhochzeit.
Die Bezirksleiter der 10. Abt.
des 3. Wahlkreises.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 29
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Goldspießbrunn. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankentassen.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradenhalter,
Irrigators, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothring Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Großer Pflanzen-Verkauf.
Wegen Auflösung einer deutschen Baumschule: Rosen, Schlingpflanzen,
Dahlbäume, Beerensträucher, Stiersträucher, Radelbäume, Blumensträußen usw.
— Gekunde Ware, labelhaft billig! Am Bahnhof Alexander-
platz, Goutardstraße, vis-à-vis Panoramastraße, Zentralmarkthalle.

Gelegenheitskauf
Zurückgesetzte Exemplare
G. Pfizer:
Das Recht des Bürgerl. Gesetzbuches
Gemeinverständlich erklärt
nebst dem Text des Gesetzes
Gebunden: Preis (statt 7,80 Mark) nur 2 Mark
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Die Gelben in wissenschaftlicher Beleuchtung.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hatte am Sonntagabend eine Versammlung der gewerkschaftlichen Funktionäre...

Die gelben Organisationen sind nach Angabe ihrer Anhänger entstanden als Folge eines gewissen Terrorismus, den die ihren Interessenstandpunkt überlebenden Arbeiterorganisationen ausgedrückt haben...

Die Gründungskosten fast überall von den Unternehmern getragen wurden und daß auch die Unterhaltungskosten zum großen Teil von den Unternehmern getragen werden...

Wie ist es möglich, daß eine derartige Organisation der Fahnenführer aus den Verbänden entstehen konnte? Bis etwa zum Jahre 1890 gab es Kämpfe um die Arbeitsbedingungen...

Für das organisierte Kapital, welches sich einer organisierten Arbeiterschaft gegenüber sieht, gibt es zwei Wege zur vollkommenen Beherrschung des Arbeitsmarktes...

könnte, ist eine komplette Unmöglichkeit. Nur die Riesenbetriebe können sich das leisten. Für sie ist eine so große Arbeiterschaft da, daß sie eine Organisation gegen die Gewerkschaft schaffen...

Damit kommt der Redner auf das, was er die Bureaufaktifizierung der Gesellschaft nennt. Die Aktiengesellschaft — sagt er — ist das kleinste bürokratische Gebilde in unserem Wirtschaftsleben...

Ein Ausweg aus dieser Situation ist der, daß man nicht durch Gesetze die Macht des Kapitals zu erweitern sucht, sondern daß das Koalitionsrecht der Arbeiter gesichert wird...

Rechtsanwalt Dr. Heinemann sprach über Terrorismus.

In einhändigem Vortrage zeigte er, wie die Unternehmer fortgesetzt bemüht sind, gesetzgeberische Maßnahmen gegen das Koalitionsrecht durchzusetzen, obgleich dieses Recht durch die Gerichtspraxis ungenutzt eingezogen ist...

20. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Hannover, 28. April. Die zwanzigste Tagung des Deutschen Bergarbeiterverbandes begann am Sonntag in Hannover. Die deutschen Bergarbeiter, die im Vorjahre durch den Verrat der „christlichen“ Kollegen...

Die Kohlenpreise zeigen seit Beschieben des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels eine steigende Tendenz. Am 1. April 1912 trat eine Preissteigerung der Brennholze ein...

Die Löhne der Arbeiter sind auch nicht annähernd in gleichem Maße gestiegen wie die Gewinnergebnisse. Von 1907 bis 1912 ist der Durchschnittslohn sämtlicher preussischer Bergarbeiter nur...

In sozialpolitischer Beziehung ist der Verband seit mehr als zwanzig Jahren bestrebt, bessere Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter zu schaffen, ihnen den größtmöglichen Schutz vor Krankheit und Unfallgefahr zu erringen...

Das Verhalten des Gewerkschafts „christlicher“ Bergarbeiter bei dem Kampfe 1912 würdigte der Vorstand in einem besonderen Abschnitt. Er kennzeichnet die Treibereien der christlichen Führer...

In Lohnbewegungen und Streiks waren die Jahre 1911 und 1912 sehr reich. Aber nicht nur durch die verhältnismäßig große Zahl der geführten wirtschaftlichen Kämpfe hat sich die Bedeutung ausgedehnt...

Die Mitgliederbewegung des Verbandes weist einen Rückgang auf, dessen Ursache in dem vorjährigen großen Streik zu suchen ist. Am Schlusse des Jahres 1910 hatte der Verband 123 437 Mitglieder...

Die internationalen Beziehungen des Verbandes haben sich wiederum gebessert. Besonders ist der Verband in nähere Beziehungen getreten zu den französischen und belgischen Bergarbeiterorganisationen...

Nach dem Kassener Bericht balanzieren Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1911 mit 4 176 777 M. und 1912 mit 8 925 420 M. Die Mitgliederbeiträge betragen in beiden Jahren 4 432 701 M. Der größte Ausgabenposten ist der für Streiks mit 2 615 528 M. in der Berichtzeit (davon allein 2 062 596 M. 1912).

Die Delegierten der Generalversammlung haben eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Neben den üblichen geschäftsmäßigen Punkten stehen auch mehrere Referate auf der Tagesordnung. So wird Heinrich Döfler die Massenanalyse im Bergbau und Otto Hue Konzentration, Syndikalismus und Verstaatlichungsfrage im Bergbau behandeln...

Derer Antrag wünscht, daß sich die Generalversammlung mit der Frage der Verschmelzung sämtlicher Bergarbeiterorganisationen befaßt.

Wir wünschen der Bergarbeitertagung besten Erfolgs. Mögen ihre Beschlüsse zum Wohle der deutschen Bergarbeiter ausfallen.

Schfter Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer Deutschlands.

Im kleinen Saale des Dresdener Gewerkschaftshauses trat am Sonntag der Verbandstag zusammen. Der 1. Vorsitzende Berlin eröffnete ihn mit einem Rückblick auf die Aufgaben, die der letzte Verbandstag in Hannover dem Verband gestellt hatte. Er führte ungefähr folgendes aus:

Als wir vor drei Jahren in Hannover heimwärts zogen, da hatten wir zuvor das Gelübdis abgelegt, alle Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen, um diese bis zum 6. Verbandstag ein recht gut Stück vorwärts zu bringen. — Ich glaube mit Recht und Stolz sagen können, daß wir Wort gehalten haben. — Wir sind nicht nur in der Organisation an Mitgliedern erheblich gestiegen, unsere Finanzen, den Kriegsschlag haben wir trotz aller Stürme auf eine ansehnliche Höhe gebracht und was wohl die größte Freude ist, wir haben den Arbeitgebern an Vorteilen für unsere Mitglieder — aber auch für Nichtmitglieder — abgerungen und erreicht, was an Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen möglich war.

Besonders schwere Zeiten waren die letzten drei Jahre. Die ungeheure Viehnot und Fleischsteuerung, sowie die gesamte Lebensmittelverteuerung haben ungeheure schädigend allgemein gewirkt, aber ganz unberechenbaren Schaden den in unserem Gewerbe Beschäftigten zugefügt und tausende selbständige und nicht selbständige Existenzen vernichtet.

Ein Beispiel über die Veränderung des Fleischkonsums in Folge der Viehnot und Fleischsteuerung: Die Nachrichten der Zentrale für Viehbewertung behandelte die gewerblichen Schlachtungen in Deutschland im 3. Vierteljahr 1912 nach den amtlichen Ziffern. Sie kommt unter Zugrundelegung der vom Kaiserlichen Gesundheitsamt festgestellten Durchschnittsschlachtgewichte für das 3. Vierteljahr 1912 zu folgenden Ziffern der zur Verfügung stehenden Fleischmengen:

	Kilogramm	Kilogramm	Proz.
Fleischfleisch	8 869 840	+ 2 181 505	+ 32,62
Rindfleisch	2 295 423 475	— 12 825 025	— 5,32
Kalb- und Lammfleisch	40 155 400	— 5 754 300	— 12,52
Schweinefleisch	3 359 251 990	— 12 005 400	— 3,23
Schafffleisch	16 918 132	+ 1 850 580	+ 8,68
Ziegenfleisch	622 082	— 145 600	— 13,97
Zusammen	6 54 240 569	— 27 198 300	— 3,99

Nach amtlichen Zahlen ist die Ernährungsbasis des deutschen Volkes im 3. Vierteljahr 1912 erheblich weiter gesunken, rund 13 Millionen Kilogramm Rindfleisch weniger als im Vorjahre des gleichen Monats; aber 22 Millionen Kilogramm Schweinefleisch mehr. Aber auch die Steigerung der Bundesfleischungen sind ein Zeichen der Fleischsteuerung und der Not des Volkes.

Indem Redner die Schuld dieses Zustandes auf die unersättliche Hohnwucherpolitik des Reiches und die Vortriebe der Agrarier setzt, begründet er eine längere nachstehende Resolution, die einstimmige Annahme fand.

Der 6. Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer stellt fest, daß die ungeheure Viehnot und Fleischsteuerung nicht allein den arbeitenden Volksschichten, sondern auch dem Fleischer-gewerbe und ganz besonders den darin Beschäftigten unerwünschten Schaden zugefügt. Dieser Schaden besteht darin, daß

1. infolge der Fleischsteuerung die Fleischermeister und Wurstfabrikanten ihre Betriebe ungeheuer einschränken;

2. laufende Fleischermeister ihre selbständige Existenz aufgeben müssen;

3. um an Löhnen zu sparen, die Lehrlingszuckererlei noch weiter ausgedehnt wird;

4. die Gelegenheit, sich eine selbständige Existenz zu schaffen, ausbleibt, wie bisher.

Hervorgehoben durch diese Mißstände, ist die Arbeitslosigkeit im Fleischer-gewerbe und seinen Nebenzweigen in geradezu erschreckender Weise gestiegen und steigt noch. Die Folgen sind noch größere Ausbeutung der Arbeitskräfte im Arbeitsverhältnis durch verlängerte Arbeitszeit bei geringeren Löhnen, auf dem Arbeitsmarkt durch Lohnrückerei seitens der Arbeitgeber und Arbeitsvermittler, letzterer, weil sie Interesse daran haben, den Arbeitgebern billige Arbeitskräfte zu vermitteln, um dadurch selbst mehr Zuspruch an Bestellern zu haben, ferner durch Lohnrückerei seitens der Arbeitsuchenden, um so einigermaßen der ungeheuren Not und Arbeitslosigkeit zu entgehen. Weitere Folgen sind, daß sehr viele Berufsangehörige in noch viel früherem Alter, als das bisher der Fall war, gezwungen sind, in anderen Erwerbszweigen Beschäftigung zu suchen, wodurch leider die Arbeitslosigkeit auch in diesen gefördert wird; und nicht zuletzt wird die Kriminalstatistik erhöht.

Die Folgen der Fleischsteuerung zeigen sich aber auch dadurch, daß immer mehr Nahrungsmittelverfälschungen im Fleischer-gewerbe begangen werden, wodurch die Volksgesundheit noch mehr gefährdet wird, die durch die Teuerung aller Lebensmittel an sich schon arg gefährdet ist. Da die Nahrungsmittelverfälschungen in der Regel nur an billigen Wurst- und Fleischfabrikaten begangen werden, deren Konsumenten die ärmere Bevölkerung bzw. arbeitende Volksmasse ist, so bedeuten sie speziell eine große Gefahr für deren Gesundheit.

Den wiederholten Feststellungen

a) daß die Viehnot und Fleischsteuerung hervorgerufen ist durch agrarische Hohnwucherpolitik,

b) dadurch, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Fleischbedarf in Deutschland ausreichend zu decken, so daß dementsprechend auch die Preise erheblich niedriger werden,

schließt sich der 6. Verbandstag voll und ganz an.

Eine ausreichende und zweckdienliche Milderung dieser Zustände erblickt der 6. Verbandstag nicht in der von der Regierung einem Teil von Städte- bzw. Gemeindeverwaltungen zugehenden Gewährung von Einfuhr freies Fleisch, aus dem Auslande zu ermäßigtem Zollpreis. Der 6. Verbandstag ist der Meinung, daß zu einer solchen Milderung erforderlich erscheint:

die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Vieh und Fleisch,

die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufrechterhaltung unerlässlicher Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen,

die Aufhebung der Futtermittelzölle, die Beseitigung der Einfuhrschemen,

und vor allem

die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, da durch am wirksamsten eine Milderung der Not erreicht werden kann."

An den Verhandlungen nehmen 34 Delegierte, 9 Gauleiter, 2 Vorstandsmitglieder und 1 Vertreter des Ausschusses teil. Die Generalkommission hat den Genossen Bauer-Berlin mit der Vertretung beauftragt. Die Bruderorganisationen aus Wien, Ungarn und Kopenhagen holen Vertretungen entsandt, die dem Verbandstage die Brudergrüße überbringen. Aus Holland, Amerika und der Schweiz sind Begrüßungsschreiben eingegangen. — Nachdem die Konstituierung des Verbandstages erfolgt ist, und Hensel und Bergmann, beide Berlin, als Vorsitzende gewählt sind, wird die Verhandlung auf Montag verlagert.

Soziales.

Die Entwicklung des Volksversicherungswesens.

Zu den sozialisierenden Tendenzen unserer Zeit gehört auch das Versicherungswesen, das in den letzten Jahrzehnten eine kolossale Entwicklung angenommen hat. Mächtige Versicherungsanstalten sind entstanden mit riesigen Verwaltungsapparaten, und es gibt fast keine Gefahr, gegen die man sich nicht versichern kann, und fast keine Person, die nicht tatsächlich gegen irgendeine Gefahr versichert wäre. Die Versicherungseinrichtungen wollen durch den Zusammenschluß gleich gefährdeter Elemente, also auf dem Wege der Solidarität, die Gefahren überwinden, denen der einzelne nicht Widerstand bieten kann, weil er zu schwach ist. Allerdings haben die Versicherungsinstitute noch manche Mängel und Auswüchse — zum Beispiel das treibende Moment, für die Unternehmer Gewinne herauszuschlagen — auf deren Beseitigung hingearbeitet werden muß. Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge schlägt auch hier Voröße.

Der soeben dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung der Reichssteuer (zur Deckung der Militärvorlage), der für das ganze Reich die Versicherungsverträge einer Steuer unterwirft, enthält auch interessante, teilweise noch nicht veröffentlichte Angaben über den Umfang des privaten und öffentlichen Versicherungswesens. Ausgenommen ist die soziale Versicherung durch die Reichsversicherungsordnung, die ja steuerfrei bleiben soll.

Unter allen Versicherungszweigen steht obenan die Versicherung gegen Feuergefahr. Vom Jahre 1906 auf das Jahr 1911 haben sich die gegen Feuer versicherten Werte im Deutschen Reich von 108 auf 213 Milliarden Mark vermehrt. Von dieser Summe entfallen circa 115 Milliarden Mark auf Mobilien (Wäbel usw.) und 98 Milliarden Mark auf Immobilien (Hausgrundstücke usw.). Etwa 134 Milliarden Mark sind bei Privatgesellschaften und 79 Milliarden Mark bei öffentlichen Anstalten (Landesbrandkassen usw.) versichert. Die jährlich zu entrichtenden Prämien betragen bei privaten Anstalten 165 Millionen und bei den öffentlichen Anstalten circa 98 Millionen Mark.

In zweiter Linie kommen die Lebens- und Rentenversicherungen. Die Versicherungssumme beträgt zurzeit etwa 15 Milliarden Mark. Die Jahresprämien erhöhten sich von 644 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 745 Millionen Mark im Jahre 1911. Unter den letztgenannten Summen befinden sich 56% Millionen Mark vom Ausland gezahlter Tarifrämien.

In weiterer Linie steht die Unfall- und Haftpflichtversicherung. Die Einnahmen dieser an Tarifrämien erhöhten sich im Jahre 1909 auf 1911 von 91 auf 110 Millionen Mark. Hierzu kommen noch im Jahre 1911 etwa 80 Millionen Mark Einnahmen an Tarifrämien. Die in der Einbruchdiebstahl- und Gasfährdungsvericherung versicherten Werte erhöhten sich von 1909 bis 1911 von 11 auf 13 Milliarden Mark. Für die Transport- und Seeverversicherung besteht noch kein Statistik. Die hier versicherten Werte werden aber auf 12 Milliarden Mark geschätzt. Die Vieh- und Hagelversicherung soll — ein Geschenk an die Landwirtschaft — steuerfrei bleiben. Die Statistiken des Aufsichtsamts für Privatversicherung zeigen, daß es im Jahre 1911 eine Prämien-einnahme von 40 Millionen Mark hatte. Die sonstigen Versicherungen (Sturmschaden-, Reise- usw. Versicherungen) brachten noch 4% Millionen Mark Prämien-einnahmen.

Bei sämtlichen der Reichsaufsicht unterstehenden Versicherungsunternehmen (mit Ausnahme der sozialen Versicherung und der Rückversicherungsanstalten) wurden 1909 aus den in Deutschland abgeschlossenen Versicherungsverträgen tatsächlich 979 Millionen Mark Versicherungsprämien eingenommen. Inzwischen haben sich, wie obige Zahlen zeigen, die Einnahmen noch wesentlich erhöht.

Eingegangene Druckschriften.

Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Von B. Eombart. 4,50 M., geb. 5,50 M. G. Bondt, Berlin W.

Wort = Wirkung

Verkauf zu enorm billigen Preisen

Knabenwaschanzüge

- Blusen-Anzüge gestreifter Waschestoff, 3-8 Jahre durchweg **55 Pf.**
- Blusen-Anzüge Waschestoffe, in vielen Mustern, 3-8 Jahre durchweg **1 165**
- Blusen-Anzüge gestreifter Waschestoff mit schöner Garnierung, 3-8 Jahre, durchweg **2 265**
- Blusen-Anzüge gestreifter Waschestoff mit Ueberkragen, 3-8 Jahre . . . durchweg **4 410**
- Blusen-Anzüge weiße und gestreifte Waschestoffe, Aermel mit Stick, 3-8 J., durchweg **5 525**
- Einzelne Muster-Anzüge 9-14 Jahre durchweg **7 750**

Kieler u. Prinz-Heinrich-Anzüge

- Gestreifte Waschestoffe, Kragen und Manschetten, blauer Satin, 3-8 Jahre durchweg **2 275**
- Gestreifte Waschestoffe, Kragen und Manschetten zum Abknöpfen, Aermel mit Stickerei, 3-8 Jahre **4 415**
- Kieler Anzüge gestreifte Waschestoffe, Aermel mit Abzeichen, 9-14 Jahre, durchweg **3 360**
- Kieler Anzüge gestreift oder weißer Waschestoff, Kragen u. Manschetten z. Abknöpfen, 9-14 Jahre, durchweg **4 495**
- Imitierte Bast-Anzüge Form Prinz Heinrich, 3-8 Jahre durchweg **5 550**
- Imitierte Bast-Anzüge Form Prinz Heinrich, 9 bis 14 Jahre . . . durchweg **6 650**

Praktische Schul-Anzüge

- Joppe und Hose derber Waschestoff, 9-14 Jahre durchweg **1 145**
- Joppe und Hose Waschestoff, in verschiedenen Mustern, 9-14 Jahre . . durchweg **2 210**
- Joppe und Hose Waschestoff, sehr haltbar, aparte Muster, 9-14 Jahre . durchweg **3 360**
- Joppe und Hose schwerer Waschestoff, Joppe mit Falten, 9-14 Jahre, durchweg **4 485**
- Sport-Hemden für Knaben, in den neuesten Mustern von **1 155 an**
- Knaben-Mützen kleidsame Fas- sons und Muster **50 Pf.**

Knaben-Wasch-Blusen

aus Resten gearbeitet, für 3-8 Jahre
1.45, 95 Pf. 70 Pf. 30 Pf.

Blaue Satin-Sport-Hosen

waschecht
1.3-8 Jahre **1.35** 1.9-15 Jahre **1.55**

Knaben-Wasch-Hosen

aus Resten gearbeitet, für 3-8 Jahre
90 Pf. 65 Pf. 30 Pf.

Bestellungen nach außerhalb werden prompt ausgeführt. Von 20 Mark an franko. Angabed. Alterserforderlich

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29/30 **BERLIN** 11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 **Schöneberg, Hauptstr. 10**

Himmelfahrt von 8 bis 10 Uhr geöffnet. Sonntag, den 4. Mal von 8-10 und 2-6 Uhr geöffnet.

Klein Verkauf an Wiederverkäufer!

Klein Verkauf an Wiederverkäufer!

Der reichillustrierte Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenfrei

Partei-Angelegenheiten.

5. Kreis Abteilung I. Heute Dienstag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Restaurant zum Prälanten, Greifswalder Straße, Ecke Leichterstraße: Vortrag des Genossen Adolf Cohen: Aufstellung der Wahlmänner.

Nächster Landtagswahlbezirk. Mittwoch, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Frauenversammlungen in den Lokalen Obiglos Festale, Schwedter Straße 23/24, und Königshäuser, Neue Königstraße 26 (Eingang Badzeckstraße). Tagesordnung: Die Frauen und die Landtagswahl. Referent: Frau Regina Ruben und Luise Zieg.

Tempelhof. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, finden in den Lokalen „Wilhelmshof“, Berliner Str. 9; Paul Hennig, Friedrich-Wilhelm-Str. 35; Weder, Berliner Str. 41/42; Zimmer, Poltestraße 17, und Schreiber, Sottlieb-Dummler-Str. 59, Bezirksversammlungen für die Landtagswahl statt.

Niederhähnchen. Heute Dienstag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus. Am Mittwoch, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im Restaurant Waldhaus (Jah. Bod), Berliner Straße. Tagesordnung: Die bevorstehende Landtagswahl. Referent: Genosse Hofer.

Rosen. Am Himmelfahrtstag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal J. Puraan, Rosener Bahnhof, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der der Kandidat, Rittergutsbesitzer Hofer, das Referat halten wird.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 1/2 Uhr finden in folgenden Lokalen Wählerversammlungen statt: Gordes Waldkloster, Eichhorn-Ecke Waldstraße, Wolsdorf, Eichhornstr. 18, Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 101/104, Otto, Berliner Str. 113/114. Tagesordnung: Aufstellung der Wahlmänner.

Berliner Nachrichten.

Eine Konferenz der Bildungsausschüsse

hatte der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin am Sonntag nach dem Gewerkschaftshausen berufen. Ueber die Bildungsarbeit in Groß-Berlin sprach Genosse Däumig. Die Aufgabe des Bezirksbildungsausschusses sei, Plan und Methode in die Bildungsarbeit zu bringen und an die Massen der Arbeiter heranzukommen, die von den bisherigen Bildungsbestrebungen nicht erfasst worden seien. Der Bezirksbildungsausschuss sei dabei, einen Leitplan auszuarbeiten, der den einzelnen Bildungsausschüssen bestimmte Vorschläge über die Durchführung der Bildungsarbeit machen solle. Der Leitplan werde einer zweiten Konferenz vorgelegt werden. — Der Bezirksbildungsausschuss schlug vor, für die theoretisch noch ungeschulten Arbeiter Einführungskurse einzurichten, denen sich dann Vortragskurse für die Fortgeschrittenen anzuschließen hätten. Den allgemeinen Kursen sollen Spezialkurse folgen aus allen für die Arbeiter in Betracht kommenden Wissensgebieten. — In künstlerischer Beziehung halte es der Bildungsausschuss für seine Aufgabe, den weiten Kreisen, die nicht die Vorstellungen der freien Volksbühnen besuchen können, den Genuss guter Theateraufführungen zu ermöglichen. — Für Musikaufführungen würden im Leitplan eine Reihe von Programmen vom Vortragsabend bis zum Orchesterkonzert vorgelegt werden. Der Bezirksbildungsausschuss lege Wert auf ein Zusammenarbeiten mit dem Arbeiter-Sängerbund. — Mit der Zeit werde der Bezirksbildungsausschuss auch Besuche der Museen unter sachkundiger Führung veranstalten können.

Der zweite Referent Genosse Seidel betonte die Notwendigkeit, die Gefahren der Schundliteratur, besonders auf dem Gebiete der Jugendschriften, zu bekämpfen. Um den Kläufern eine Auswahl guter Jugendschriften zu ermöglichen, seien seit Jahren Ausstellungen von guten Jugendschriften und Wandbildern veranstaltet worden. Eine Ausstellung für ganz Berlin genüge nicht. Es müsste mindestens in jedem Wahlkreise eine Ausstellung und in den Landkreisen in jedem Orte eine solche veranstaltet werden.

Die praktischen Vorschläge der Referenten wurden in der Diskussion nach den verschiedensten Richtungen erörtert. — Ohne Diskussion wurden die beiden folgenden Referate entgegengenommen.

Genosse Sassenbach, der das Thema: „Bekämpfung der Schundliteratur“ behandelte, verwies darauf, daß die Verwaltung des Gewerkschaftshausen eine Anzahl guter Schriften zum Preise von 10—30 Pf. angeschafft hat, die in einer Reihe von Ausstellungen gegen Erlegung des Preises ausgeliehen werden, der bei Ablieferung des Buches zurückgezahlt wird. Diese Einrichtung habe sich gut bewährt, sie werde nun dem Bezirksbildungsausschuss übergeben, der sie weiterführen werde.

Genosse Grunwald, der über Einrichtungen zur Erleichterung des Bücherkaufs sprach, machte u. a. die Mitteilung, daß die Vorwärts-Buchhandlung auf Anregung des Bezirksbildungsausschusses die Einrichtung getroffen habe, daß Bücher — nicht nur solche aus dem Vorwärtsverlag, sondern auch aus anderen Verlagen — durch die Speditoren des „Vorwärts“ bezogen und ratenweise bezahlt werden können, wodurch der Erwerb guter Bücher wesentlich erleichtert worden sei.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet. Der Vorsitzende Däumig schloß die Konferenz mit dem Wunsche, daß die Aussprache zur Förderung der Bildungsarbeit beitragen möge.

Die Sonntagsruhebestimmungen erfahren mit dem 1. Mai eine Aenderung infolgedessen, als von diesem Tage ab die Verkaufsstellen nicht mehr von 12—2 Uhr, sondern von 8—10 Uhr geöffnet, aber von 12—2 Uhr geschlossen sind. Wir ersuchen das laufende Publikum um Beachtung dieser Aenderung.

Vom feudalen Sport.

Wenn ein Kutscher seine Pferde antreibt und sie durch Schläge zum Anziehen nötigt, kann er sicher sein, daß der Tiereschutzverein eintritt und ihm eine Anzeige und eine darauf folgende Bestrafung wegen Tierquälerei verschafft. Andere Grundzüge gelten auf der Rennbahn. Hier, wo die Pferde aufs äußerste mit Peitsche und Sporen angetrieben werden, möglichst als erste das Ziel zu erreichen, hier tritt kein Tiereschutzverein ein, um sich der gequälten Tiere anzunehmen. Es handelt sich ja auch um die Ausübung des Pferdesports, des feudalen Sports. Wie weit diese Tierquälerei geht, dafür liefert ein Bericht über das Pferderennen am Sonntag im Grunewald den Beweis. In dem Bericht heißt es u. a.:

„Einen tiefen Mählang brachte der von Sifer Hohe gewonnene Preis von Großenhain. Lt. v. Sydow hatte hier das Best. binnen Jahresfrist seinen zweiten guten Steeper zu verlieren. Der alte Citat, der in seiner Glanzzeit „Charmanter Keel“ genannt, dann aber wieder „zurückgekauft“ wurde, kam überlegen in Front galoppierend an der letzten Hürde zu Fall, brach das linke Vorderbein und mußte erschossen werden. Der Verlust zweier so guter Pferde wie Foredatler und Citat so kurz hintereinander ist wirklich etwas reichlich und es gehört viel Passion dazu, dem Sport nach solchen Schlägen treu zu bleiben.“

Zwei Pferde innerhalb eines Jahres in den Tod geheht! Das nennt man Sport. Und darüber entrüstet man sich nicht einmal. Nur Bedauern und abendrein Bewunderung über den sportfreudigen Leutnant bleibt übrig!

Die Gesellschaft Normalzeit sendet uns auf unsern Artikel über das öffentliche Uhrwesen in Berlin eine längere Zuschrift, in der sie darlegt, daß die öffentlichen Uhren sowohl wie private durch ein eigenes Leitungsnetz miteinander verbunden seien und von ihr genau reguliert würden. Im weiteren versucht sie darzulegen, daß es unwirtschaftlich sei, wenn die Stadt Berlin eigene Leitungen legen würde, um die öffentlichen Uhren zu regulieren. Wir haben uns nicht überzeugen können, daß diese Darlegung zutreffend ist. Die Stadt Berlin wird nach den uns bekannt gewordenen Unterlagen gut tun, sich von einer Gesellschaft zu emancipieren und eine Ordnung des öffentlichen Uhrwesens in Berlin herbeizuführen, die schon längst nötig gewesen wäre und auch von den Stadtverordneten seit längerer Zeit verlangt wurde.

Protest gegen die Luftfahrtssteuer.

Im Admirals-Theater versammelten sich gestern Interessenten, um über die Wirkungen der neuen städtischen Steuern zu sprechen. Das Ergebnis der Verhandlungen gipfelte in der Annahme folgender Resolution:

„Die heute im Admirals-Theater versammelten Verbände — Verband Deutscher Lichtspieltheater Erster Reihe, Internationaler Variété-Theater-Direktoren-Verband, Schupferband deutscher Lichtbild-Theater, Verein der Saalbesitzer von Berlin und Umgebung, Interessentenverband des Galvanisiergewerbes und verwandter Betriebe, Verein der Lichtbild-Theater Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg — haben die Heberzeugung gewonnen, daß die am 1. April 1913 in Kraft getretene Luftfahrtssteuer der Stadt Berlin ruinos ist. Eine Abwälzung der Steuer auf das Publikum hat, wie dies die bisherigen Erfahrungen gelehrt haben, sich nicht durchführen lassen. Es sind die betroffenen Etablissements selbst, die die hohen Steuern zahlen müssen; da sie dazu nicht in stande sind, ist ihre weitere Existenz nicht möglich. Die genannten Organisationen richten daher an den Magistrat und die Stadtverordneten Berlins das dringende Ersuchen, die Steuer ungeändert außer Kraft zu setzen.“

In der Debatte wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß das Oberverwaltungsgericht die Steuerordnung für rechtsunzulässig erklären werde, da sie wie eine Vermögenskonfiskation wirke. Herr Cassel, der Führer des Kommunalvereins im Roten Hause wurde arg mitgenommen.

Japanische Kultur für preussische Polizei.

Es wird berichtet: „Die Verteidigungskunst Jiu-Jitsu, die bei der Berliner Kriminalpolizei schon länger mit Erfolg gelehrt wird, soll jetzt auch bei den Behörden von Charlottenburg, Neukölln und Lichtenberg eingeführt werden. Der Minister des Innern hat die Ausbildung der Beamten, die dafür in Betracht kommen, in diesen drei Vororten auch uniformierte Schutzmänner, durch den bekannten Jiu-Jitsu-Meister Erich Kaha bereits bewilligt.“

Bekanntlich ist der Jiu-Jitsu-Kampf den Japanern entlehnt, die sich dieses rohen Kampfmittels bedienen. Es charakterisiert unser preussisches Staatswesen, daß japanische Kampfregeln den preussischen Polizeibeamten durch besondere Lehrer beigebracht werden müssen.

Ueber das Mitnehmen der Hunde teilt der Polizeipräsident mit: Wiederholte schriftliche und mündliche Vorstellungen aus dem Publikum geben dem Polizeipräsidenten Veranlassung darauf hinzuweisen, daß das Mitbringen von Tieren nach der Polizeiverordnung vom 12. Februar d. J. nur in die dem Nahrungsmittelverkehr dienenden Verkaufsräume verboten ist. In Räume, in denen nur Genussmittel feilgeboten werden, z. B. also in Tabakläden oder Weingeschäfte, können somit Hunde nach wie vor mitgenommen werden.

Aus Angst aus dem Fenster gesprungen.

Eine Schredensjünger, deren Anlaß noch der Aufklärung bedarf, wird uns aus dem Hause Vöttigerstraße 4 berichtet. Am Dienstagnachmittag der vorigen Woche erschien dort ein Mensch von anscheinend 19 bis 20 Jahren, der mit blauer Hose, blauer Jacke und schwarzem streifen Hut bekleidet war. Auf dem Hof sah er die 10-jährige Frida Schubert, deren Eltern im ersten Stockwerk des Quergebäudes wohnen, aber um diese Zeit nicht zu Hause waren. Er fragte sie: „Bist Du Schubert?“ Als sie bejahte, sagte er: „Ich muß die Wasserleitung nachsehen. Komm mal mit!“ „Es ist feiner oben“, antwortete sie, „mein Vater kommt erst um 1/7 nach Hause und meine Mutter ist auch nicht da.“ Aber er blieb dabei: „Komm mal mit! Ich muß die Wasserleitung gleich nachsehen.“ Das Kind ließ sich bewegen, ihn in die Wohnung zu führen. Dort drehte er an der Wasserleitung den Hahn auf und wieder zu und sah in das Ausgussbeden. Darauf ging er nach dem Korridor, kniete vor dem Gasautomaten nieder, suchte nach etwas und sagte: „Na, so'n Ding habt Ihr ja nicht.“ Er meinte wohl damit den Gaszähler, den er nicht fand. Aus der inneren Brusttasche seines Rockes zog er ein etwa fingerdickes Notizbuch mit braunem Deckel. Suchend sagte er: „Kann, ich finde ja gar nicht meinen Bleistift.“ Er fand ihn und schrie dann etwas in sein Notizbuch. „Habt Ihr in der Stube auch Gas?“ fragte er. Als Frida bejahte, sagte er sie an der Hand und zog sie nach der Stube. Eine 7-jährige Schwester, die mit heraufgekommen war, schickte er weg mit den Worten: „Du kannst Deine Mutter holen.“ Dann sagte er Frida an den Oberarmen und stellte sie neben das Bett. Jetzt wurde Frida von Angst ergriffen und fing an zu schreien. „Nuhig, nuhig!“ sagte er, indem er auf den Korridor ging und nachsah, ob die Tür geschlossen war. Ehe er zurückkam, rannte das geängstigte Kind schreiend zum offenen Fenster und sprang hinaus auf den asphaltierten Hof. Der Schlächtermeister Orshinski und seine Angestellten haben Frida auf, um sie nach der Insufflation in der Hochstraße zu tragen. Inzwischen hatte der Fremde schleunigst die Schubertische Wohnung verlassen und war auf die Straße hinausgelaufen, wo er verschwand. Er war vorbeigestürzt bei der Großmutter des Kindes, die gerade durch den Hausflur kam, aber nicht wahr, was vorgefallen war. Nach der Schilderung, die von ihm gegeben wird, war er nicht schlecht gekleidet. Die Polizei ist bemüht, den rätselhaften Vorfall aufzuklären und den Mann zu ermitteln. Das Kind ist bei dem Sprung aus dem Fenster beinahe gar nicht verletzt worden. Frida

fiel so glücklich, daß sie in sitzender Haltung unten anlangte. Sie erlitt dabei keinen Schaden außer einer schmerzhaften Schwellung des Gesäßes. Sie scheint sich dann an dem Gitter einer unter dem Fenster befindlichen Kellertreppe aufgerichtet zu haben, wobei sie sich am Auge eine Abschürfung zuzog. Allen Eltern sollte dieses Vorkommnis eine Warnung sein. Kindern sollte streng eingeschärft werden, in Abwesenheit der Eltern niemand in die Wohnung hineinzulassen.

Am hellen Tage von Einbrechern heimgeführt wurde gestern das Zweigeßchäft der Zigarrenhandlung von Richter u. Franke am Kurfürstendamm 46, an der Ecke der Weidtreustraße. Der Geschäftsführer Kunisch schloß um 10 Uhr vormittags, zu Beginn der Gottesdienstzeit, den Laden und ging um 10 1/2 Uhr nach seiner Wohnung in der Pfalzburger Straße zu Wilmersdorf, wo er bis kurz vor 12 Uhr blieb. Als er dann zurückkehrte, um das Geschäft für die Mittagsstunden wieder zu öffnen, fand er die Ladentür an der Straße aufgeschüttelt, obwohl er sie auch noch mit einem Vorlegeschloß versehen hatte. Die Einbrecher hatten die Ladentasse erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Dieser bestand aus 400 M. Lozung, 800 M., die dem Geschäftsführer gehörten, und dessen Schmucksachen, die auch noch 600 M. wert sind. Die Waren hatten die Täter, von denen noch jede Spur fehlt, unberührt gelassen. Der Kurfürstendamm ist zu der Tageszeit, besonders gestern bei dem schönen Wetter, sehr belebt. Es muß also unbedingt jemand gesehen haben, wie sich die Einbrecher an der Ladentür zu schaffen machten. Die Augenzeugen werden aber wohl gedacht haben, daß ein Angestellter der Handlung öffne. Vielleicht kann einer von ihnen durch Beschreibung der Persönlichkeiten einen Fingerzeig zur Ermittlung der Täter geben. Der Laden hat jetzt binnen acht Jahren achtmal den Besuch von Einbrechern gehabt. Deren Beute war aber bis jetzt immer nur gering gewesen.

Auf dem Heimwege von der Baumblüte schwer verunglückt ist in der Sonntagnacht um 12 Uhr der 41 Jahre alte Friseur Robert Sühmann aus der Buttlerstraße 23. Sühmann geriet in der Leipzigerstraße an der Ecke der Wilhelmstraße unter einen Kraftomnibus der Linie 9. Ein Rad des schweren Wagens zerbrach ihm am linken Bein den Knöchel und den Unterschenkel und quetschte ihm der ganzen Länge nach das Fleisch von dem Beine ab. Der Schwerverletzte wurde nach der Charité gebracht, wo er bedenklich daniederliegt.

Ein schwerer Betriebsunfall trug sich am Sonntagabend gegen 1/9 Uhr am Spittelmarkt zu. Dort tat der Fahrmeister Rudolf als Expeditor Dienst. Als er dicht neben dem Vorderrad eines haltenden Weiwagens der Linie 88 stand, fuhr ein nach Treptow bestimmter Zug derselben Linie in der Umfahrgewende um den haltenden Anhängewagen herum. Dabei wurde der Fahrmeister zwischen dem Rotorwagen des in Bewegung befindlichen Zuges und dem stehenden Weiwagen eingeklemmt. A. erlitt Brüche mehrerer Rippen und innere Quetschungen. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation am Spittelmarkt die erste Hilfe und mußte dann nach dem Krankenhaus am Urban geschafft werden.

Ein weiterer Unfall ereignete sich gegen 1/12 Uhr nachts in der Wischiner Straße. Dort fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 4 auf einen an der Haltestelle vor dem Hause Nr. 94 stehenden Zug der Linie 1 auf. Bei dem Zusammenstoß wurde an dem angefahrenen Wagen eine Sitzbank zerbrochen, eine Stirnwandscheibe eingedrückt und der Buffer verbogen. Eine Frau Langer klagte über Schmerzen im Rücken, ein Herr Henkel erlitt eine Verletzung am Nasenbein. Beide Personen konnten ihren Weg fortsetzen.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Das konfiszierte Buch.

Bisher galt die Polizei als diejenige Behörde, die in der Konfiskation von Schriften usw. oft unglaubliches leistete. Dieser Ruhm scheint ihr jetzt streitig gemacht werden zu sollen durch die Neuköllner Schuldeputation. Während jedoch die Tätigkeit des Beschlagnehmers der Polizei noch allzu oft in der rückständigen Gesetzgebung eine Stütze findet, übt die Neuköllner Schulbehörde ein solches Amt aus, ohne jeden Schein von Recht. Das erhellt aus einem Vorkommnis, welches sich in der VI. Klasse der Gemeindebehörde am Herbergplatz zugetragen hat.

Kurz vor Weihnachten veranlaßte der Lehrer dieser Klasse die Schüler zum Mitbringen von Märchenbüchern. Am nächsten Tage fehlte der betreffende Lehrer. Seine Vertretung übernahm der Lehrer Bogumil. Die mitgebrachten Bücher sollten Verwendung finden, nämlich zum Vorlesen von Märchen. Da entdeckte der Lehrer ein Buch, welches der Bildungsausschuss in seinem Verzeichnis unter Nr. 301 folgendermaßen empfiehlt:

Gröschl, Robert, Raufes Lustreise und andere Wunderlichkeiten. Geschichten für Arbeiterkinder. Zeichnerische Ausstattung von Robert Langbein. Verlag von Radeu u. Co., Dresden. 1 M.

Als Eigentümer ermittelte der Lehrer den Schüler Sch. Das Buch wanderte zum Rektor der Schule. Der Rektor konfiszierte kurzerhand, daß das Buch für die Jugend völlig ungeeignet und der Schundliteratur gleichzustellen wäre. Die Mutter wandte sich an den Rektor wegen Herausgabe des Buches, jedoch vergeblich. Er beendete das Gespräch damit, daß er sagte, sie und ihr Gemannt würden näheres auf schriftlichem Wege erfahren.

Kurz darauf erhielt der Knabe ein Ersatzbuch ausgehändigt mit dem Hinweis, daß dieses Buch, da es 4 M. koste, bedeutend mehr wert sei, als das vom Vater gekaufte. Auf die von dem Vater des Knaben an die Schuldeputation gegen die Einbehaltung des Buches angestregte Beschwerde, wurde ihm vom Vorsitzenden der Schuldeputation, Bürgermeister Dr. Weinreich, folgender Bescheid erteilt:

„Das von Ihrem Sohne Edwin in die Schule mitgebrachte und von dem Lehrer Bogumil einbehaltene Buch „Raufes Lustreise“ ist als Jugendliteratur vollkommen ungeeignet. Die Beschlagnahme des Buches muß daher aufrecht erhalten werden. An Stelle des einbehaltene Buches überweisen wir Hermit Ihrem Sohne das Buch „Mit Mann und Huh und Wagen hat sie der Herr geschlagen“.“

Dr. Weinreich.

Daß der Rektor der Schule Schriften des Bildungsausschusses als für die Jugend ungeeignet hält, sie sogar der Schundliteratur gleichstellt, ist eine Behauptung, auf die wir hier nicht eingehen möchten. Das nötigte uns zugleich Fragen der Weltanschauung und der Erziehung tiefer zu berühren.

Besentlicher erscheint es uns, die Frage aufzuwerfen, woher die Schule das Recht herleitet, ein Buch einzubehalten, das Eigentum der Eltern des betreffenden Knaben ist. Abgesehen davon, daß durch die Beschlagnahme des Buches sich die Schule als Vormund der Eltern aufspielt, würde der Vater des Knaben bei einer Klage auf Herausgabe des Buches gegen die Neuköllner Schuldeputation bei jedem Gericht durchdringen.

Von einem Heuwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern abend in der Kaiser-Friedrich-Straße ein vierjähriger Knabe. Er wurde sofort von Passanten in die nahegelegene Stadtpolizei

getragen, wo der herbeigerufene Arzt Dr. Zacharias eine Zermalmung von drei Fingern der rechten Hand und eine schwere Schädelverletzung feststellte. Nach Anlegung eines Kopfbandes wurde das bedauernswerte Kind mittels Krankenautomobils nach dem städtischen Krankenhaus in Budow geschafft. Die Schädelverletzung gibt zu Besorgnissen um das Leben des Kindes Anlass. Nach Angaben von Passanten soll dem Kaiser keine Schuld an dem Unfall treffen, sondern das Kind soll direkt in das Fuhrwerk hineingekommen sein.

Wilmersdorf-Galensee.

Dem künftigen Stadttheater. Seit ungefähr fünf Jahren müht man sich in Wilmersdorf um den Bau eines Stadttheaters. Als ein Privatinteressent im Jahre 1908 dem Magistrat den Vorschlag machte, entweder durch unentgeltliche Herabgabe eines Bauplatzes oder durch Hebernahme der Zinsgarantie für ein in Höhe von 1 200 000 M. bemessenes Aktienkapital der Einwohnerschaft des Ortes zu einem Kunsttempel zu verhelfen, schien der Magistrat von höherem Schwung beiseite zu sein. Wenigstens unterbreitete er der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, wonach ein Ausschuss zur Prüfung der Sache eingesetzt werden sollte. Die Stadtverordnetenversammlung stand zu jener Zeit jedoch dem Plan feindselig gegenüber; als die Angelegenheit am 18. Juni 1909 zur Beratung kam, lehnte sie fast einstimmig mit der Begründung, daß Wichtigeres zu tun sei, als für Theaterzwecke Geld auszugeben, den Magistratsantrag ab. Der Einwand lang plausibel, denn es fehlten, wie selbst heute noch, so auch damals, manche wichtigere Einrichtungen. Man braucht ja nur an das Krankenhaus zu denken. Bald vollzog sich aber ein beachtenswerter Wandel. Die Stadtverordnetenversammlung befreundete sich allmählich mit dem Plan eines Theaterbaues, und eine aus fünf Magistratsmitgliedern und zehn Stadtverordneten zusammengesetzte Deputation verhandelte mit Herren, die nach dem Muster der Schillertheater, aber von besserem Kaliber, in Wilmersdorf ein Goethe-Theater erbauen wollten. Nun aber wollte mit einem Male der Magistrat nicht. Als am 22. Juni 1910 von neuem der Gegenstand auf der Tagesordnung stand, war der Bürgermeister von allen möglichen Bedenken erfüllt; die Stadtverordnetenversammlung hingegen schwärmte mit einer wahren Inbrunst für den Theaterbau und schickte dem Magistrat zum Trotz einen Ausschuss ein, der den Theaterplan fördern sollte. Der Magistrat blieb aber weiter unzugänglich, nicht nur dem Plan des Goethe-Theaters gegenüber, sondern auch soweit andere Pläne, unter denen sich auch eines der Schillertheatergesellschaft befand, in Betracht kamen. Alle Vorschläge privater Gesellschaften lösten sich dann im Laufe der Zeit in nichts auf; da aber das Kunstinteresse wach blieb, so beschloß eine im Dezember 1911 neugebildete Theaterdeputation, grundsätzlich von der Unterstützung privater Baupläne abzusehen und auf der Basis, daß ein Theater nur von der Stadt selbst errichtet werden solle, weiterzuarbeiten. Es schien denn nun auch, als ob die Sache ins Lot kommen werde; der Hohenzollernplatz, auf dem die Stadt ein passendes Grundstück besitzt, schien wie geschaffen für den Bau eines großen Kunsttheaters; ein Bauplan war auch bald fertig, und die Rentabilitätsberechnungen ergaben, daß ein Stadttheater zwar nicht eine merkbare Anlage bilden wird, wo sie ja auch nicht soll, daß aber immerhin auf eine angemessene Verainung gerechnet werden kann, wenn die Stadt ihrem Vorhaben entsprechend für ein erschwichtigtes Eintrittsgeld annehmbare Theatervorstellungen bietet. Da nun überdies noch die Errichtung eines Krankenhauses bis zum Jahre 1918 gewährleistet ist und es den Anschein hat, daß Wilmersdorf auch in den nächsten Jahren zu anderen ihm noch fehlenden Einrichtungen kommen wird, so konnte man mit einiger Zuversicht zurzeit auch an den Theaterbau herangehen. Die Stadtverordnetenversammlung ist sich anscheinend einig über die Zweckmäßigkeit des Unternehmens; und es liegt nur am Magistrat, sich des Eifers zu erinnern, den er anfänglich der Theaterangelegenheit entgegenbrachte und nunmehr den fertigen Plan des Stadttheaterbaues in die Tat umzusetzen.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Donnerstag, den 1. Mai (Himmelfahrtstag) findet ein großer Familienausflug nach Nischlenswerder statt. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr vor dem Untergrundbahnhof Reichstag-Platz. Abmarsch pünktlich 10 Uhr für Nachzügler zur Kaffeepause beim „Alten Freund“. Vom Mittwoch den 7. Mai ab, finden unsere Ausflüge nach der Jungfernhöhe wieder regelmäßig jeden Mittwoch statt. Treffpunkt nachmittags 2 1/2 Uhr Luisenplatz vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal. Kaffeepause im Restaurant „Waldater“ am Tegel-Platz. Jedes Kind hat ein eigenes Trinkgefäß mitzubringen. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an den Ausflügen teilnehmen.

Heute abend 8 Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 8, Massen-Vorlesungsverammlung gegen die polizeiliche Verfolgung der Arbeiterjugend. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Landsberg. Die Arbeiterjugend wird im eigentlichen Interesse ersucht, sich recht zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Steglitz.

Bei den am Sonntag stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen wurde die Liste der freien Gewerkschaften gewählt.

Lichtenberg.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter befand sich am Sonntag mit den Verlesungen einzelner Verwaltungen, die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse wieder teilweise zu beseitigen. Bei Gelegenheit der Neuverteilung der Wohnverhältnisse der Kammerarbeiter (Straßenreiner, Kanal-, Tiefbau- und Parkarbeiter) beschlossen, die städtischen Körperschaften eine Kenderung des Sommerurlaubes. Es sollte in Zukunft noch ein- bzw. dreijähriger Tätigkeits 4 Tage, nach fünfjähriger 10 Tage Urlaub gewährt werden. Diese geringe Verbesserung scheint es einigen Verwaltungen, besonders der Straßenreinigung, angehen zu haben; sie dekretiert einfach, daß die Sonntage wohl als Urlaubstage anzuräumen, aber nicht zu bezahlen sind. Da im Betriebe der Straßenreinigung Sonntagsarbeit regelmäßig geleistet werden muß, bedeutet die Nichtbezahlung der Sonntage einen sekundären Ausfall, zugleich aber auch eine Verfrüherung des Urlaubs um 1 bis 2 Tage. Gleichseitig wurde auch Klage erhoben über die Auslegung des Beschlusses der städtischen Körperschaften betreffend die Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld im Krankheitsfalle. Nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften soll die Differenz regelmäßig gezahlt werden; in der Praxis bildet aber die regelmäßige Zahlung die Ausnahme. Gleichseitig werden den Arbeitern bei ihren Besuchen um Zahlung der Differenz die größten Schwierigkeiten bereitet.

Ueber große Willkür erhoben die Elektrizitätswerksarbeiter Klage. In der Station Herzbergstraße soll der dortige Meister A. ein sehr irrazioneller Herr sein. Wegen einer geringen Kleinigkeit wurde ein Arbeiter mit zwei Stunden Lohnabzug gestraft, auf seine Beschwerde soll dem Arbeiter vom Meister der Bescheid geworden sein, falls die Beschwerde an die Direktion weiter gegeben werde, würde er sofort entlassen. Die Versammelten fahien die Beschwerden in eine Resolution zusammen und beauftragten den Vorstand der Gemeinde- und Staatsarbeiter, diese den städtischen Körperschaften zu übermitteln.

Schöneberg.

In Ergänzung des Berichts über die Generalversammlung des Wahlvereins möchten wir noch mitteilen, daß als zweiter Kassierer Genosse Herber, als zweiter Schriftführer Genosse Heinrich, als Revisoren Doms, Kofchenz und Janowski gewählt wurden. Dem Kreis-Jugend- und Bildungsausschuss gehört Genosse M o h s, nicht wie es in unserem Bericht hieß — Nag an. In den örtlichen Bildungsausschuss wurden gewählt Mohs, Verg. Herber, Drows, Schieferdecker und Kronheim sowie die Genossen Fischer, Wicker und Kuslat. Die Bibliothek umfasst gegenwärtig 513 Bände.

Mariensfelde.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß die Feierzeit bewilligten 500 M. aus der Gemeindefasse für Jubiläumfeier am 26. Mai ausreichen werden. Eine ganze Regimentskapelle ist engagiert, um die Einwohner in die nötige Stimmung für den Jubiläumstrummel zu versetzen. Ferner erwähnte der Vorsitzende, daß ein Gerücht im Umlauf sei, wonach er von der Steinlegfirma Borch u. Co. Schmiergeld erhalten, wofür die genannte Firma den Zuschlag für die Pflasterung der Dorfstraße bekommen habe. Dieses Gerücht beruhe auf Unwahrheit und er wird jeden, der dies Gerücht verbreite, gerichtlich zur Verantwortung ziehen. Bei der ersten Ausschreibung der Pflasterarbeiten erhielt die im Ort ansässige Firma Keller den Zuschlag, da sie 12 000 M. billiger war wie Borch u. Co. Es stellte sich aber heraus, daß die Rechnung von 20 000 M. nicht von Keller, sondern von seinem Steinlieferanten gestellt war, aus dem Grunde mußte laut Gemeindefassung der Vertrag aufgehoben werden. In der Sitzung zirkulierte ein Artikel aus der „Lichtenrader Zeitung“, wovon herborging, daß bei der Pflasterung in Lichtenrade, welche auch von Borch u. Co. ausgeführt ist, ganz erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Da der Gemeindevorsteher in Lichtenrade auch einige Grundstücke besitzt, ist wohl die Entstehung des Gerüchtes auf diesen Umstand zurückzuführen. Bei der Vergebung der Hausanschlässe erhielt die Firma Otto Böhl in Mariensdorf den Zuschlag.

Herzfelde.

Bei der am Sonnabend stattgefundenen Gemeindevertretersitzung wurde unser Genosse Schuhmachermeister Karl Schröder mit 78 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, Vergarbeiter Matthes, brachte es nur auf 24 Stimmen.

In einer gut besuchten Volksversammlung referierte Reichstagsabgeordneter H. Käppler über „Die bevorstehende Landtagswahl und Forderungen der unteren Volkschichten“. Seine vortrefflichen Ausführungen wurden von der Versammlung lebhaft applaudiert. Am Schluß der Versammlung konnten für den Wahlverein einige Neuaufnahmen vollzogen werden.

Ahrensfelde.

Warum müssen sich die Landarbeiter an den Landtagswahlen beteiligen? lautet das Thema, über das in einer am Sonntag für Ahrensfelde und die umliegenden Orte im Lokal von Schneider am Offstedhof tagenden, sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Schwarzburger, Ober-Schönebeck, referierte. In seinem 1 1/2 stündigen Vortrag zeigte Redner den zahlreich erschienenen Landarbeitern, welchen ausnahmsgezüglichen Bestimmungen sie noch heute unterworfen sind, und forderte die Anwesenden auf, am Tage der Wahl für die Wahlmänner der Sozialdemokratie einzutreten. Die Ausführungen des Referenten fanden reichlich Beifall. Die Stimmung unter den Landarbeitern berechtigt zu den besten Hoffnungen. Mehrere Neuaufnahmen für die Partei waren ebenfalls zu verzeichnen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.
Wilmersdorf-Galensee. Mittwoch, den 30. April, abends 6 Uhr, in der Aula der Victoria-Schule, Umlandstrasse.
Tempelhof. Mittwoch, den 30. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindeführungszimmer, Dorfstr. 43 I.

Aus aller Welt.

Sinter Irenhandmauern.

Daß der Urheber der Straßburger Schermittwoch-Alarmierung, der ehemalige Zahlmeisterspizant Wolters, den Militär- und Zivilbehörden als ein höchst unliebsamer Zeitgenosse erscheint, ist begreiflich. Daher auch das Bestreben, den Mann als schwer geisteskrank hinzustellen, obwohl es Leute genug gibt, die da meinen, daß es mit der Geisteschwäche eines Mannes, dem es gelang, fast ein ganzes Armeekorps, die höchsten Behörden, ja sogar einen leibhaftigen Prinzen auf die Beine zu bringen, nicht allzu schlimm bestellt sein könne. Wolters ist nun in der Irrenanstalt Stephansfeld im Elb- untergebracht. Er wird dort aufs strengste bewacht, und zwar erstreckt sich die Ueberwachung nicht nur auf seine Person, sondern auch auf seine Privatkorrespondenz. Ihm nahestehenden Personen wird ferner auch der Besuch nicht gestattet. So ging ein Brief, in welchem ein Freund Wolters dem letzten mitteilen wollte, daß er ihn zu besuchen beabsichtigte, aber nicht zugelassen worden sei, an den Absender zurück mit folgendem Begleitschreiben des Direktors der Anstalt:

„Anliegendes Schreiben sende ich Ihnen ergebenst zurück mit dem Hinzufügen, daß ich Besuche fremder Personen bei Kranken der Anstalt nicht zulasse, falls nicht eine besondere Veranlassung vorliegt. Ich bitte, weitere Korrespondenzen zu unterlassen.“

Die Angst vor dem als „gemeingefährlich geisteskrank“ erklärten Urheber des großen Gelächters der Schermittwochwelt verbietet also schon das Schreiben eines harmlosen Briefes.

Hält man, so schreibt unser Straßburger Parteiblatt hierzu, diesen überwachenden Maßnahmen die Tatsache gegenüber, daß der von der Militärbehörde seit Jahren schon für geisteskrank erklärte Zahlmeisterspizant Wolter bis Mitte März dieses Jahres das bürgerliche Amt eines V o r m u n d e s bekleidete, so ergibt sich daraus eine aßerhand Gedanken auslösende Konsequenzfrage.

Schwerer Automobilunglück in Sachsen.

Ein Automobilomnibus der Rotoromnibuslinie Chemnitz—Annaberg verunglückte Sonntag nachts gegen 12 1/2 Uhr unweit der Befenshänke bei Wurtzhardtisdorf. Von den 27 Insassen wurden 25 verletzt, darunter mehrere schwerer. Die Schwerverletzten wurden ins Chemnitzer Krankenhaus gebracht. Der Unfall entstand dadurch, daß der Chauffeur beim Versagen des Motors abstieg und wahrscheinlich die Bremsen abzustellen versäumte, so daß der schwere Wagen den abschüssigen Berg zurückrollte, umstürzte und völlig zertrümmert wurde.

Die Katastrophe der „Jise“.

Zu dem in unserer Montags-Ausgabe gemeldeten Unglück des Freiballons „Jise“ aus Kassel werden noch folgende Einzelheiten berichtet:

Am Sonntag, den 30. April, stieg der 80jährige Großaufmann Wehland, Inhaber der Eisenwarenfirma Fröh Wendt Nachfolger, aus Kassel vom Ballonplatz des kurheffischen Vereins für Luftschiffahrt in dem kleinen, 600 Kubikmeter fassenden Freiballon „Jise“ des genannten Vereins auf. Wehland hand vor dem Flugbegleitern und sollte die vorgezeichnete Alleeinsefahrt machen. Der Ballon verschwand schnell in 500 Meter Höhe nach dem Ausleger Walde zu. Am gestrigen Sonntag vormittag durchstreckte der Waldearbeiter Heinrich Eizmann von dem Forsthaus Wintersberg den Kaufunger Wald, der außerordentlich uneben ist und weder von Ausflüglern, noch von Bewohnern der Gegend begangen wird. Eizmann hatte vor einiger Zeit nahe der Unfallstelle mehrere Fische beobachtet und war auf der Suche nach abgeworfenen Gemeihen. Inmitten einer dichten, fast unpassierbaren Tannenjungtion sah der Waldearbeiter an dem Stamm einer riesigen Samenfichte mehrere verbrannte Stride hängen. Der Mann forschte nun weiter und entdeckte 20 Meter weiter auf dem Boden die Ueberreste einer

Ballonhülle, die gänzlich verkokelt waren, sowie einzelne Stücke des Korbes, die ebenfalls verkokelt waren. In der Gondel, unter dem Ueberresten des Ballonkorbes, lagen mehrere menschliche Knochen. Einige Meter von der Fundstelle entfernt lag der Registrierapparat sowie die Metallteile des Ballonkorbes. Der Arbeiter eilte nun sofort zur Försterei zurück und meldete, was er gesehen hatte. Daraufhin wurde der Landrat v. P a p p e n h e i m verständigt, der mit einer Kommission von Mitgliedern des kurheffischen Vereins für Luftschiffahrt in Automobilen an die Unfallstelle eilte. Die Untersuchung ergab schon nach kurzer Zeit, daß der Ballon „Jise“ in 800 Meter Höhe vom Blitz getroffen worden sei, explodierte und mit seinem Führer in die Tiefe stürzte. Durch Nachfrage in der Gegend wurde ermittelt, daß am Sonntag vormittags zwischen 8 und 9 1/2 Uhr schwere Gewitter über den Ortischen Wintersberg, Ufshag und Escherode herrschten. Der Registrierapparat, der fast gar nicht beschädigt worden ist, zeigte in der aufgeschriebenen Höhenkurve eine erreichte Höhe von 3000 Metern an. Wehland hat in dieser Höhe wahrscheinlich das über dem Kaufunger Walde tobende Gewitter gesehen und wollte ihm durch eine Hochfahrt entgehen. Er hat seinen gesamten Ballast abgeworfen, da man keinen Sandhaaf mehr vorgefunden hat. Der Ballon ist jedoch aus irgend einer Ursache plötzlich starr gefallen und in 800 Meter Höhe ist dann die Katastrophe eingetreten. Der Blitz schlug in die Hülle, das Gas explodierte und die Umhüllung sank in sich zusammen und fiel in die Gondel, die nun mit rasender Geschwindigkeit zu Boden stürzte. Wehland ist wahrscheinlich, da von der Leiche nur noch einige verkohlte Knochen gefunden worden sind, ebenfalls vom Blitz getroffen worden. Auf dem Boden dürfte noch eine Explosion stattgefunden haben, da man mehrere Teile des Ballons 60 bis 70 Meter von dem Fundort entfernt entdeckt hat. Verhättnismäßig hat niemand den Unfall selbst beobachtet, doch ist dies daraus zu erklären, daß bei dem Unwetter keiner der Landbewohner die einige Kilometer entfernt liegenden Häuser verlassen hat und der Wald, wie schon erwähnt, niemals von Spaziergängern aufgesucht wird. Die Ueberreste Wehlands wurden am gestrigen Montag nach Kassel überführt.

Der Schuhmann als Dieb.

Dieser Tage wurde in Barmen ein Schuhmann Herrm. Jasper als Spitzhube entlarvt. Er befand sich in Jüvis im Restaurant unseres Genossen Stadtverordneten Schäfer in Unter-Barmen, als das Telefon schellte und eine gegenüber wohnende Wälderfrau gemahnt wurde. Trotzdem niemand weiter anwesend war, verließ Frau Schäfer die Wirtschaft, setzte aber vorfichtigshalber das an der Kasse befindliche Läutewerk ein. Nach der Rückkehr war die Patentkasse fortgesetzt am Läuten, und der Schuhmann war entdeckt. Er ist zur Anzeige gebracht und sind diesbezügliche Vernehmungen vorgenommen. Den Dienst mußte er sofort quittieren.

Kleine Notizen.

Eine asiatische Blanzleistung. Der französische Flieger Guillaug, der am Sonntag früh in Biarritz ausgeflogen war, ist am Montag in Kolum in Holland nach Zurücklegung einer Entfernung von 1500 Kilometer gelandet. Er wurde durch das Meer am Weiterfliegen verhindert. Er war noch mit Benzin und Del versehen.

Ein jugendlicher Selbstmörder. In Clamart bei Paris hat sich ein jugendlicher Knabe, der an einer unheilbaren Krankheit litt, in einem unbewachten Augenblick erhängt. Man fand einen Zettel bei ihm vor mit den Worten: Ich bin so unglücklich, infolgedessen erlöse ich mich.

Zwei Kinder ertranken. Sonntag nachmittags sind in einem Bassertümpel in Speldorf bei Mülheim a. Ruhr zwei Knaben im Alter von 12 und 13 Jahren, die beide des Schwimmens unfähig waren, an einer tiefen Stelle ertranken, ehe Hilfe gebracht werden konnte. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Töblicher Fliegerunfall. Als der englische Militärflieger Leutnant Harrison am Montag früh nach Fernborough fliegen wollte, überschlug sich infolge des festigen Windes der Zweidecker und stürzte aus 350 Fuß Höhe zur Erde. Der Flieger war sofort tot.

Tom Juge zermalmt. Auf der Station Herdorf (Rheinproving) wurde der Bahnwärter Selbach, der beim Herannahen eines Zuges ein Kind vom Bahngleise entfernen wollte, selbst vom Zuge erfasst. Dem mutigen Retter wurde der Kopf zermalmt, während das Kind gerettet wurde.

Frauen-Leseabende.

Alt-Glienide. Morgen Mittwoch bei Wdh. Dürre, Köpenicker Str. 6, Genosin Siedel referiert über „Die Frauen und die Landtagswahl“.
Nieder-Schönebeck. Heute Dienstag 8 1/2 Uhr bei Ditzsch, Bräger Straße 17.

Marktpreise von Berlin am 26. April 1913, nach Ermittlungen des Königl. Vollagetribunals. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,66 bis 20,50, mittel 20,44—20,56, geringe 20,20—20,22. Roggen, gute Sorte 00,00—16,20, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,60—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,50—19,80, mittel 16,70—17,70 (frei Wagen und ab Bahn). Reis (mixt), gute Sorte 15,10—15,80. Weizen (runder), gute Sorte 15,60—16,70. Roggen 4,00—4,50. Gerste 6,00—6,00.

Marktpreise (Kleinhandel). 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Spießbohnen, weiße 35,00—30,00. Bohnen 35,00—30,00. Rindfleisch (Kleinhandel) 5,00—3,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,90—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,30—3,00. 60 Stück Eier 2,80—4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Nale 1,80—3,20. Bander 1,40—3,80. Schafe 1,40—2,60. Borste 1,00—2,40. Schafe 1,60—3,20. Kleie 0,90—1,60. 60 Stück Klee 1,60—4,00.

Witterungsübersicht vom 28. April 1913.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C		
Wilmersdorf	761	SO	2	molten	17	Haharamba	774	ORD	2		
Damberg	759	SO	1	Dunst	16	Petersburg	768	1	heiter	8	
Berlin	760	SO	1	Wetter	19	Siedlitz	749	6	4	wolflig	9
Kranz a. R.	760	SO	1	Dunst	14	Aberdeen	752	6	3	heiter	8
Rindgen	760	SO	1	halb bb.	16	Paris	759	6	2	bedeckt	15
Wien	762	0	1	wolflig	12						

Wetterprognose für Dienstag, den 29. April 1913.

Warm und vorwiegend heiter, bei mäßigen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 27. 4.	am 28. 4.	Wasserstand	am 27. 4.	am 28. 4.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	497	—8	Saale, Graditz	116	—4
Wegeln, Zankerburg	214	—9	Quesel, Spandau	44	—3
Wegeln, Thorn	358	+31	Wathenow	30	—8
Daber, Rathor	328	—8	Spree, Wackerow	56	0
Krossen	212	+5	Weser, Warden	183	—1
Jeanfurt	180	+8	Weser, Warden	282	—6
Walden, Schrumm	196	+20	Weser, Warden	282	—6
Landberg	82	+12	Weser, Warden	482	+2
Rega, Borsdam	38	0	Kauz	251	—12
Elbe, Leimeritz	0	—8	Weser, Warden	384	—12
Dresden	—118	—9	Weser, Warden	80	—14
Borsdam	169	—8	Weser, Warden	159	—5
Magdeburg	140	0	Weser, Warden	130	—4

+) bedeutet Hoch, —) tief, —) Unterpegel.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.